Praxistest AfD S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 18 – 6. Mai 2016

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Will in ein anderes Deutschland: AfD-Co-Vorsitzender Jörg Meuthen auf dem Stuttgarter Bundesparteitag Bild: pa

Historische Kampfansage

Parteitag: Die AfD fordert ihre Gegner unerwartet selbstbewusst heraus

Die junge Partei will in ein anderes Deutschland, „weg vom 68er-Deutschland“. Bei den „68ern“ wächst das Unbehagen.

Die etablierten Parteien haben allen Grund, die Entwicklung der AfD nach deren Stuttgarter Parteitag mit noch größerer Nervosität zu beobachten als ohnehin. Denn die Hoffnungen der Etablierten haben sich nicht erfüllt.

Diese bestanden zum einen darin, dass sich die junge Partei auf dem Treffen selbst zerfleischen würde. Die „Chancen“ hierfür standen gut: Es war ein Mitgliederparteitag, jeder AfDler durfte kommen, mitreden und mit abstimmen – ein Ritt über den Bodensee. Doch das Gemetzel blieb aus, die Debatte geriet oft leidenschaftlich, aber stets zivil.

Die weitere Hoffnung der AfD-Konkurrenz ruhte darauf, dass im Getümmel Beschlüsse „passieren“ könnten, die den Stoff hergeben, die Partei ins braune Eck zu stellen. Fast das einzige, was schließlich skandalisiert wurde, war die Forderung nach dem Verbot von Minarett-Bau und Muezzin-Ruf. Das mag verfassungsmäßige Grenzen (Religionsfreiheit) überschreiten, folgt aber immerhin einem Schweizer Volksvotum.

Die AfD geht gestärkt aus diesem Auftritt hervor und schokkierte ihre Gegner mit vor Selbstbewusstsein strotzender Fundamentalkritik. In seiner Begrüßungsrede gab Frauke Petrys Co-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen den Ton vor: Das Programm der AfD sei „ein Fahrplan in ein anderes Deutschland, und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben“.

Das ist eine Kampfansage von historischer Dimension. „Spiegel“-Kolumnist Jacob Augstein registriert entsetzt: „Die Bilder vom Parteitag ... zeigen dieses Gefühl einer großen Befreiung. Die Bande fallen ab. Die Fesseln.“ Er meint das als Horrorszenario für die linke Dominanz, die seit Ende der 60er Jahre Schritt für Schritt von der Bundesrepublik Besitz ergriffen hat.

> »Dieses Gefühl einer großen Befreiung, die Fesseln fallen ab«

Die AfD hat sich ein Gepräge gegeben, das sowohl liberal (freier Wettbewerb, Eigentumsschutz, Eigenverantwortung, Eindämmung des EU-Zentralismus, Nein zum Euro) als auch patriotisch (mehr Erinnerung an positive Aspekte der deutschen Geschichte statt alles dominierender NS-Fixierung, Schutz vor unkontrollierter Einwanderung, stattdessen Einwanderung nach deutschen Interessen) und konservativ (deutsche Leitkultur statt Multikulti) orientiert ist. Sozial ist die AfD vor allem dort, wo sie die Arbeitnehmer vor der erdrückenden Konkurrenz von Massen neuer Niedriglöhner aus aller Welt schützen will, statt sie mit leicht zu umgehenden Mindestlöhnen zu blenden.

Die junge Partei wird an ihrem Profil weiter feilen und politische Kompetenz erwerben müssen. Das wird noch ein steiniger Weg, der eben erst begonnen hat. Wollen die Etablierten die AfD aber stoppen, sollten sie bald ein zündendes Gegenkonzept entwickeln. Der Weg dorthin dürfte jetzt noch steiniger werden. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Notwehr

Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet eine ehemalige Juso-Vorsitzende sich dem Vorwurf der sozialen Kälte, der Ausländerfeindlichkeit und der „Übernahme von AfD-Positionen“ ausgesetzt sehen könnte? Bundessozialministerin Andrea Nahles sollte diese Anwürfe der vereinigten Linken gelassen nehmen, denn ihnen fehlt jede Substanz. Mit ihrem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Sozialhilfeanspruchs von EU-Ausländern hat sie das einzig Richtige und längst Überfällige getan.

Ziel der Freizügigkeit ist es, im EU-Binnenmarkt die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern. Sie sollen sich in dem Land niederlassen können, in dem ihre speziellen Fähigkeiten am besten eingesetzt werden können. Der EU-Bürger darf also selbst entscheiden, wo er arbeiten will. Kein EU-Bürger hat aber das Recht, selbst zu entscheiden, an welchem Ort innerhalb der EU er Sozialleistungen bezieht. Sind seine Fähigkeiten in einem Land nicht gefragt, sodass er keine Arbeit findet und auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist, muss er nach Hause zurückkehren. Jeder bedürftige EU-Bürger hat Anspruch auf Unterstützung, aber eben nur in seinem Heimatland und nur auf dessen finanziellem Niveau. Wenn Ausländer nur zu uns kommen, um sich eine parasitäre Existenz vom deutschen Steuerzahler alimentieren zu lassen, widerspricht das nicht nur dem Geist und der Zielsetzung der EU-Freizügigkeit, sondern verstößt auch gegen EU-Recht.

Gegen seinen systematischen Missbrauch hat der deutsche Sozialstaat ein Notwehrrecht. Davon macht Nahles Gebrauch. Das ist gerecht und hat nichts mit sozialer Kälte zu tun, sondern mit Realitätssinn und Verantwortungsbewusstsein.

»Abschied von einem ungeliebten Ex-Freund«

Entfremdung zwischen USA und Saudi-Arabien wächst – Washington verliert Einfluss auf wichtigen Machtfaktor in der Region

Ginge es nach dem wahabitischen Königshaus der Saudis, so käme ihnen als nächster US-Präsident der Republikaner Donald Trump gerade recht. Was sie von der Politik des derzeitigen Amtsinhabers Barack Obama halten, zeigten sie ihm bei dessen Ankunft in Riad anlässlich seiner letzten Nahost-Reise nur allzu deutlich. König Salman mied die Anstrengung, den Gast am Flughafen zu begrüßen, und schickte stattdessen eine Delegation mit einem Prinzen an der Spitze, davon hat er schließlich ein paar tausend.

Der Empfang am Rande der Unhöflichkeit zeigte dem US-Präsidenten, was alle anderen Beteiligten längst schon gewusst hatten, dass nämlich die Beziehungen zwischen beiden Ländern so schlecht sind wie seit Urzeiten nicht mehr. So meinte Mustafa Alani, ein Sicherheits-Analyst des Gulf Research Center gegenüber der Nachrichtenagentur AP: „Die Saudis hatten auch früher mal Uneinigkeiten mit anderen US-Staatschefs. Doch diesmal wird ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Präsidenten geäußert, der nichts zuwege bringt.“ Die Entscheidung Salmans, Obama nicht bei dessen Ankunft zu begrüßen, sei ungewöhnlich gewesen und habe als Signal dienen sollen, dass der Gast wenig Vertrauen genieße.

Der US-Präsident musste den frostigen Empfang als umso misslicher empfinden, als er ein überaus delikates Anliegen vorzutragen hatte. Mit Blick auf die traditionelle Rivalität der Saudis mit den Iranern, die mit der Konkurrenz auf dem Öl-Markt, der geostrategischen Lage um die Straße von Hormuz und insgesamt mit dem historischen persisch-arabischen Gegensatz zu tun hat, hatte Obama im Vorfeld den Vorschlag unterbreitet, die Saudis sollten sich den Nahen Osten mit den Iranern teilen – eine Idee, die man nicht anders als ignorant bezeichnen kann. Entsprechend groß war dann auch die Empörung, die sich in Riad Luft machte. Dass Obama zudem die Saudis als „sogenannte Verbündete“ bezeichnet hatte, trug nicht zur Beruhigung bei, sondern bestärkte Riad in dem Verdacht, die USA könnten vollends einen strategischen Schwenk nach Teheran vollziehen.

> Wunschpräsident der Saudis: Donald Trump

Kein Wunder, dass sie für die Zukunft auf einen Republikaner setzen. Doch wer immer nächster US-Präsident sein wird, er hat gegenüber Saudi-Arabien einen denkbar schlechten Start, da in den USA die Forderung, die Saudis sollten als mutmaßliche Drahtzieher des Attentats vom 11. September zur Verantwortung gezogen werden, immer lauter wird. Dazu liegt sogar ein Gesetzentwurf vor. Riad nimmt das natürlich nicht so einfach hin – nicht, wenn die Vorwürfe aus der Luft gegriffen sind, und zweimal nicht, wenn sie stimmen sollten.

Noch vor Obamas Ankunft in Riad drohten daher seine Gastgeber, die saudischen Vermögenswerte in den USA abzuziehen, wenn der US-Kongress den Gesetzentwurf billigen sollte, die saudische Regierung wegen der Terroranschläge in Regress zu nehmen. Danach sähe sich Riad gezwungen, Wertpapiere und andere Aktiva im Gesamtwert von 750 Milliarden US-Dollar in den USA zu verkaufen. Das wäre insofern verständlich, als die Saudis im Falle einer rechtlichen Ahndung jener Vorwürfe fürchten müssten, ihr Vermögen in den USA würde eingefroren. Obama hatte noch vor seiner Reise zu den Saudis versucht, auf die entscheidenden Kongressabgeordneten einzuwirken, damit sie den Gesetzentwurf ablehnen.

Doch vergeblich. „Saudi-Arabien machte diesen formellen Besuch zum Abschied von einem ungeliebten Ex-Freund“, wie der Politikwissenschaftler Abdel Mottaleb El Husseini, Experte für den Nahen und Mittleren Osten, es süffisant formulierte. „Denn in den USA stehen die Präsidentschaftswahlen an. Nichts wünschen sich die Saudis mehr, als dass wieder ein Republikaner ins Weiße Haus zieht. Ihr Wunschkandidat heißt Donald Trump.“ *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Antrax-Sporen in US-Laboren

Berlin – Die Bundesregierung hat eingeräumt, seit Juli 2015 darüber informiert zu sein, dass im Jahr 2004 Proben mit aktiven Anthrax-Sporen an ein Labor der US-Streitkräfte in Landstuhl geliefert wurden. Daran auszusetzen hat sie nichts, denn ihrer Meinung nach handelt es sich dabei um „die Entwicklung und den Betrieb von Schutztechnologien und -einrichtungen gegen Kampfstoffe“. Das aber falle nicht unter das Verbot des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinen (BWÜ). Die Laborversuche der US-Streitkräfte seien vielmehr „ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitsvorsorge für die Streitkräfte und die Bevölkerung – auch in Deutschland.“ *U.M.*

970 Imame nach Deutschland

Köln – Wille zur Integration sieht anders aus: Die „Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ (Ditib) holt 970 Imame nach Deutschland. Die durchweg in der Türkei ausgebildeten Islamgelehrten sollen für fünf Jahre bleiben. Die meisten von ihnen sprechen kein Deutsch und sind mit den mitteleuropäischen Werten kaum vertraut. Die Ditib untersteht der beim türkischen Ministerpräsidenten angesiedelten „Behörde für Religionsangelegenheiten“ und kontrolliert derzeit rund 900 Moscheen in Deutschland. Kritik an der Entsendung der türkischen Imame kommt sogar von ungewohnter Seite: So wandte sich auch die Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln, Franziska Giffey (SPD), gegen die „fremdgesteuerten Moscheenvereine“. Und der türkischstämmige Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir bezeichnete die Ditib als „verlängerten Arm des türkischen Staates“. Die Regierung in Ankara mache sie immer mehr zu einer „politischen Vorfeldorganisation der AKP in Deutschland“. *J.H.*

Islamismus an der Staatsspitze

Stockholm – Schweden war das erste Land, in dem muslimische Politiker in Parlamente und Staatsämter gelangten. Einige von ihnen sorgen derzeit für handfeste Skandale. So weigerte sich der grüne Politiker und Generalsekretär der Organisation „Schwedische Muslime für Frieden und Gerechtigkeit“ Yasri Khan, einer schwedischen TV-Journalistin die ausgestreckte Hand zu drücken. Hierzu erklärte er, er könne es als strenggläubiger Muslim nicht mit seiner Religion vereinbaren, einer Frau die Hand zu reichen. Da er nicht länger „als Clown dem Medienzirkus dienen“ wolle, trat er von allen Ämtern zurück. Einige Tage zuvor war auch der türkischstämmige grüne Wohnungsbauminister Mehmet Kaplan von seinem Amt zurückgetreten. Als Grund nannte Ministerpräsident Stefan Lofven ein sieben Jahre altes Video, in dem Kaplan Israel mit Nazi-Deutschland verglichen hatte. Kaplan war auch schon durch verharmlosende Äußerungen über schwedische Islamisten, die in den Dschihad ziehen, aufgefallen und zeigte eine Nähe zur türkischen islamistischen Partei Milli Görüs und zur türkischen Regierungspartei AKP. Angesichts solcher Skandale verwundert es nicht, dass die rechtskonservativen Schwedendemokraten mittlerweile zur stärksten Partei avanciert sind. *B.B.*

Wunschdenken in deutscher Politik

Erneut präsentiert der frühere Bundesbanker Thilo Sarrazin ein hilfreiches Buch

Das neue Buch „Wunschdenken“ von Thilo Sarrazin hat der Mainzer Historiker Andreas Rödder bei dessen Präsentation in Berlin kritisch gewürdigt. Sarrazin nannte die Entscheidung Angela Merkels zur Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und Immigranten im vergangenen Jahr die „größte politische Torheit“ eines deutschen Regierungschefs seit dem Zweiten Weltkrieg.

Thilo Sarrazin hat sein neues Werk „Wunschdenken“ vor rund 60 Journalisten in Berlin vorgestellt. Der Untertitel des Buches lautet: „Europa, Währung, Bildung, Einwanderung – warum Politik so häufig scheitert“. Die Deutsche Verlagsanstalt (DVA), in der auch die bisherigen Bestseller Sarrazins erschienen sind, hatte dabei den Historiker Andreas Rödder von der Universität Mainz zu einer kritischen Würdigung des Buches eingeladen. Rödder war im Schattenkabinett von Julia Klöckner (CDU) Kandidat für das Amt des Kultusministers in Rheinland-Pfalz.

Rezensent Rödder begann zuerst mit der Kritik. Gleich im ersten Kapitel Sarrazins mit der Überschrift „Weshalb einige Gesellschaften Erfolg haben und andere nicht“ heiße es: „Wir wissen heute, dass nicht nur die menschliche Intelligenz, sondern auch alle anderen psychischen Eigenschaften überwiegend erblich sind und fortlaufend durch die natürliche Selektion weiter geformt werden.“ Rödder erklärte, er sei zwar kein Experte für Genetik und Intelligenzforschung, doch Wissenschaftler genug, um die „Argumentation mit Wissenschaftlichkeit“ beurteilen zu können. „Ich weiß“, sagte er, „dass es für alles eine wissenschaftliche Studie und Statistiken gibt, aber leider ebenso für fast jedes Gegenteil.“ Seiner Kenntnis nach gebe es bezüglich der Erblichkeit von Intelligenz nicht „das“ unumstrittene Wissen. Schon bei Formeln wie „Wir wissen heute“ sei er skeptisch.

Die Argumentation Sarrazins in diesem Bereich sei für ihn nicht klar genug. „Geht es, wenn von Genetik und Intelligenz die Rede ist, um die individuelle Ebene oder die kollektive? Und wie verhält sich genetisch zu ethnisch?“ Wenn Sarrazin von „Rassen, Ethnien und sozialen Gruppen“ spreche, gehe ihm zu viel durcheinander. „Kann man tatsächlich sagen, Kultur und Genetik seien nicht voneinander zu trennen, ohne in einen ethnischen Determinismus zu verfallen?“, fragte Rödder. Sarrazin argumentiere hier mindestens zu knapp, Aussagen blieben „im Ungefähren, sie suggerieren und insinuieren“. Und: „Ich finde diese Argumentation an dieser Stelle nicht seriös, und das finde ich besonders schade, weil es von den eigentlichen Diskussionsgegenständen dieses Buches ablenkt.“ Man solle besser über die Steuerung von Zuwanderung sprechen, „nicht nach Evolution und Genetik, sondern nach Kompetenzen und Qualifikationen“.

> Sarrazin entlarvt Täuschungen der Politik

Als „zentrale These“ des Buches bezeichnete Rödder Sarrazins Satz auf Seite 193: „Wesentliche Gründe für fehlerhaftes politisches Handeln resultieren durchweg aus Fremd- und Selbsttäuschung.“ Dies buchstabiert Sarrazin in mehreren Unterpunkten aus wie „Unwissenheit – Täuschungen über die Wirklichkeit“, „Anmaßung – Täuschung über die eigenen Handlungsmöglichkeiten“, „Bedenkenlosigkeit – Kollateralschäden politischen Handelns“, „Egoismus und Betrug“ sowie „Selbstbetrug“. Sarrazin kann alles mit genügend Beispielen aus der politischen Wirklichkeit Deutschlands illustrieren.

Rödder erklärte, im Unterschied zu Sarrazin halte er die Entscheidung Merkels vom 5. September 2015, den Flüchtlingen in Budapest die Einreise nach Deutschland zu gestatten, für eine große humanitäre Geste. „Das Problem“, meinte er, „lag darin, dass die Ausnahme von allen geltenden Regeln zum monatelangen Dauerzustand wurde.“ Der Herbst 2015 sei „paradigmatisch“ für deutsche Selbsttäuschungen und Wunschdenken gewesen, stimmte Rödder mit Sarrazin überein. Es sei die große Stärke des Buches, wie Sarrazin das Scheitern von Politik an Wunschdenken entlarve.

Sarrazin erklärte, die „undurchdachte und utopische“ Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der Bundesregierung sei der „wohl größte Fehler der deutschen Nachkriegspolitik“. Der Erfolgsautor erinnerte auch daran, wie Merkel sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ als „nicht hilfreich“ bezeichnet und seine Entlassung aus dem Vorstand der Bundesbank betrieben hatte. „Ich konnte damals meine bürgerliche Ehre nur mit Mühe retten“, merkte er bitter an.

Die *PAZ* fragte Sarrazin, wie es wohl zu erklären sei, dass Merkel eine Asylpolitik betreibe, die auch ein beträchtliches Maß an importierter Kriminalität zur Folge habe. Ob Merkel dies aus Abgehobenheit nicht erkenne? Weil sie vermutlich etwa die sozialen Verhältnisse in Neukölln oder Berlin-Gesundbrunnen nicht wirklich kenne? Und ihr auch ihre Mitarbeiter vielleicht nicht die reale Lage vermittelten und so insgesamt ein Wunschdenken befördert werde, das die Probleme unterschätze?

Sarrazin antwortete, über die Motive Merkels habe er nur Vermutungen, „die ich jetzt nicht vertiefen will, weil es reine Vermutungen wären“. „Was mich an Angela Merkel verstört“, fügte er hinzu, „ist, dass praktisch ihre hohe Intelligenz und auch Fachkunde und Fähigkeit, sich in ein Problem einzuarbeiten, solch eine Entscheidung hätte unmöglich machen müssen.“ Aus seiner politischen Erfahrung heraus könne er sagen, dass man „von außen“ ein „ganz falsches Bild von Politik“ habe. Meistens werde das Wissen überschätzt, das in eine Entscheidung einfließe. Man schreibe dem politischen Prozess „eine Ratio zu, die er gar nicht hat“. In seinem Leben als Beamter und Politiker sei er immer wieder erstaunt gewesen, „wie auch Entscheidungen von größter Tragweite nur auf der Basis von wenig Information und von wenig informierten Menschen eher zufällig“ zustande gekommen seien.

Michael Leh



Bei der „Wunschdenken“-Präsentation in Berlin: Andreas Rödder (li.) und Thilo Sarrazin Bild: Leh

»Anbiederung macht uns schwächer«

Papsttreues Forum Deutscher Katholiken veranstaltete seinen 16. Kongress – Motto: »Freude am Glauben«

Wer die Befindlichkeit der Deutschen beschreiben möchte, stößt mehr auf Verunsicherung, Zukunftsangst und Freudlosigkeit als auf Hochstimmung, ruhige Gelassenheit und die überzeugte Kraft, anstehende Probleme lösen zu können“, sagt Professor Dr. Hubert Gindert, Gründer und Sprecher des Forums Deutscher Katholiken, eines Zusammenschlusses papst- und kirchentreuer Katholiken. Dessen Ziel ist „die Förderung der Verkündigung des katholischen Glaubens nach der Lehre der Kirche, gemäß dem Katechismus der katholischen Kirche“. Es will „den Aufruf des Heiligen Vaters zur Neuevangelisierung aufgreifen und dazu einen Beitrag in Deutschland leisten“. Zur Erreichung dieses Ziels führt das Forum unter anderem einen jährlichen Kongress durch, der am vorvergangenen Wochenende in Aschaffenburg zum 16. Mal stattfand und unter dem Motto „Freude am Glauben“ stand.

Der Bischof von Würzburg, Dr. Friedhelm Hofmann, eröffnete die Veranstaltung in der Muttergottespfarrkirche und griff in seiner Predigt das diesjährige Thema auf: Gerade die heutige gesellschaftliche Situation mit den vielen Krisenherden und der Flüchtlingssituation mache es notwendig, die Botschaft von der Auferstehung Jesu zu verkünden.

Höhepunkt des ersten Kongresstages war für die meisten der über 1000 Teilnehmer sicherlich die Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Werner Münch, Nachfolger der im Januar verstorbenen Schirmherrin des Kongresses, Johanna Gräfin von Westfalen. Vehement forderte der aus der CDU ausgetretene Politiker eine Umkehr zu einer verfassungsmäßig gebotenen staatlichen Ordnung „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen“. In seiner mit stehendem Applaus bedachten Rede unterstrich Münch: „Der erste und wichtigste Verbündete ist unsere Kirche, und auf sie müssen wir uns verlassen. Anpassung an den Zeitgeist und Anbiederung an die Politik helfen uns nicht weiter, sondern machen uns immer schwächer.“ Deutlich kritisierte er die ständige Verharmlosung des Islam durch einige Bischöfe und stellte fest: „Wer behauptet, der Islamismus habe nichts mit dem Islam zu tun, der glaubt auch, dass Alkoholismus nichts mit Alkohol zu tun hat“. Angesichts der massiven Christenverfolgung, nicht zuletzt in deutschen Flüchtlingslagern, forderte Münch ein klares Wort der deutschen Bischöfe.



Foto: Gindert

Sein Wort hat noch immer Gewicht: Joachim Kardinal Meisner

Den zweiten Kongresstag prägten nach einem Hochamt in der außerordentlichen Form des römischen Ritus Vorträge der Professoren Manfred Spieker, Elmar Nass und Lothar Roos sowie engagierte Podiumsgespräche zu den Themen Evangelisierung und Christenverfolgung. Den würdigen Abschluss des Tages bildete eine eindrucksvolle Lichterprozession vieler hundert Teilnehmer mit Marienweihe vom Aschaffenburger Schloss über das Pompejanum zur Kapuzinerkirche.

Der vorgesehene Abschlussvortrag von Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst, päpstlicher Delegat für die Neuevangelisierung, konnte nur verlesen werden, da der ehemalige Bischof von Limburg seine Teilnahme aufgrund von heftigen Medienangriffen und Querelen mit dem Ortsbischof abgesagt hatte, um die Durchführung der gesamten Veranstaltung nicht zu gefährden. Die Teilnehmer quittierten diese noble Geste mit donnerndem Applaus.

Feierlicher Abschluss des Kongresses war schließlich das Pontifikalamt des emeritierten Kölner Erzbischofs Joachim Kardinal Meisner, der in seiner pointierten Predigt der katholischen Kirche vorwarf, „sich nicht zu erneuern, sondern zu modernisieren“. Denn Freiheit heiße heute weithin Beliebigkeit, führte der Kardinal aus. In der Kirche führe dies dazu, „dass man nicht mehr unterscheiden kann oder unterscheiden will zwischen dem Heilsein und dem Wohlsein; also dem Heil, das durch Gott kommt und dem Wohlsein, dem Genuss, den sich der Mensch selbst zu produzieren vermag“. Den Kongressteilnehmern in der völlig überfüllten Pfarrkirche gab der nach wie vor überaus beliebte und geschätzte Kardinal mit auf den Weg „Fürchte Dich nicht, Du kleine Herde“ (Lukas 12, 32) – das Motto des Kongresses im kommenden Jahr in Fulda.

Roger Zörb

Der Autor ist Vorsitzender des Bundes Katholischer Rechtsanwälte und Herausgeber zweier Festschriften für Benedikt XVI.

Vitale Schmuddelkinder

In acht Länderparlamenten ist die AfD vertreten – Sie bietet ein schillerndes Bild voller Licht und Schatten

Regieren, gestalten, lenken – die AfD-Größen machten auf dem Stuttgarter Parteitag deutlich, dass sie mit ihrer Partei die Geschicke der Bundesrepublik aktiv mitbestimmen wollen. Aber wie bewähren sich ihre „Parteisoldaten" im politischen Tagesgeschäft der Länderparlamente? Leicht machen es ihnen die etablierten Parteien nicht (siehe Seite 8). Fehler und Fehlverhalten leisten sich die „Anfänger für Deutschland" allerdings auch selber.

Ab ins sonnige Kalifornien! Für drei Monate begleitet Jörn Kruse seine Ehefrau Carola Groppe nach Stanford. Die Gemahlin, eine Erziehungswissenschaftlerin, hat an der dortigen US-Elite-Universität eine Gastprofessur angenommen. Für Kruse (68) wird es sicherlich eine schöne Zeit. Stanford liegt im Santa Clara County, einem berühmten Weinanbaugebiet. Das Klima ist mediterran. Die Strände der San Franzisco Bay Area sind nah.

Nur: Kruse ist Fraktionschef der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft. Das Amt des Fraktionschefs gilt als Vollzeitaufgabe. Es ist mit dreifachen Diäten, rund 8000 Euro, und einem Dienstwagen ausgestattet. Rein formal lässt sich an Kruses Langzeit-Sause in den Sonnenstaat nichts aussetzen. „Das Mandat ist frei. Daher gibt es keine Anwesenheitspflicht", erklärte Ulfert Kaphengst, Sprecher der Bürgerschaft, dem „Hamburger Abendblatt". Nicht ohne Süffisanz fügte er hinzu, dass der Abgeordnete eben nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet sei.

Gewissen und politisches Gespür hat Kruse wohl nicht im Reisegepäck seiner Kalifornientour. Leichter und schneller als durch solche Aktionen lässt sich das Ansehen einer Partei im politischen Alltagsgeschäft kaum demontieren. Zumal die ungeliebten „Anfänger für Deutschland", wie die „Welt" das Kürzel AfD jüngst interpretierte, allseits unter besonders scharfer Beobachtung stehen. In einer einzigartigen Erfolgserie und gegen eine nie gekannte einseitige Medienberichterstattung haben sie es geschafft, binnen kürzester Zeit in acht von 16 Länderparlamenten einzuziehen. 61 AfD-Abgeordnete versuchen dort, nationalliberale und wertkonservative Politik umzusetzen. Gleich 26 sind es in Sachsen-Anhalt, wo der AfD-Abgeordnete Daniel Rausch gerade zum Landtagsvizepräsidenten gewählt wurde. Bei den nächsten Wahlen im September werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch etliche Parteikollegen in die Parlamente von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin einziehen.



Laut, daneben, doch mit dem Finger in der Wunde: AfD-Fraktionschef Björn Höcke und Parteikollege Stefan Möller bei einer Plenarsitzung im Thüringer Landtag Bild: Imago

Um für negative Schlagzeilen zu sorgen, reichen allerdings auch die bisherigen 61 aus. Partei-Chefin Frauke Petry musste im Januar einem Wahlprüfungsausschuss in Sachsen unter Eid darüber Auskunft geben, ob Mitglieder ihrer Fraktion zu Krediten an die Partei genötigt worden waren. Da die Fraktionsvorsitzende und das sächsische AfD-Vorstandsmitglied Carsten Hütter sich in mehreren Punkten widersprachen, stand der Vorwurf des Meineides im Raum. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren jetzt allerdings ein. Frauke Petry hat noch einmal Glück gehabt. Der Ausschuss in Dresden sei keine „zur Abnahme von Eiden zuständige Stelle im Sinne des Strafgesetzbuches" gewesen.

Dagegen wirkt ein anderer Vorfall fast schon wie eine Lappalie. Für höhnische Artikel und Kommentare sorgte er trotzdem: Die sächsischen AfD-Parlamentarier stellten im Januar einen Antrag zum Thema „Häusliche Gewalt". Eine Angeordnete der Grünen entdeckte, dass er in weiten Teilen abgeschrieben war. Die Partei „Die Linke" hatte ihn vor drei Jahren fast wortgleich in Mecklenburg-Vorpommern eingereicht. „Das Schriftstück wurde von einer parlamentarischen Beraterin gefertigt, die die Fraktion inzwischen verlassen hat", vermeldete ein AfD-Sprecher kleinlaut.

> Sie stellen Fragen, wo alle anderen schweigen

Ist die AfD „in den Parlamenten also doch keine Alternative", wie die SPD-eigene Zeitung „Vorwärts" bereits jubelte? Vielleicht hilft der vergleichende Blick auf die politischen Gegner weiter: Wie es in anderen Landtagsfraktionen zugeht, beschreibt etwa Gerhard Besier in seinem Buch „Fünf Jahre unter Linken". Der ehemalige Leiter des Dresdner Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismus-Forschung saß für die Linkspartei von 2009 bis 2014 im sächsischen Landtag. Er berichtet von Berufsversagern, die sich in den Abgeordnetenjob gerettet hätten, und von einem denunziatorischen Klima, in dem die persönlichen Ränkespiele mehr zählten als die fachliche Kompetenz.

Besier urteilt generell kritisch über das Wirken der Parteien auf Länderebene. Sein Insiderbericht zeichnet ein tristes Bild des Länderparlamentarismus, der kaum Vitalität verströme. Das allerdings dürfte sich mit den 61 AfD-lern deutlich zum Positiven geändert haben. Die ungeliebten Polit-Schmuddelkinder sind laut. Sie sind daneben. Sie machen Fehler, aber sie stellen Fragen, wo alle anderen schweigen. Es war eine Kleine Anfrage des Thüringer AfD-Politikers Jörg Henke, die den Skandal ans Tageslicht brachte, dass die dortige Landesregierung linksextreme Gruppierungen mit zehntausenden Euro unterstützt und sie per Bus zu Demonstrationen transportieren lässt.

Eine neue Stimme erklingt in den Parlamenten und sie fordert die etablierten Parteien zu entlarvenden Gegenreaktionen heraus. Zum Beispiel, wenn der thüringische Landtag einen AfD-Antrag abschmettert, in dem Maßnahmen gefordert werden, um christliche Flüchtlinge vor Übergriffen in Landesaufnahmestellen und Asylbewerberunterkünften zu schützen. Als „konstruierte Vermutung" tat der integrationspolitische Sprecher der Thüringer CDU-Fraktion, Christian Herrgott, die Christenverfolgung in den Immigrantenheimen ab – trotz Dutzender bekannter Fälle.

Dass es die Parlamentarier von CDU und SPD mit dem Übernehmen geistigen Eigentums ebenfalls nicht so genau nehmen, bewiesen sie übrigens gerade im sächsischen Landtag. Nachdem sie einen Antrag der AfD für die Einrichtung bestimmter Bahnstrecken als „völlig unnötig" abgelehnt hatten, brachten sie ihn zwei Wochen später einfach selbst ein. *Frank Horns*

MELDUNGEN

Mehr Geld für Abgeordnete

Berlin – Auch in diesem Jahr bekommen die Bundestagsabgeordneten automatisch mehr Geld. Mit Wirkung vom 1. Juli steigt die monatliche Entschädigung der Parlamentarier von derzeit 9082 Euro um 245 Euro auf dann 9327 Euro. Zudem erhöhen sich zu diesem Termin die fiktiven Bemessungsbeträge für die Altersentschädigung je nach Zeitpunkt und Dauer der Zugehörigkeit zum Parlament auf dann 7974 Euro beziehungsweise 8923 Euro. Grundlage der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung ist laut Abgeordnetengesetz die Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Nominallohnindexes. Dessen Erhöhung wird mit 2,7 Prozent beziffert, woraus sich die genannten Veränderungen ergeben. *J.H.*

Vorladung wegen Kleiner Anfrage

Hamburg – Weil sich der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Dennis Thering in einer parlamentarischen Anfrage nach der möglichen Vertuschung von Straftaten in einer Hamburger Asylunterkunft erkundigt hatte, wurde er von der Polizei zur „Vernehmung/Anhörung" vorgeladen. Thering wollte mithilfe seiner Anfrage herausfinden, ob Gerüchte zutreffend seien, wonach im vergangenen November in der Gemeinschaftsunterkunft am Ohlstedter Platz (siehe *PAZ* 33/2015) ein Kind sexuell missbraucht worden sein soll. Doch statt zur Aufklärung beizutragen, hat der Senat die Sache an die Polizei weitergeleitet, um bei dem Abgeordneten zu ermitteln. Laut Staatsanwaltschaft habe die Notwendigkeit bestanden, weitere Einzelheiten über ein „unbekanntes Verbrechen" zu erfahren. Die CDU kritisiert, wenn Abgeordnete damit rechnen müssten, dass ihnen bei heiklen Themen eine polizeiliche Vernehmung drohe, behindere das ihre Arbeit. *J.H.*

(siehe Kommentar S. 8)

EU beugt sich Ankara

Kommission säubert Internetseite von Informationen zu »Aghet«

Anlässlich des traurigen 100. Jubiläums des Völkermordes an den Armeniern initiierten die Dresdner Sinfoniker letzten November gemeinsam mit dem deutsch-türkisch-armenischen Gitarristen Marc Sinan das Konzertprojekt „Aghet". Gewidmet ist das Projekt Sinans Großmutter Vahide, die den Völkermord nur überlebt hat, weil sie von einer türkischen Familie aufgenommen und zwangsislamisiert wurde.

Aghet – Katastrophe – ist einer der Ausdrücke, die von den Armeniern für jenes Verhängnis verwendet werden, das 1915 über sie hereinbrach. Führende armenische Intellektuelle des Osmanischen Reiches wurden am 24. April 1915 in Konstantinopel verhaftet, darunter der legendäre Komponist Komitas Vardapet, der Begründer der modernen klassischen Musik Armeniens, der auf Intervention des US-amerikanischen Botschafters jedoch aus der Deportation zurückkehren durfte aber später an den Folgen der erlittenen Gräuel starb. Aus der Verhaftungswelle wurde die Deportation der Armenier ganz Anatoliens, Massenmorde und Todesmärsche in die syrische Wüste. Bis zu 1,5 Millionen Menschen fanden den Tod.

Die Dresdner Sinfoniker wollen mit ihrem Konzert ein Zeichen der Versöhnung setzen. Musiker aus der Türkei, Armenien, Deutschland sowie Mitglieder vom No Borders Orchestra (NBO), einem 2012 gegründeten Ensemble klassischer Musiker aus dem ehemaligen Jugoslawien, bilden das Herz dieses außergewöhnlichen Erinnerungsprojektes. Sie spielen Werke der

> Konzertprojekt erinnert an Genozid an den Armeniern

Komponisten Zeynep Gedizlioglu (Türkei), Helmut Oehring (Deutschland) und Vache Sharafyan (Armenien). Im November 2016 soll „Aghet" in der armenischen Hauptstadt Eriwan und in Istanbul aufgeführt werden. Mit dem politisch brisanten Gastspiel in der kulturellen Hauptstadt der Türkei soll das Konzertprojekt dann an den Ausgangspunkt des Völkermords zurückkehren, der von offizieller türkischer Seite bis heute geleugnet wird.

Ob diese Pläne jedoch, was die Türkei betrifft, ausgeführt werden können, ist mehr als fraglich. Nach dem Einknicken von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Causa Böhmermann macht die Türkei nämlich nun auf europäischer Ebene Druck gegen das Konzertprojekt „Aghet". Der türkische EU-Botschafter verlangte, dass die Europäische Union, die das Projekt bisher mit 200000 Euro unterstützt hatte, diese Förderung für die internationale Produktion einstellt. Die zuständige Exekutivagentur bei der EU-Kommission lehnt dies zwar ab, hat der Türkei aber insofern nachgegeben, als Informationen zu „Aghet" auf der Internetseite bereits entfernt wurden.

Sinan kritisierte das Einknicken der Kommission. Die Leugnung des Genozids durch die Türkei ebne heute den Boden „für die maßlose Gewalt" gegenüber den Kurden. „Das Appeasement durch die EU-Kommission macht Europa dort zum Mittäter", so der Musiker zur „Bild am Sontag".

Einmal mehr mischt sich die Türkei in Sachen Kunst und Kultur in Deutschland und Europa ein. Dabei hat sie gegenüber der Europäischen Union sogar mit Abbruch der Beitrittsverhandlungen gedroht. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Thomas de Maizière – Der CDU-Bundesinnenminister begrüßte das Datenschutzabkommen zwischen der EU und den USA. Er nannte es „einen wichtigen Schritt in Richtung auf Regeln, die diesseits und jenseits des Atlantiks gelten“. Laut Mitteilung seines Ministeriums sieht er in der Einrichtung eines Ombudsmanns für Beschwerden in den USA und gegenseitigen Berichtspflichten einen großen Fortschritt.

Alexander Sander – Für den Geschäftsführer von Digitale Gesellschaft e. V. ist „Privacy Shield“ wertlos. „Statt sich entschlossen für den Schutz europäischer Daten in den USA einzusetzen, hat sich die EU-Kommission eine Mogelpackung andrehen lassen“, sagte er gegenüber Pressevertretern. Er glaubt den Beteuerungen der Kommission nicht, nach denen es keine Massenüberwachung von EU-Daten in den USA geben werde.



Peter Schaar – Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz zwischen 2003 und 2013 schrieb: „Eine anlasslose Überwachung der grenzüberschreitenden Kommunikation und einen umfassenden Zugriff auf personenbezogene Daten von Nicht-US-Bürgern darf es nicht geben.“ Ihm sind die Einspruchsmöglichkeiten des neuen Abkommens zu beschränkt. „Privacy Shield“ garantiere keinen Datenschutz auf EU-Niveau.

James Clapper – Der General der US-Luftwaffe im Ruhestand amtiert zurzeit als Nationaler Geheimdienstdirektor der USA, dem die rund 20 Geheimdienste des Landes unterstehen. Er gilt als umstritten, seit er 2013 dem Kongress sagte, die NSA sammle keine Daten von Amerikanern, um einen Monat später das Gegenteil eingestehen zu müssen. Aber Obama behielt ihn im Amt. Im Januar wurde Clappers dienstliches E-Mail-Konto geknackt.



Vera Jourová – Die tschechische Justizkommissarin sieht „Privacy Shield“ positiv. „Zum ersten Mal hätten die US-Amerikaner schriftlich gegenüber der EU die Grenzen für den Zugang zu Daten durch ihre Sicherheitsbehörden dargelegt. „Wir haben die Garantie bekommen, dass die USA das System öfter kontrollieren werden.“ Sie will die Verhandlungen mit den USA bis Mai abschließen.

Schutzschild statt Hafen

»Privacy Shield«: Neues Datenschutzabkommen zwischen der EU und den USA

Vor wenigen Monaten wurde „Privacy Shield“ der Öffentlichkeit präsentiert. Das Abkommen zwischen der EU und den USA auf dem Gebiet des Datenschutzrechts soll die Nachfolge des Safe-Harbor-Abkommens antreten, das vergangenes Jahr am Europäischen Gerichtshof (EuGH) scheiterte. Aber auch „Privacy Shield“ ist nicht unumstritten.

Einerseits ist die moderne Wirtschaft auf den möglichsten reibungslosen Austausch elektronischer Daten angewiesen. Auf der anderen Seite ist dieser Austausch ohne Vertraulichkeit und Schutz vor Missbrauch eigentlich nicht möglich. Denn niemand möchte, dass personenbezogene Daten, Firmeninterna, Passwörter und ähnlich vertrauliche Informationen in falsche Hände geraten.

Allerdings unterscheiden sich die Ansichten über den Datenschutz auf beiden Seiten des Atlantiks erheblich. Der stark an den Bürgerrechten ausgerichteten europäischen, speziell deutschen Auffassung steht die eher am kommerziellen Nutzen und an staatlichen Sicherheitsbedürfnissen orientierte US-amerikanische Sicht gegenüber.

Das Safe-Habor-Abkommen sollte hier Rechtssicherheit schaffen, wurde aber vom Europäischen Gerichtshof vergangenen Oktober für ungültig erklärt. Das Gericht sah den Schutz sensibler Daten von EU-Bürgern in den USA nicht gewährleistet. Das betraf besonders den Zugriff durch US-amerikanische Geheimdienste.

Also handelte die Politik ein neues Abkommen aus. „Privacy Shield“, das Nachfolgeabkommen, wurde im Februar dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt. Aber die Kritik reißt nicht ab.

> Der Vorgänger »Safe Harbor« war am EuGH gescheitert

Die EU-Kommission betont, dass sie gegenüber dem Vorgänger Verbesserungen erreicht habe. Nun soll das US-Handelsministerium Firmen überwachen, die Daten aus Europa verarbeiten. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Sanktionen rechnen. Außerdem wird ein Ombudsmann im Außenministerium installiert, an den sich EU-Bürger wenden können, die ihre Datenschutzrechte verletzt sehen. Beide Seiten wollen die Einhaltung des Abkommens jedes Jahr überprüfen. EU-Justizkommissarin Vera Jourová begrüßte sogar, dass „unsere US-Partner erstmals schriftlich die Grenzen und Schutzvorkehrungen für den Zugang zu Daten durch Behörden im Rahmen der inneren Sicherheit“ dargelegt hätten. Sowohl das geplante transatlantische Rahmenabkommen für den Datenschutz in der Strafverfolgung als auch der neue US-amerikanische Judicial Redress Act mit Klagemöglichkeiten für EU-Bürger sorgen ihrer Ansicht nach für neues Vertrauen in die Datenflüsse zwischen beiden Seiten.

Aber der Datenschutzschild, so die deutsche Übersetzung von Privacy Shield, ist löcherig. EU-Bürger müssen sich erst bei den betreffenden Unternehmen beschweren, bevor der Ombudsmann tätig werden kann. Den Ombudsmann können sie nicht direkt anrufen, sonder nur über ihre nationalen Datenschutzbehörden. Vor einem US-Gericht können sie nur klagen, wenn sie diesen Weg vergeblich beschritten haben und ihr Anliegen die innere Sicherheit der USA nicht gefährdet.

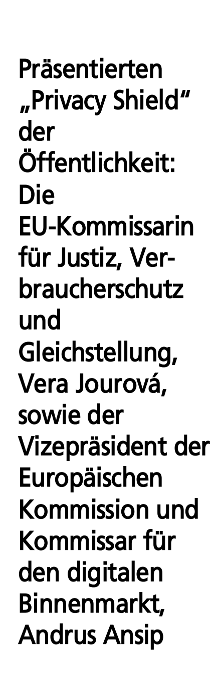
Auch die Überwachung durch die US-Geheimdienste bleibt legal. Sie dürfen auch weiterhin Daten erfassen, wenn das zur Spionageabwehr, zur Bekämpfung von Terrorismus und Cyber-Kriminalität, zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, zum Schutz der US-Streitkräfte oder zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens nötig ist. Ob diese Notwendigkeit besteht, überprüft einmal jährlich der Koordinator der US-amerikanischen Geheimdienste gleich selbst.

So hält denn auch die Organisation „European Digital Rights“ (EDR) das vorgestellte Paket für einen Lückenbüßer. Mitte März forderten die EDR und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in einem offenen Brief Nachbesserungen. Und der Grünen-Politiker Dieter Jaecek bezweifelte, dass „Privacy Shield“ einer Prüfung durch den Europäischen Gerichtshof standhalten würde.

Friedrich List







Präsentierten „Privacy Shield“ der Öffentlichkeit: Die EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Vera Jourová, sowie der Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für den digitalen Binnenmarkt, Andrus Ansip

Bild: pa

Einer gegen Facebook

Maximilian Schrems kennt US-amerikanische Internet-Riesen wie Facebook gewissermaßen persönlich. Der Österreicher verbrachte ein Semester seines Jurastudiums dort, wo das Herz der globalen Digitalindustrie schlägt: im kalifornischen Silicon Valley. Dort lernte er auch die eher hemdsärmelige Sicht der dortigen Verantwortlichen auf den Datenschutz in Europa kennen.

Für die US-Manager sind die in der EU geltenden Regeln eigentlich nur interessant, wenn sie bei einem Verstoß mit empfindlichen Geldstrafen belegt werden. „25 000 Euro Geldbuße bewirken gar nichts, wenn ein Regelverstoß drei Millionen Euro bringt“, sagte er der Zeitschrift „test“.



Bild: Archiv

Maximilian Schrems

Zurück in Europa, begann er, dem Internet-Riesen Facebook auf die Finger zu klopfen. Er gründete „Europa gegen Facebook“ und testete, ob das Unternehmen nach Abmeldungen die persönlichen Daten tatsächlich löscht. Facebook musste einräumen, dass das nicht passiert. Insgesamt 23 Beschwerden richteten er und seine Mitstreiter an die zuständige Datenschutzbehörde in Irland. Dort hat Facebook seinen Europa-Sitz. In der Behörde kümmern sich 20 Beamte um die dort ansässigen Großunternehmen. Die Iren wiesen Schrems Beschwerde ab, weil sie in der Zusammenarbeit von Unternehmen und Geheimdiensten nichts rechtswidriges erkennen konnten. Die Initiative klagte vor dem Europäischen Gerichtshof. Und gewann. *F.L.*

Der erste Versuch

Wie das Safe-Harbor-Abkommen Schiffbruch erlitt

Vor gut zwei Jahrzehnten, im Jahre 1995, trat die Europäische Datenschutzrichtlinie 2 in Kraft. Die verbietet in Artikel 25 und 26 den Export von personenbezogenen Daten in Drittstaaten, die keine dem europäischen Standard entsprechende Datenschutzgesetze haben. Die USA hatten 1995 derartige Gesetze nicht und haben sie auch bis heute nicht eingeführt.

Allerdings erlaubt es der Artikel 25 dieser Datenschutzrichtlinie der Europäischen Kommission die Angemessenheit des Datenschutzes in einem Drittland festzustellen, sofern denn dieser Datenschutz bestimmte Anforderungen erfüllt. Um diese sicherzustellen, schlossen die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika 2000 das Safe-Habor-Abkommen. So sollten europäische Unternehmen weiter Daten mit Geschäftspartnern auf der anderen Seite des Atlantiks austauschen oder Dienstleistungen in den USA nutzen können.

Seitdem ist der Datenaustausch um ein Vielfaches gewachsen. Und für eine wachsende Zahl von Unternehmen ist der Geschäftszweck das Sammeln und der Handel gerade mit personenbezogenen Daten. Auch das politische Umfeld hat sich stark geändert. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 überwachen US-Behörden Datenflüsse auch außerhalb der USA ungleich stärker als zuvor.

> Der Österreicher Maximilian Schrems klagte gegen Facebook

Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden sorgten vielerorts für eine Neubewertung. Plötzlich war der Grad US-amerikanischer Überwachung und Auswertung auch normaler Geschäftstätigkeiten und privater Kommunikation für jeden offensichtlich.

Schließlich klagte der österreichische Jurist, Autor und Datenschutzaktivist Maximilian Schrems gegen das US-amerikanische Unternehmen Facebook, um zu zeigen, dass dessen Umgang mit personenbezogenen Daten gegen europäisches Recht verstößt, wenn es seine Daten US-Geheimdiensten zur Verfügung stellt. Seine Klage hatte Erfolg. Im Oktober 2015 erklärte der Europäische Gerichtshof das Abkommen für ungültig und die bisherige Praxis für rechtswidrig. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

BER droht völliges Aus

Flughafen-Experte: Umbau der Brandschutzanlage vermutlich gar nicht mehr möglich



Es sieht finster aus: Flughafenchef Karsten Mühlenfeld (l.) und Flughafenkoordinator Rainer Bretschneider am 2. Mai in Schönefeld während der BER-Ausschusssitzung.

Bild: pa

Wenige Monate vor der Abgeordnetenhauswahl droht Berlins Bürgermeister Müller ein Desaster der Extraklasse: Ein Gutachten lässt das gesamte Skandalprojekt BER wackeln.

Bereits im Jahr 2012 musste die geplante Eröffnung des Großflughafens BER abgesagt werden, weil es Probleme mit dem Brandschutz gab. Nun steht erneut die für das kommende Jahr angepeilte Inbetriebnahme auf der Kippe.

Die Verantwortlichen am Flughafen BER sehen sich mit akuten Genehmigungsproblemen konfrontiert, die eine Eröffnung im Herbst 2017, ja sogar im Jahr 2018 in Frage stellen. Wie nach der jüngsten Sitzung des Flughafen-Aufsichtsrates bekannt wurde, geht es konkret um Forderungen zum Brandschutz im Bereich zwischen dem unterirdischen Bahnhof und dem Flughafenterminal.

Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) schlägt Alarm. Es will weitere Nachweise erbracht haben, wie sich im Falle eines Brandes der Rauch in den Geschossen über dem unterirdischen Bahnhof verteilen würde. Ausschließen will die Bundesbehörde damit, dass sich bei einem Brand im Flughafenhauptgebäude bei laufendem Zugverkehr giftige Gase wegen der Zugluft, welche die Züge verursachen, im Bahnhof ausbreiten.

Zumindest nach der Außendarstellung des Flughafenaufsichtsrates kam der Einwurf des EBA aus heiterem Himmel: „Alle Aufsichtsratsmitglieder waren sehr erstaunt“, so der Aufsichtsratsvorsitzende, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD). Wie aus einer Stellungnahme des Bundesamtes hervorgeht, hätten die Betreiber des neuen Hauptstadtflughafens allerdings wissen können, dass sie gemäß Planfeststellungsbeschluss noch zusätzliche Brandschutz-Simulationen vorzulegen haben.

Einem Bericht des „Tagesspiegel“ zufolge ist offenbar auch seit Jahren bekannt, dass die Abschottung zwischen Terminal und Bahnhof nicht richtig funktioniert. Schon bei Simulationen im Jahr 2013 soll der Flughafen demzufolge die diesbezüglichen Anforderungen verfehlt haben.

Um den Skandal klein zu halten, bemüht sich Flughafenchef Karsten Mühlenfeld inzwischen um moderate Töne und räumt Versäumnisse des Flughafens ein. „Die Verantwortung liegt beim Flughafen, der beides geplant und gebaut hat, Terminal und Bahnhof“, so Mühlenfeld.

Abzuwarten bleibt, ob die Entrauchung ohne aufwendige Umbauten hergestellt werden kann, wie es der Flughafenchef mit vorsichtigem Optimismus angedeutet hat. Tatsächlich aber scheinen die Hürden für eine Lösung hoch zu liegen: Eine technische Lösung gilt als schwierig, nötig werden zudem aufwendige Computersimulationen. Ein Zeitpuffer, den die Flughafengesellschaft für Unvorhergesehenes eingeplant hatte, ist längst aufgebraucht.

Wie verfahren die Situation ist, wird an dem Vorschlag deutlich, den Flughafen notfalls auch erst einmal ohne den unterirdischen Bahnanschluss zu eröffnen. Experte Dieter Faulenbach da Costa äußert mittlerweile sogar grundlegende Zweifel, dass der BER überhaupt fertiggestellt werden kann. Der renommierte Flughafenplaner hält den Umbau der Brandschutzanlage am BER insgesamt für gescheitert: „Der seit vier Jahren betriebene Umbau der Brandschutzanlage am BER wird die Inbetriebnahme des neuen Flughafens verhindern.“ Faulenbach da Costa, der selbst bis 1999 an der Planung des Flughafens beteiligt war, sieht beim BER ein generelles Problem: „Statt die nicht fertiggestellte Anlagen gemäß der erteilten Baugenehmigung fertigzustellen und zu testen, wurden genehmigungspflichtige Umbauten vorgenommen.“ Damit aber gebe es bei der umgebauten Entrauchungsanlage keine durchgängige Systemarchitektur, eine notwendig Voraussetzung für deren Funktionalität, so der Architekt, der weltweit Flughäfen projektiert hat.

Sondererlaubnis für Tegel läuft 2017 aus – was dann?

Sollte sich die brutale Prognose bewahrheiten, dass der BER generell nie fertiggestellt werden kann, wird dies weitreichende Folgen haben. Der BER gilt im internationalen Vergleich schon jetzt als außergewöhnlich teures Flughafenprojekt, in das längst Milliarden an Steuergeldern geflossen sind. Noch recht wenig beachtet ist ein weiterer Aspekt: Im Herbst 2017 läuft die Ausnahmegenehmigung aus, die den Flughafen Berlin-Tegel bislang von strengen Lärmschutzauflagen verschont hat. Den betroffenen Anwohnern stehen dann juristische Wege offen, sich gegen den Fluglärm aus Tegel zu wehren.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller könnte allerdings schon vorher unter Druck geraten. Wenige Monate vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus befindet sich Müller in einer Lage, in der er kaum mehr punkten kann. So reicht es den Fluggesellschaften eigentlich aus, wenn sie erst im kommenden Oktober Gewissheit haben, ob sie ab Herbst 2017 weiterhin vom alten Flughafen Berlin-Tegel operieren werden oder ob zum Winterflugplan 2017 ein Umzug zum BER ansteht. Verkündet Müller erst nach dem 18. September, also nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, dass es mit der Flughafeneröffnung wieder nichts wird, ist die Reaktion der Öffentlichkeit absehbar: Müller wird sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, aus wahltaktischen Gründen die schlechte Nachricht verschwiegen zu haben. Nicht besser sieht es aus, wenn er vor dem Wahltag verkünden muss, dass der BER eine kostspielige Dauerbaustelle bleibt oder gar als fehlgeplante Investitionsruine abzuschreiben ist. *Norman Hanert*

Politische Duckmäuser

Von Vera Lengsfeld

Der 1. Mai ist wieder da und die Linksradikalen schlagen erneut zu. Bis zu 6200 Polizisten waren insgesamt in Berlin mit seiner linksradikalen Demonstration am Abend des Feiertages im Einsatz, 1800 aus sieben anderen Bundesländern und von der Bundespolizei. Nicht nur die Polizei, die sogenannte „Revolutionäre 1. Maidemo“ hält auch die Medien wieder in Atem. Mehrere Hauptstadtzeitungen versuchten in Liveblogs, sich gegenseitig in der Echtzeit-Berichterstattung zu übertreffen. Der Hintergrund: Die Polizei hatte festgelegt, dass die linksradikale Demo nicht durch das „Myfest“ gehen dürfe, das vor Jahren als Gegenveranstaltung zu der linksradikalen Gewaltdemo ins Leben gerufen worden war.

Die Anmelder scheiterten vor Gericht mit dem Anliegen, an ihrer Route festhalten zu dürfen. Ihr Aufruf war eine unmissverständliche Kampfansage an den Rechtsstaat: „Wir bleiben dabei: Wir lassen uns die 1.-Mai-Demo weder verbieten noch lassen wir uns unsere Route von der Polizei vorschreiben. Ob Gefahrengebiete, Zwangsräumungen oder Demo-Verbote, unser Widerstand hält sich nicht an das bürgerliche Gesetzbuch!“

Tatsächlich versammelten sich ab 18 Uhr mehr Demonstranten am Oranienplatz als am Moritzplatz, dem Beginn der genehmigten Route. Es sollen 13 000 Teilnehmer gewesen sein, weniger als die Veranstalter erwartet hatten. Ein Teil davon bewegte sich illegal durch das „Myfest“, zum Teil vermummt. Auf ihren Blogs berichteten die Medien mit kaum verhohlener Zustimmung von diesem illegalen Akt. Die Polizei hatte offensichtlich die Anweisung erhalten, nicht Recht und Gesetz durchzusetzen, sondern sich zurückzuhalten. Die Einsatzleitung hoffte wohl, dass es bei vereinzelten Böllern bleiben und zu keinen Gewaltausbrüchen wie in den vergangenen Jahren kommen würde. Schließlich war die Nacht zum 1. Mai für Berliner Verhältnisse ruhig verlaufen.

Am Ende waren es „nur“ fünf Minuten Gewalt. Schon nach einer Stunde Marsch hatte das Veranstalterbündnis die Polizei gebeten, die Route abzukürzen. Die Einsatzleitung erlaubte das. Also zog die Demo statt zum Neuköllner Rathaus und zurück vom Schlesischen Tor direkt zum Lausitzer Platz – der mit Feiernden gefüllt war. Anders als bei der geplanten Endstation Kottbusser Brücke lagen hier tausende leere Bierflaschen herum. Munition für Gewaltbereite, die sie prompt gegen Polizisten einsetzten. Am Ende waren es aber mehr Kameras als Steine, die zum Einsatz kamen, wie Linksradikale frustriert twitterten. Dagegen lobten sich die Politiker, ihr Sicherheitskonzept sei aufgegangen. Ein angezündetes Auto und Krawalle nach der Demo zählten nicht.

Antifa-Attacke auf Gauland

Aktionen gegen Privathäuser von Politikern nehmen zu

Unbekannte haben in der vergangenen Woche das Wohnhaus des Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion in Brandenburg, Alexander Gauland, mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz und der Aufschrift „No Nazis“ sowie „Nationalismus tötet“ beschmiert. Außerdem ließen sie ein Banner mit der Aufschrift „Es gibt kein ruhiges GAUland – Nie wieder Faschismus“ zurück. Auf der Internetseite „Indymedia“ bekannten sich Linksextreme zu der Tat. Unter der Überschrift „Es gibt kein ruhiges Gauland! Nazis haben Namen und Adressen“ veröffentlichten die Täter Gaulands Privatadresse und nannten Details über Alarmanlage, Bewegungsmelder und Kameraüberwachung an den Klingelschildern.

Dies war der bisherige Höhepunkt einer Reihe politisch motivierter Straftaten von links in Brandenburg. Anschläge gegen Plakate, Stelltafeln, Wahlkampfstände oder Zettelverteiler sind schon lange an der Tagesordnung. Aber Angriffe gegen die Privatsphäre von Landtagsabgeordneten bedeuten eine neue Qualität. Den Vergleich der gewaltbereiten Antifa mit der SA der Nationalsozialisten mögen Linke, SPD und Grüne nicht hören. Den brandenburgischen AfD Landtagsabgeordneten Andreas Galau, der diesen Vergleich gezogen hat, strafen die drei Parteien ab, indem sie ihm einen Sitz in der für den Verfassungsschutz zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission verweigern.

Bodo Ramelow: »Es kotzt mich an, wie arrogant ihr seid«

Die Ankündigung der Antifa, am Himmelfahrtstag in dem Dorf Bornhagen vor dem Haus des AfD-Landeschefs von Thüringen, Björn Höcke, zu demonstrieren, versetzte sogar den thüringischen Ministerpräsidenten in Rage. Der erboste Bodo Ramelow (Linkspartei) sprach im Kurznachrichtendienst „Twitter“ von „Nazi-Methoden“. Als die Antifa daraufhin eine Veranstaltung mit Ramelow in Halle störte, schimpfte er: „Einige haben das Gastrecht der Veranstalter missbraucht, um den Ministerpräsidenten in inakzeptabler Weise zu belästigen.“ Was er von der geplanten Aktion in Bornhagen hält, sagte er unmissverständlich: „Vor Privathäusern von Politikern zu demonstrieren, geht gar nicht. Egal von wem und gegen wen!“ Der Zweck heilige nicht die Mittel. Und weiter: „Es kotzt mich an, wie arrogant ihr seid. Das ist so eine intolerante Aktion!“ Schließlich setzte er noch einen drauf: „Ich finde den Aufruf beschissen.“ *H.L./PAZ*

»Die Kameras wirken«

Deutsche Bahn verteidigt Video-Überwachung

Der verstärkte Einsatz von Videotechnik in den Regionalzügen und auf den Bahnhöfen im Großraum Berlin ist aus Sicht der Deutschen Bahn (DB) erfolgreich. Nach Angaben des Konzerns sind im vergangenen Jahr sechs Prozent weniger Straftaten registriert worden.

In absoluten Zahlen ist die Kriminalität dennoch erschreckend hoch: Insgesamt sind für Berlin und Brandenburg rund 4700 Straftaten im Bereich der DB registriert worden. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte liegt mit mehr als 2400 etwa auf Vorjahresniveau. Die Zahl der Angriffe auf DB-Mitarbeiter ist 2015 zwar um sieben Prozent zurückgegangen, liegt aber immer noch bei knapp 300 Fällen.

Dass die Zahl der Taten nicht noch höher liegt, ist laut Bahn auch einer zunehmenden Videoüberwachung zu danken: „Mehr Präsenz von Sicherheitskräften und verstärkter Einsatz von Videotechnik an Hotspots zahlen sich aus“, so DB-Sicherheitschef Hans-Hilmar Rischke. Mit Kameras ausgerüstet sind inzwischen fast drei Viertel der Regionalzüge im Großraum Berlin.

Verstärkt auf Video-Überwachung setzen will nun offenbar auch der Berliner Senat. Geprüft wird unter anderem, ob es möglich ist, auch in alte Züge der Berliner S-Bahn Kameras einzubauen. Bereits als sicher gilt, dass künftig der Alexanderplatz überwacht wird.

Berlin will einen Modellversuch am Alex starten

So hat Innensenator Frank Henkel (CDU) bereits einen Modellversuch angekündigt. Der Alex sei dafür „extrem gut geeignet“, so der Senator. Klarheit bringen soll der Versuch, ob mit einer Videoüberwachung die Zahl der Straftaten zurückgeht. Einig waren sich die beiden Koalitionspartner SPD und CDU im Innenausschuss, als es um die Ablehnung eines Antrags der Piratenpartei ging, die den Ausbau der Videoüberwachung in Berlin stoppen wollte.

Aus Sicht von Henkel ist der Nutzen für die Strafverfolgung unbestritten. Allein 2014 soll die Polizei bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) 3000 Mal gespeicherte Bilder angefordert haben. Für das erste Halbjahr 2015 werden 2300 Fälle genannt. Ermittelt werden konnten 750 Tatverdächtige. Schnell aufgeklärt werden konnte nach Henkels Angaben so auch der Mord an der 18-jährigen Hanna aus Hellersdorf. Die Piraten-Partei bemängelt, dass keine Zahlen existierten, aus denen hervorgehe, wie viele dieser Tatverdächtigen auch verurteilt worden sind. *N.H.*

MELDUNGEN

Heimwehr an die Grenze

Kopenhagen – Dänemark will unbewaffnete Angehörige der Heimwehr bei Kontrollaufgaben an der Grenze zu Deutschland einsetzen. Dadurch soll die Polizei entlastet werden, die durch Objektschutzaufgaben und die seit Januar verschärften Grenzkontrollen ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat. Die dänische Heimwehr (Hjemmeværnet) besteht aus freiwilligen Reservisten. Im Parlament zeichnet sich eine breite Mehrheit für den Regierungsvorschlag ab. Trine Bramsen von den Sozialdemokraten: „Wir sind der Entlastung der unter Druck geratenen Polizei einen Schritt näher gekommen.“ Peter Kofoed Poulsen von der nationalkonservativen Volkspartei: „Alles in allem war das ein gutes Treffen, wo Fortschritte gemacht wurden, aber wir drängen selbstverständlich immer noch auf mehr.“ *H.L./PAZ*

EU-Kritiker im Aufwind

Stockholm – Das bevorstehende Referendum der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union hat auch in Skandinavien Auswirkungen. Wie aus einer aktuellen Umfrage der öffentlich-rechtlichen Fernsehgesellschaft Schwedens Sveriges Television (SVT) hervorgeht, betrachten nur noch 39 Prozent der Schweden es als „eine gute Idee“, dass ihr Land Mitglied der EU ist. Noch im Herbst hatte dieser Wert bei 59 Prozent gelegen. Mehr als ein Fünftel der Schweden hält nun sogar eine EU-Mitgliedschaft für eine „schlechte Idee“. Auch in Großbritannien befinden sich laut einer zwischen dem 22. und dem 24. April durchgeführte Umfrage die EU-Kritiker im Aufwind. Gemäß dem Institut ICM sprachen sich 46 Prozent der Befragten für und 44 Prozent gegen einen Brexit aus. *N.H.*

Es wird eng für Pjöngjang

Nordkoreas Staatspartei stimmt Bevölkerung auf Hungersnot ein – Erster Parteitag seit 36 Jahren im Mai

Die Sanktionen werden schärfer; China kündigt an, weniger Lebensmittel ausführen zu wollen; und immer mehr Einwohner, selbst privilegierte, fliehen. Das herausgeforderte Regime Nordkoreas reagiert mit der Ankündigung von Schweiß und Tränen, einer „Entwicklung“ der Staatspartei sowie des ersten Parteitages seit 36 Jahren.

Angesichts der jüngsten Atom- und Raketentests Pjöngjangs wurden die UN-Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea erneut verschärft. Dass auch China sich ihnen anschloss, ist primär dem Druck des US-Präsidenten auf Peking bei einem Gespräch am 29. März geschuldet. Inzwischen veröffentlichte das dortige Handelsministerium erstmals eine detaillierte Liste von Gütern, die nunmehr einem Embargo unterliegen. Das Reich der Mitte verzichtet auf den Import von Gold, Seltenen Erden, Kohle, Eisenerze und Titan aus Nordkorea. Dieser Importverzicht hat ein Volumen von umgerechnet 1,3 Milliarden US-Dollar, was etwa vier Zehntel der jährlichen Deviseneinnahmen Nordkoreas ausmacht. Des Weiteren verzichtet China auf den Export von Kerosin und anderen Öl-Produkten nach Nordkorea, die als Flugzeug- oder zur Produktion von Raketentreibstoff genutzt werden können. Nordkorea ist nicht in der Lage, selber Kerosin herzustellen. Ausgenommen von den Exportbeschränkungen sind indes Waren, die für rein zivile Zwecke verwendet werden. Das ist eine Klausel, die Schlupflöcher bietet, die sicherlich genutzt werden. Auch Russland folgt nicht uneingeschränkt den verschärften UN-Sanktionen und verweist in diesem Zusammenhang auf die „humanitäre Situation“ im Norden Koreas.

Der dortige Diktator schien lange von den angedrohten Sanktionen unberührt zu sein. Noch im März drohte er, Südkorea zu „befreien“ – Worte, die man zuletzt im Sommer 1950 kurz vor dem Ausbruch des Koreakrieges hörte. Währenddessen übten seine Truppen die Zerstörung der südkoreanischen Hauptstadt.

Peking hat allerdings auch die Drosselung von Lebensmittelausfuhren angekündigt. Das versetzte die Parteiführung in Pjöngjang erstmals in Unruhe, zeigte das Regime doch bislang noch

> Das Regime sieht sich mit einer Drosselung chinesischer Lebensmittellieferungen und wachsenden Flüchtlingszahlen konfrontiert



Hat angekündigt, „die Partei zu entwickeln“: Kim Jong-un vor der Flagge der Staatspartei Bild: ddp images

Interesse am Lebensstandard der Untertanen. Die jüngste Ausgabe des Parteiorgans „Rodong Sinmun“ enthält einen Appell an die Bevölkerung, sich hinter Kim Jong-un zu scharen und ihn zu schützen, „selbst wenn es bedeutet, auf einem neuen, entbehrungsreichen Marsch Gras zu essen“. Das sind Formulierungen, mit denen im dortigen Parteijargon die Hungersnot mit ihren Millionen Toten im nordkoreanischen „Paradies“ beschrieben wird.

Nicht zufällig haben sich in den letzten Wochen im Grenzgebiet zu China die Preise für Güter des täglichen Bedarfs verteuert. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Flüchtlinge um über 17 Prozent angestiegen. Oftmals stammen sie aus privilegierten Kreisen und haben keinerlei Hoffnung mehr auf eine bessere Zukunft. Südkoreanische Zeitungen meldeten dieser Tage den Übertritt eines Obersten des nordkoreanischen Geheimdienstes mit angeblich vielen Unterlagen nach Südkorea. Aus verständlichen Gründen wird der Vorfall in beiden Landesteilen totgeschwiegen. Mitte April flüchtete ein nordkoreanischer Botschafter in einem asiatischen Land, einige Monaten zuvor hatte einer seiner in Afrika stationierten Kollegen das gleiche getan. In der zweiten Aprilhälfte flohen drei Funktionäre der nordkoreanischen Staatspartei „Partei der Arbeit Koreas“, die den Geheimfonds Kim Jong-uns verwalteten. Anfang April trafen 13 Nordkoreaner in Seoul ein, die bis dahin in einem nordkoreanischen Restaurant in China gearbeitet hatten. Ganz offenbar wurden sie von der dortigen Geheimpolizei nicht an ihrer Flucht gehindert. Bisher waren Flüchtlinge stets an Nordkorea ausgeliefert worden.

In Seoul sieht Präsidentin Park Geun-hye den Nordteil der Halbinsel vor einem Kollaps, doch einen solchen dürfte China verhindern. Pekings angebliche Sorge vor einer dann erfolgenden Invasion nordkoreanischer Flüchtlinge erscheint kaum stichhaltig, da die dann vielmehr zu ihren Landsleuten südlich des 38. Breitengrades fliehen würden. In Wahrheit sieht Peking Nordkorea als strategischen Pufferstaat gegenüber dem US-Militär in Südkorea. US-Amerikaner direkt vor ihrer Haustür zu haben ist für die Chinesen immer noch ein Trauma aus dem Koreakrieg von 1950 bis 1953.

Wurde in Pjöngjang während all der Jahre der Geburtstag Kim Il-sungs am 15. April mit großem Pomp und einer langen Rede begangen, so waren jetzt von Kim Jong-un eigentlich nur die alten Phrasen von der „gnadenlosen Vernichtung aller Feinde“ und vom „Kampf bis zum Sieg“ zu hören. Weder die üblichen Siegesmeldungen vom „steigenden Lebensstandard“ noch die Sanktionen erwähnte er mit einem Wort. Erwartungsgemäß wurde der missglückte Start der neuen Mittelstreckenrakete BM25 „Musudan“ in den Medien verschwiegen.

Auffällig war höchstens die Ankündigung, die Partei „entwickeln“ zu wollen. Schon Anfang des Monats war in den nordkoreanischen Zeitungen mehrfach der Begriff „Kommunismus“ verwendet worden, obwohl er 2009 aus der Verfassung des Landes und ein Jahr später ebenfalls aus der Parteisatzung gestrichen worden war. Letztere sieht alle zwei Jahre die Durchführung eines Parteitages vor. Der nächste ist für den Mai vorgesehen – der erste seit dem VI. vom Oktober 1980.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Dschihad in Gefängnissen

Russland will künftig Islamisten von anderen Insassen isolieren

Vor Kurzem hat der russische Generalstaatsanwalt Jurij Tschaijka seinen Bericht zu den Erfolgen im Anti-Terror-Kampf in Russland vorgelegt. Seinen Angaben zufolge habe es 2015 mit 1538 Terrorverbrechen 35,3 Prozent mehr gegeben als im Vorjahr. Bei 1008 von ihnen habe es sich um Anhänger illegaler bewaffneter Gruppen gehandelt, darunter des IS, auch Daesh genannt.

Mit der steigenden Zahl terrorverdächtiger Islamisten hat in Russland in den vergangenen Jahren auch die der Verurteilungen zugenommen. In Moskauer Gefängnissen beispielsweise soll die Zahl der aus dem Kaukasus und Zentralasien stammenden Insassen bei etwa 80 Prozent liegen. Diese Islamisten, gemeinsam mit Russen und Angehörigen anderer Nationalitäten untergebracht, erweisen sich zunehmend als Problem, da sie versuchen, ihre Mithäftlinge zum Islam zu bekehren und sie zu radikalisieren.

Dieses Problem besteht nicht nur in Russland, sondern auch in England, Frankreich sowie teilweise auch in Deutschland, überall dort, wo sich islamische Gemeinden unbeobachtet fühlen können. Der Resozialisierungswissenschaftler von der Leuphana Universität in Lüneburg, Bernd Maelicke, hält Gefängnisse für „Schulen des Verbrechens“. Salafistische Missionare in deutschen Gefängnissen brüsten sich beispielsweise auf „youtube“ damit, dass durch sie Mithäftlinge mit dem Beten nach islamischen Regeln angefangen hätten.

In Moskau gibt es nun den Vorstoß, radikale Islamisten strenger zu beobachten und sie getrennt von anderen Gefangenen unterzubringen. Sie sollen isoliert oder besser noch, in spezielle Gefängnisse verlegt werden, weit ab von anderen. Grund für diesen Vorstoß

> Radikale Muslime missionieren ihre Mithäftlinge

ist der Umstand, dass extremistische Muslime eigene Gemeinden und Strukturen in den staatlichen Gefängnissen bilden, mittels derer sie Mithäftlinge, unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer Nationalität, umpolen. Es soll laut dem Direktor des Zentrums für das Studium des Mittleren Ostens und Zentralasiens, Semjon Bagdasarow, vorkommen, dass IS-Anhänger nur zu diesem Zweck Straftaten begehen, für die sie für anderthalb bis zwei Jahre einsitzen müssen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass gerade Häftlinge, die zum ersten Mal einsitzen und Erniedrigungen durch Personal oder Mithäftlinge erfahren haben, besonders empfänglich für radikale Ideologien seien. Die Anwerber gehen gezielt vor. Sie bieten neu gewonenen Glaubensbrüdern Schutz und verschaffen ihnen dank ihrer finanziellen Möglichkeiten bessere Nahrungsmittel. Daneben verbreiten sie islamische Literatur wie Informationsmaterial über das verbotene „Kaukasus-Emirat“. Die zum Islam übergetretenen Gefangenen zögen nach Absitzen ihre Strafe nicht selten in den Dschihad nach Syrien oder in den Irak, berichtet ein ehemaliger russischer Häftling in einem Interview.

Schon seit Längerem berichten russische Medien von „grünen Zonen“, in denen Muslime die Kontrolle übernommen haben. Sie bildeten radikale muslimische Gemeinschaften und zwängen Nichtmuslimen ihre Regeln auf. Die so Rekrutierten lassen sich lange Salafisten-Bärte wachsen und passen ihre Kleidung der ihrer Lehrer an. Angestellte und Mithäftlinge, die nicht an Allah glauben, würden häufig in Schlägereien verwickelt. Erstaunlich, dass die Politik trotz ihres als erfolgreich propagierten Anti-Terror-Kampfes erst jetzt reagiert. *Manuela Rosenthal-Kappi*

»Besorgniserregend«

Mafia gefährdet Pressefreiheit in Italien

Roberto Saviano lebt im Untergrund. Er ist einer der bekanntesten investigativen Journalisten Europas. Doch in seiner Heimat Italien kann er sich nicht mehr frei bewegen. Der 37-Jährige hat das Buch zur gleichnamigen TV-Serie „Gomorrha“ geschrieben, welche die Arbeitsweise der neapolitanischen Mafia thematisiert. „Ich habe es sehr oft bereut. Aber ich will mich nicht distanzieren. Könnte ich zurück, würde ich es nicht mehr schreiben. Das Leben ist zu wichtig. Und ich habe mein Leben und das Leben jener Menschen zerstört, die mir am Herzen liegen“, sagt er heute. Saviano lebt mit einer neuen Identität an unbekannten Orten. Alle zwei, drei Tage wechselt er den Wohnsitz. Es gibt Gerüchte, dass seine Ermordung beschlossene Sache sei, die Mafia aber warte, bis sich der Rummel um seine Person gelegt habe.

Saviano ist beileibe kein Einzelfall. In keinem Land der Europäischen Union werden Journalisten so häufig unter Druck gesetzt und bedroht wie in Italien. In der Rangliste der Pressefreiheit, die von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ erstellt wird, liegt das Land auf Platz 77 von 180. Für einen europäischen Staat ist das eine miserable Platzierung. Italien liegt hinter Madagaskar, der Mongolei und der Republik Moldau und sogar hinter Nicaragua. 2000 Journalisten seien in den vergangenen Jahren ins Visier der Mafia geraten und wegen ihrer Berichterstattung bedroht worden, teilt die Anti-Mafia-Kommission mit. Dabei muss es nicht unbedingt zu Todesdrohungen kommen. Eine „Spezialität“ der Mafia sei es auch, unliebsame Journalisten mit Prozessen zu überziehen, die am Ende mit einer Existenzvernichtung einhergehen könnten.

> »Reporter ohne Grenzen« schlägt Alarm

Und die Klans geben sich gar nicht die Mühe, ihre Drohungen zu verschleiern. Deutlich wurde dies im vergangenen Jahr, als Vittorio Casamonica im Herzen Roms beerdigt wurde. Er beherrschte als Mafiaboss und Chef des Casamonica-Klans einen großen Teil der kriminellen Szene Roms. Er selbst bezeichnete sich stets als Unternehmer. Sechs schwarze Pferde zogen die glanzvolle Kutsche mit dem Sarg, die Musik aus dem Film „Der Pate“ wurde gespielt, ein Hubschrauber warf Rosen ab, Menschen auf den Straßen hielten Poster mit dem Bild Casamonicas hoch. Ein TV-Reporter hielt die unwirkliche Szene auf Band fest und wurde massiv bedroht. „Ich werde Dich umbringen“, sagte einer der Beerdigungsteilnehmer und ließ sich dabei nicht einmal von der noch laufenden Kamera des Reporters beirren.

Doch nicht nur die Mafia lässt im Kampf gegen unliebsame Medienvertreter ihre Muskeln spielen, auch der Vatikan zeigt sich wenig zimperlich. Die katholische Kirche hat zwei Enthüllungsjournalisten angezeigt und ihnen vorgeworfen, illegalerweise geheime Vatikan-Dokumente veröffentlicht zu haben. Den Journalisten drohten acht Jahre Gefängnis, nur weil sie Intrigen hinter den Mauern des Heiligen Stuhls aufgedeckt hätten, sagte ein Sprecher von „Reporter ohne Grenzen“ gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Eine ausgesprochen üble Rolle spielt auch der staatliche TV-Sender RAI – Radiotelevisione italiana, der für seine Unterwanderung durch Politiker und Wirtschaftsleute berühmt-berüchtigt ist. „Reporter ohne Grenzen“ kommt zu dem Ergebnis, dass die Situation der Journalisten in Italien „besorgniserregend“ ist. *Peter Entinger*

»Die Verhandlungen sind festgefressen«

Bei der SPD ist im Gegensatz zur Union die Bejahung von TTIP nicht mehr bedingungslos

Die Unterzeichnung des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) war eigentlich für Ende dieses Jahres vorgesehen und sollte die mäßige Bilanz des scheidenden US-Präsidenten Barack Obama noch einmal aufpäppen. Doch innerhalb der EU nehmen die Proteste kein Ende und mittlerweile geht in Berlin ein Riss durch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD.

Union und Sozialdemokraten haben sich bisher stets für das Freihandelsabkommen ausgesprochen. Dass aber die USA öffentliche Ausschreibungen nicht für Unternehmen aus Europa öffnen, „können wir nicht akzeptieren“, sagte der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Ohne Kompromiss werde „TTIP scheitern“. Unionsfraktionschef Volker Kauder konterte prompt und forderte vom Koalitionspartner ein klares Bekenntnis zum geplanten Vertragswerk. Die SPD dürfe beim Thema TTIP nicht „hin- und herschwanken“. Das Abkommen sichere Arbeitsplätze und Exportchancen für die deutsche Wirtschaft. Die USA schlössen immer mehr Freihandelsabkommen ab. Niemand dürfe glauben, dass es für ein Abkommen mit Europa andere Bedingungen geben werde. „Das ist wirklich naiv, und deshalb müssen wir jetzt schnell handeln“, sagte Kauder.

Doch die SPD stellt sich zunehmend stur. Auch weil sie merkt, dass TTIP in den kommenden Monaten zum Wahlkampfthema werden könnte. Nach letzten Umfragen lehnt rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung das Abkommen ab, ein weiteres Drittel äußert sich skeptisch. Die USA müssten ein wenig verbraucherfreundlicher denken, fordert Gabriel. Die Politik verschwende wegen des Misstrauens durch die Verhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit mehr Zeit mit der Bekämpfung von Verschwörungstheorien als mit der Erklärung der wirklich wichtigen Dinge. „Vom Vertrauen in diesen Prozess sind wir leider sehr weit entfernt“, sagt der Wirtschaftsminister, beeilt sich aber zu betonen: „Grundsätzlich begrüße ich ein Abkommen mit den USA.“

Mit TTIP würde die größte Freihandelszone der Welt mit 800 Millionen Menschen entstehen. Durch den Wegfall von Zöllen und anderen Handelshemmnissen soll es sowohl in den USA als auch in Europa mehr Wachstum geben. Verhandelt wird seit 2013, aber meist hinter verschlossenen Türen. Zuerst waren es globalisierungskritische Organisationen, die mangelnde Transparenz und geheime Absprachen kritisierten. Doch mittlerweile gibt es in zahlreichen europäischen Ländern auch von Regierungsseite aus massive Vorbehalte.

> Mittlerweile gibt es in zahlreichen europäischen Ländern auch von Regierungsseite massive Vorbehalte

Frankreiches Außenhandels-Staatssekretär Matthias Fekl sagte kürzlich dem französischen privaten Radiosender RTL, beide Seiten entfernten sich eher „von den Chancen – oder den Risiken, das soll jeder einzelne beurteilen – eines Abschlusses“. Er wünsche sich eine „gute Einigung“, aber man werde nicht „zu jedem Preis“ zustimmen. Er denke nicht, dass vor Jahresende eine Einigung unterzeichnet werden könne. „Die Transparenz ist noch völlig unzureichend. Man muss Angriffe vor Privatgerichten verbieten, wo Großkonzerne die Kleinen verklagen“, sagte Feki. Frankreich pocht bei dem Abkommen schon länger auf Bedingungen. Präsident François Hollande hatte vor Kurzem deutlich gemacht, dass er ein solches Abkommen nicht akzeptieren werde, wenn es keinen Zugang zu öffentlichen Aufträgen in den USA gebe oder die Landwirtschaft gefährdet werde. Der schwer angeschlagene französische Präsident sieht in einer Abwehrhaltung offenbar ein probates Mittel, um seine Reputation doch noch zu retten. Er pocht auf die Eigenständigkeit Frankreichs und droht mit einem TTIP-Boykott – in der Hoffnung, ein Image als mutiger Sachwalter der Nation könnte ihm Auftrieb in den Umfragen bescheren. „Ähnlich wie in Deutschland ist TTIP bei vielen französischen Bürgern, Umweltverbänden und Globalisierungskritikern unbeliebt. Gegner rügen die undurchsichtigen Verhandlungen, warnen vor verwässerten Sozial- oder Umweltnormen und entwerfen die Horrorvision von Hormonsteaks und chlorgespültem Geflügel“, beschreibt der „Spiegel“ die Stimmungslage in Frankreich. „Wenn es keinen Vertrag auf Gegenseitigkeit gibt, werde ich das Abkommen nicht hinnehmen“, erklärte der Präsident kürzlich.

In Italien werden mittlerweile Forderungen nach einer Volksabstimmung laut. Paul Köllensperger, Abgeordneter der stärksten Oppositionspartei, der Fünf-Sterne-Bewegung (MoVimento 5 Stelle, M5S) Beppe Grillos, erklärte, mit einem Vertragsabschluss würde sich Europa den USA unterwerfen und sein Rechtssystem in Frage stellen. Grundsätzlich sind in Italien Referenden über EU-Verträge verfassungsrechtlich nicht vorgesehen. Doch die Forderungen nach einer Verfassungsänderung finden immer mehr Gehör.

Von der Öffentlichkeit bisher wenig beachtet, aber dennoch aufschlussreich ist eine Studie, die vor wenigen Wochen von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht wurde. Demnach wächst auch in den USA der Widerstand gegen TTIP. 2016 waren nur noch 15 Prozent der US-Amerikaner für das Abkommen, 2014 lag der Zustimmungswert noch bei mehr als 50 Prozent. Dagegen liege der generelle Zustimmungswert für Freihandel noch immer im positiven Bereich. Viele US-Bürger beklagen wie die Europäer eine mangelhafte Aufklärung über mögliche negative Folgen. Aber mehr Transparenz ist nicht in Sicht. „Die Verhandlungen sind festgefressen“, bilanziert SPD-Chef Gabriel. *Peter Entinger*


Bild: pa

Versuchen, mit TTIP-Kritik aus ihrem Tief zu kommem: Europas Spitzenlinke Gabriel und Hollande (v.l.)

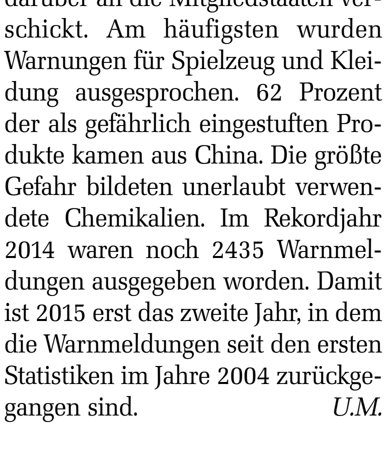
MELDUNGEN

AKW-Betreiber kaufen sich frei

Berlin – Der Bund will es den Betreibern von Kernkraftwerken ermöglichen, sich vom Kostenrisiko der Atommüll-Lagerung freizukaufen. Auf Vorschlag der Atomkommission soll der Bund gegen Zahlung von insgesamt 23,3 Milliarden Euro die Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Abfalls übernehmen. Kritiker sprechen von einem teuren Ablasshandel zulasten der Steuerzahler. Lange hätten die Unternehmen hohe Renditen eingefahren, jetzt würden sie für einen geringen Preis aus dem Hochrisikogeschäft aussteigen. *J.H.*

Produkte ungefährlicher

Brüssel – Die EU-Kommission hat im vergangenen Jahr 2072 Produkte als gefährlich für den Verbraucher eingestuft und Warnungen darüber an die Mitgliedstaaten verschickt. Am häufigsten wurden Warnungen für Spielzeug und Kleidung ausgesprochen. 62 Prozent der als gefährlich eingestuften Produkte kamen aus China. Die größte Gefahr bildeten unerlaubt verwendete Chemikalien. Im Rekordjahr 2014 waren noch 2435 Warnmeldungen ausgegeben worden. Damit ist 2015 erst das zweite Jahr, in dem die Warnmeldungen seit den ersten Statistiken im Jahre 2004 zurückgegangen sind. *U.M.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.835.428.332 €
Vorwoche: 2.026.764.016.547 €

Verschuldung pro Kopf:
24.881 €
Vorwoche: 24.880 €

(Dienstag, 3. Mai 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

EZB erdrosselt die Banken

Vor allem Sparkassen ächzen unter Draghis Minuszinsen

Die Aktien vieler europäischer Finanzkonzerne sind in den vergangenen Monaten kräftig gefallen. So sackte der Stoxx-600-Banken-Index seit Januar um rund 14 Prozent, auf Jahressicht beträgt der Rückgang sogar fast 30 Prozent. Aus Sicht vieler Analysten spiegeln die Kursverluste die tristen Zukunftsaussichten vieler Banken auf dem alten Kontinent wieder.

Immer öfter ist sogar von einem drohenden Bankensterben die Rede. Unter Druck geraten ist die Branche durch ein Bündel negativer Faktoren: Nachdem es zuletzt vor allem um faule Kredite, mangelhafte Kapitalausstattung und neue Regulierungsauflagen ging, wird nun die Zinspolitik immer stärker zum Problem. Durch die politisch gewollten Minuszinsen der EZB ist den Banken oftmals ihre bisherige Ertragsquelle abhanden gekommen. „Kaum eine Bank in Europa erwirtschaftet nachhaltig ihre Kapitalkosten, von diesem Gesichtspunkt sind sie deshalb ein zu hohes Risiko für Investoren“, warnt Philipp Wakkerbeck vom Beratungsunternehmen „Strategy&“ zur aktuellen Lage der Branche.

Als Ausnahmeerscheinung innerhalb Europas gelten Skandinaviens Geldhäuser. Unter anderem als Konsequenz aus der schwedischen Bankenkrise in den 90er Jahren, haben die nordischen Banken früher als die Konkurrenz damit angefangen, sich auf veränderte Bedingungen einzustellen.

Wie weit es den Banken im übrigen Europa nun gelingen wird, sich unter den Bedingungen der EZB-Zinsknute „neu zu erfinden“, bleibt abzuwarten. Als sicher kann gelten, dass viele Kunden auf Altvertrautes verzichten müssen, wenn fallende Margen und steigende Kosten an sie weitergegeben werden. Gratis-Überweisungen auf Papier oder eine Verzinsung von Guthaben werden ebenso der Vergangenheit angehören wie das gebührenfreie Girokonto.

> US-Häuser könnten sich den europäischen Markt greifen

Besonders stark in die Bredouille haben die Minuszinsen ausgerechnet Deutschlands Sparkassen und Genossenschaftsbanken gebracht, die traditionell ein grundsolides Geschäftsmodell verfolgen. Anders als Privatbanken können sie wegbrechende Erträge nicht mit Spekulationsgeschäften ausgleichen. Folge: Den Kunden drohen in den kommenden Jahren Gebührenerhöhungen.

Inzwischen sind erste Befürchtungen aufgekommen, dass einige Sparkassen sogar ihre Statuten ändern könnten – weg vom alten soliden Kerngeschäft, das sich zunehmend als Falle erweist, und hin zu spekulativen Geschäftsmodellen. Erreicht wäre damit allerdings das Gegenteil von dem, was nach dem Zusammenbruch der Großbank Lehman Brothers von Zentralbankern und Politikern regelmäßig angekündigt wurde.

Die Schwäche der europäischen Banken droht allerdings noch eine andere Folge zu haben. Inzwischen wird befürchtet, dass starke US-Banken in die Lücken stoßen, die von europäischen Instituten durch das Aufgeben von Geschäftsfeldern hinterlassen werden. Viele amerikanische Häuser haben ihre Altlasten längst abgearbeitet, zudem ist es ihnen gelungen, in den vergangenen Jahren bereits ihren Marktanteil in Europa auszubauen. Wie die „Wirtschaftswoche“ berichtet, tauchen vor diesem Hintergrund bei Unternehmen und in der Politik Warnungen vor einer amerikanischen Hegemonie auf den EU-Kapitalmärkten auf. *Norman Hanert*

Schieflage in Russland

Hälfte der Bürger muss eisern sparen – Politik lobt »Erfolge«

Seit Beginn der Wirtschaftskrise hat sich der Lebensstandard der Russen deutlich verschlechtert. Auch wenn Politiker wie Regierungschef Dmitrij Medwejew und Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew mit Verweis auf die niedrige Arbeitslosenzahl oder auf einen Exportanstieg von nicht rohstoffabhängigen Gütern ihre Erfoge loben, zeichnet sich in der Realität unleugbar eine soziale Schieflage in Russland ab. Der russische Normalverbraucher spürt die Auswirkungen am eigenen Portemonnaie. Während die Einkommen gleich bleiben, steigt die Inflation sprunghaft. Der Wohlstand der meisten Russen schmilzt dahin.

Dass das auch die Betroffenen spüren, belegen von diversen Instituten durchgeführte Meinungsumfragen vom März dieses Jahres. Alle kommen zu ähnlichen Ergebnissen: 70 Prozent der Russen waren im vergangen Jahr gezwungen, ihre Ausgaben drastisch zu verringern. Dabei entwickelten sie unterschiedliche Strategien. 21 Prozent der Befragten weichen auf günstigere Lebensmittel aus. 29 Prozent halten sich strikt an Einkaufslisten, 24 Prozent kaufen nur das Notwendigste ein. Vor allem ältere Menschen, welche die Defizite der Sowjetwirtschaft noch kennen, legen sich Vorräte an. War es in den Jahren sprudelnder Einnahmen durch Öl- und Gasexporte vor allem in den Großstädten völlig aus der Mode gekommen, Obst oder Gemüse aus dem eigenen Garten zu verwerten, so graben Datschenbesitzer heute ihren Rasen wieder um. Wie einst halten sich einige auch wieder Hühner und Kleinvieh oder gehen angeln, um zu sparen. 19 Prozent der Befragten gaben an, weniger für Kino, Museen und Theater, Cafés und Restaurants auszugeben. Das hat unweigerlich Auswirkungen auf den Binnenmarkt. Viele Branchen, vor allem aber der Einzelhandel, das produzierende Gewerbe, aber auch das Baugewerbe, sind vom Konsumverzicht der Bürger betroffen. Selbst reichere Russen sind angesichts der anhaltenden Krise zurückhaltender geworden.

> Von Ministerien ist vor der Dumawahl nichts zu erwarten

Der Kampf um den Erhalt des erreichten Wohlstands hat begonnen. Wer kann, sucht sich eine Nebenbeschäftigung. Bei Befragungen gab die Hälfte der Männer an, Ausschau nach einem Zweitjob zu halten.

Lediglich Reiseagenturen verzeichnen eine verstärkte Nachfrage, vor allem nach Auslandsreisen. Im Mai waren es zehn bis 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Für den Sommer erwarten sie ebenfalls eine bessere Auslastung als im vergangenen Jahr. Hier zeigt sich, dass der russische Durchschnittsbürger lieber zu Hause spart, als auf den liebgewonnen Urlaub im Ausland zu verzichten.

Dass sich an der Schieflage der Wirtschaft bald etwas ändern wird, erwartet kaum jemand. Bis zur Dumawahl im September seien von den Ministerien keine Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise mehr zu erwarten, meinen Kritiker. Wirtschaftsminister Uljukajew spricht trotz eines Rückgangs der Wirtschaftsleistung um 3,7 Prozent von der „Anpassungsfähigkeit und Stabilität“ der russischen Wirtschaft. Außer Beschönigungen dieser Art hätten die Politiker im dritten Jahr des Investitionsrückgangs nichts zu bieten. Die Regierung sei lediglich damit beschäftigt, Haushaltslöcher zu stopfen, anstatt Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, urteilt dagegen der Unternehmer Daniil Kirikow. *MRK*

Üble Methode

Von Jan Heitmann

Parlamentarische Anfragen sind eines der wichtigsten Instrumente der Opposition, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Doch seit die SPD im Jahre 2011 in Hamburg wieder an die Macht gekommen ist, ist das zu einer mühsamen Angelegenheit geworden. Mit maßloser Arroganz beantwortet der Senat Anfragen häufig verspätet, unzureichend oder auch überhaupt nicht.

Im Fall des CDU-Abgeordneten Dennis Thering erfolgte die Reaktion dagegen überraschend schnell, wenn auch nicht mit dem von ihm erwarteten Ergebnis. Schon nach vier Tagen hatte er eine Vorladung der Polizei in der Post. Thering hatte sich in seiner Anfrage nach einer Sexualstraftat in einer Asylunterkunft erkundigt und damit offenbar einen Nerv des Senats getroffen.

Wenn Abgeordnete auf eine parlamentarische Anfrage statt einer pflichtgemäßen Antwort der Regierung eine Vorladung der Polizei erhalten, ist das eine üble Methode. Das lässt jeden Respekt vor dem Parlament vermissen und offenbart ein inakzeptables Demokratieverständnis des von SPD und Grünen gebildeten Senats. Und wenn Generalstaatsanwalt Jörg Fröhlich diese Gängelung der Legislative durch die Exekutive als „nicht ganz frei von Beanstandungen“ bagatellisiert, erlaubt auch das nicht gerade positive Rückschlüsse auf sein Verhältnis zur Gewaltenteilung und damit auf seine Eignung für sein hohes Amt.

Hass im Parlament

Von Frank Horns

So etwas nennt man wohl Fremdenhass. In vielen Länderparlamenten schlägt den gewählten Abgeordneten der AfD offene Feindseligkeit entgegen. Auf der politischen Landkarte stammen die Neuankömmlinge aus einer Weltgegend, mit der man anscheinend nicht das Geringste zu tun haben möchte. Vorurteile und ungerechtfertigte Anschuldigungen gegen die AfD gibt es zuhauf. Nordrhein-Westfalens SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat bereits die Parole ausgegeben, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD geben werde. CDU-Fraktionschefin Julia Klöckner ist nachgezogen. Einzig die FDP will die AfD im Landtag „ganz normal“ behandeln.

Nordrhein-Westfalen ist kein Einzelfall. In vielen Länderparlamenten werden die AfDler entgegen allen Gepflogenheiten ausgegrenzt. In Bezug auf die Hamburgische Bürgerschaft hat sich nun ein Freiburger Staatsrechtler eingeschaltet und einige Vorgänge als offen verfassungswidrig bezeichnet.

Betroffen ist eine Partei, hinter der Millionen Wähler stehen und die – allen Falschbehauptungen zum Trotz – genauso fest im Grundgesetz verwurzelt ist wie CDU, SPD und Co. auch. Die etablierten Parteien sollten bedenken: In den Länderparlamenten muss nicht nur die AfD ihre Politikfähigkeit beweisen. Auf dem Prüfstand steht auch die Demokratiefähigkeit ihrer politischen Konkurrenten.

Kein Schimpfwort

Von Eberhard Hamer

Seit dem Wahlsieg vom 13. März wird die AfD von allen anderen Parteien und Medien beschimpft und vor allem mit dem Beiwort „rechtspopulistisch“ belegt. Gleiches widerfährt jetzt auch dem erfolgreichen österreichischen Bundespräsidentschaftskandidaten Norbert Hofer von der FPÖ. Nach Meinung der Medien und der Bundestagskartellparteien soll „populistisch“ wohl ein Schimpfwort sein.

Nach Artikel 20 des Grundgesetzes ist Deutschland ein demokratischer Staat, geht alle Staatsgewalt vom Volk (populus) aus. Den Willen des Volkes durchzusetzen, wäre also die Pflicht aller Parteien und aller Politiker und in gewisser Weise auch der Medien. Eigentlich müssten somit alle Demokraten populistisch sein. Wer Populismus ablehnt, ist nämlich undemokratisch.

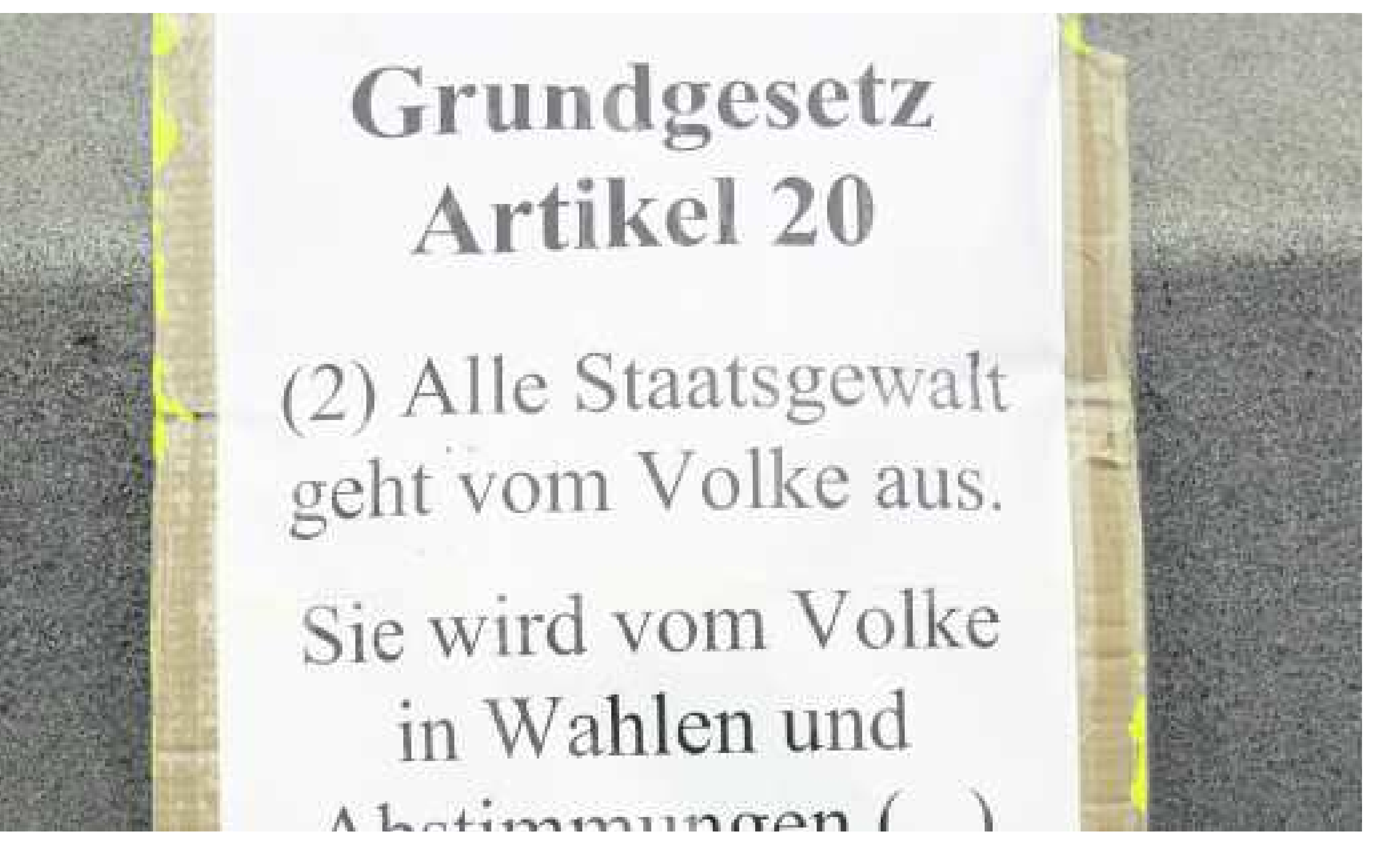
Tatsächlich ist die Merkel-Regierung nicht mehr am Volkswillen orientiert. Sie ist abgehoben vom Volk, befolgt nicht mehr dessen Willen, sondern folgt fremden Interessen und Weisungen, die sie als „alternativlos“ verkauft. Deshalb ist sie wütend, wenn eine neue Partei aus der Diskussion um die Verwaltung der Asylanten ausbricht und eine Ursachenlösung vorschlägt, nämlich die deutschen Sozialleistungen so abzusenken, dass kein Anreiz mehr für Einwanderung in das Sozialsystem besteht – die bisher einzige vorgeschlagene Ursachenlösung.

> Eigentlich müssten alle Parteien populistisch sein

Sowohl in der Finanzkrise als auch in der „Flüchtlingskrise“ gab es bessere als die von Merkel gewählten Lösungen. Dass die Alternativen durch eine politische „Alternative“ formuliert werden und in der Bevölkerung – populus – wachsende Zustimmung finden, wäre eigentlich normaler politischer Wettbewerb, soll aber durch die zum Schimpfwort gewordenen Bezeichnung „populistisch“ diskreditiert werden.

Die Bundesregierung und die ihr hörigen öffentlich-rechtlichen und Konzernmedien sehen also ihre abgehobene, gegen den Willen des Volkes gerichtete und dem Volk schadende Politik durch die wachsende Kritik der Wähler und der Alternative als gefährdet an, weil sie sich statt auf das grundgesetzliche Demokratiegebot auf die atlantische und die EU-Solidarität berufen.

Wenn also Merkel diktatorisch über wichtigste Zukunftsfragen des Volkes allein und „alternativlos“ entscheidet, hat sie unsere Verfassung gebrochen, die demokratischen Grundrechte ausgehebelt und kann sich über den wachsenden Widerstand des populus und neuer, auf den Willen dieses Volkes bezogener politischer Kräfte nicht wundern. Das Wort Populismus ist somit eigentlich kein Schimpfwort, sondern ein urdemokratischer Ehrentitel einer Partei, welche sich gegen jede von Parlament und Volk abgehobene Autokratie wendet.



Populus heißt Volk: Der herabwürdigende Gebrauch des Wortes „Populismus“ lässt auf ein schwieriges Verhältnis zur Demokratie schließen, die das Grundgesetz garantiert

Bild: imago

Gegenwind



Ein ganz anderes Spiel

Von Florian Stumfall

Auch nach 15 Jahren des Krieges ist Afghanistan das Referenz-Objekt für die Nato-Weltpolitik, sozusagen die konzeptionelle Vorgabe für die nachfolgende Zerstörung von Ländern wie dem Irak, Libyen, dem Jemen, Somalia oder Syrien. Man war damals ausgezogen, angeblich um den Terrorismus zu bekämpfen, und niemand weiß, welcher Kriegsgrund hätte herhalten müssen, wenn nicht die Anschläge des 11. September so gelegen gekommen wären. Denn schon drei Wochen später standen die US-Militärs am Hindukusch, wobei die Geschwindigkeit, mit der eine militärische Einheit verlegt wurde, eine unglaubliche Spitzenleistung darstellt, gerade so, als ob die Einheiten schon darauf gewartet hätten, um die halbe Welt verlegt zu werden.

Seither ist viel Blut geflossen, aber der Terrorismus, jener Feind, den die Nato ausgemacht hatte, ist nicht schwächer geworden. Ganz im Gegenteil. Associated Press meldet Mitte April, die Taliban hätten in ihrer alljährlichen Stellungnahme zur Lage eine Frühjahrsoffensive gegen „die US- und Nato-Besatzer“ angekündigt. Diese Frühjahrsoffensive, die inzwischen begonnen hat, trägt den Namen des langjährigen Taliban-Befehlshabers Mullah Omar, der im vergangenen Jahr ums Leben gekommen war.

Diese Offensive ist für die Taliban die Fortsetzung einer erfolgreichen Serie. Während der vergangenen Monate haben sie in ländlichen Gebieten erhebliche Territorien unter ihre Kontrolle gebracht, jetzt gilt es, einen Angriff auf Großstädte durchzuführen. „Wir werden in diesem Jahr konventionelle Operationen durchführen, um große Städte zu erobern“, sagte Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid der US-Militärzeitung „Stars and Stripes“. Damit würde man „den fremden Besatzern zeigen, dass sie ihre Invasion Afghanistans nicht fortsetzen können“.

Die Nato, insbesondere die Führungsmacht USA, gibt ein desaströses Bild ab. Es ist, als hätte man nie von der Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan gehört oder aber man würde sich erfolgreich weigern, daraus Schlüsse zu ziehen. Naheliegend wäre es beispielsweise, nach der Hartnäckigkeit zu fragen, mit der sich die Afghanen gegen die Beglückung durch Demokratie und westliche Lebensform wehren. Die Antwort wäre zudem sehr einfach: Sie wollen das alles nicht. Sie wollen nach ihrer Art leben. Sie erwarten das Heil nicht aus den USA. Doch das anzuerkennen würde die gesamte US-amerikanische Ideologie von der „Neuen Weltordnung“ über den Haufen werfen.

Also bleibt man in Afghanistan, obwohl Präsident Barack Obama das Ende der Mission verkündet hatte, und man kämpft weiter, obwohl eigentlich im Februar abschließende Friedensgespräche zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban anberaumt gewesen waren. Darauf hatten sich afghanische Offizielle und Vertreter von Pakistan, China und den USA in Islamabad geeinigt. Allerdings hatte man vergessen, die Taliban nach ihrer Meinung zu fragen.

Zwar versicherte noch Mitte März Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, das Bündnis werde nicht zu einem Kampfeinsatz an den Hindukusch zurückkehren, doch gleichzeitig empfahl der ehemalige Nato-Oberkommandierende John Campbell die Wiederaufnahme ausgedehnter Luftschläge auf Stellungen der Taliban. Tatsächlich haben die USA inzwischen beschlossen, ein Bataillon in die südliche Provinz Helmand zu senden, wo schwere Kämpfe toben. Es soll dort US-Spezialkräfte unterstützen, für die der Rückzugsbefehl nie gegolten hatte.

Diese Gemengelage birgt alle Voraussetzungen für den Misserfolg: Am Anfang steht eine unzutreffende Analyse, die Informationswege sind gestört, Beschlüsse werden nicht eingehalten und die Zielsetzung ist unklar. Dazu kommt, dass die USA keine Tradition der Diplomatie haben. Nicht von ungefähr haben sie in den 233 Jahren ihrer Geschichte 219-mal Krieg geführt. Sicher – wer schneller zieht, hat recht. Doch das gilt nur im Western-Kino.

Damit nicht genug. Auf der Walstatt Afghanistan erscheint ein dritter Kontrahent. Dem Islamischen Staat (IS) gelingt es mehr und mehr, seine Position auszubauen. Zwar hatten sich die Taliban vor gut einem Jahr an den IS mit einem Schreiben des Inhalts gewandt, dieser möge davon absehen, sich in die Angelegenheiten der Taliban einzumischen, doch da scheint der Zeitpunkt für Absprachen schon vorüber gewesen zu sein.

Seither wächst der Einfluss des IS, zu dem im Wesentlichen ehemalige Taliban überlaufen. Dadurch kommt es in Teilen Afghanistans zu einem regelrechten Machtkampf zwischen Taliban und dem IS. Bei Gefechten zwischen beiden Terrorgruppen sind in der südostafghanischen Provinz Paktika nun 80 Kämpfer von beiden Seiten, darunter auch drei Anführer, getötet worden, wie die Agentur Khaama Press meldet. Weiter berichtet sie, dass sich im Osten des Landes bis zu 3000 IS-Anhänger festgesetzt haben, die unabhängig von der Frühjahrsoffensive der Taliban zu einem großen Schlag ausholen. Dabei geht es um mehr als um die Macht in Afghanistan. Hier offenbart sich ein entscheidender Unterschied zwischen den feindlichen Brüdern: Die Interessen der Taliban beschränken sich auf Afghanistan, die des IS greifen weit darüber hinaus.

Der Afghanistan-Beauftragte der russischen Regierung und Ressortleiter Asien im russischen Außenministerium, Samir Kabulow, bestätigt, dass der IS Afghanistan als „Aufmarschbasis für eine breitere Expansion“ nutzen möchte. „Es gibt ihn noch. Er blüht und weitet sich aus. Er verhält sich einfach ruhiger und sammelt seine Kräfte für sein rücksichtsloses Vorgehen“, so Kabulow. „Während die Taliban inoffiziell erklären, ihre Interessen gingen nicht über Afghanistan hinaus, beansprucht der IS das chinesische autonome Gebiet Xinjiang und andere Regionen“, heißt es in einer russischen Analyse. „Zudem verfügt der IS über viel mehr Geld und rekrutiert sehr viele freiwillige Kämpfer ... Zwischen den Taliban und dem IS kommt es in verschiedenen Provinzen zu Auseinandersetzungen. In diesem Zusammenhang gibt es Informationen, dass Russland und die Taliban Kontakte aufgenommen haben, und wahrscheinlich sind diese Behauptungen nicht unbegründet. Die Taliban sind daran interessiert, mit Russland irgendeine gemeinsame Sprache im Kampf gegen den IS zu finden.“

Wie immer dieser Kampf auch aussehen mag, so dürfte eines sicher sein: Die Russen haben entgegen anderen Ländern ihre afghanische Lektion gelernt und werden sich hüten, dort einzugreifen. Doch sie könnten sich leicht genötigt sehen, auf eigenem Territorium gegen den IS zu kämpfen. Dessen Ansprüche reichen nicht nur nach China, sondern umfassen ganz Mittelasien und den teilweise muslimischen Süden Russlands.

Entsprechend skeptisch beurteilt Kabulow die Lage am Hindukusch. Der IS wolle Afghanistan als „Aufmarschbasis für eine breitere Expansion“ nutzen. Kabulows Einschätzung lautet: „Jetzt hat der IS weniger Kraft als die Taliban, mit denen er um Einflussbereiche kämpft. Doch die IS-Terroristen vergeuden ihre Kräfte nicht für Zusammenstöße mit afghanischen Truppen oder den Amerikanern. Sie verfolgen andere Ziele und brauchen Afghanistan als Aufmarschbasis für eine breitere Expansion.“ So zeigt sich, dass der Krieg der Nato in Afghanistan nicht nur völkerrechtswidrig ist, sondern auch unsinnig, weil dort ein ganz anderes Spiel gespielt wird, als die Nato zu spielen beabsichtigt hatte.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Der letzte Musik-Riese

Im Kriegsjahr 1916 starb Max Reger an Herzversagen – Seine Zeit werde kommen, prophezeite der Komponist

Am 11. Mai 2016 jährt sich der Todestag des Komponisten Max Reger (1873–1916) zum 100. Mal. Reger gehört neben Paul Hindemith und Arnold Schönberg zu den Schlüsselfiguren der anbrechenden Moderne.

Auch wenn Regers Werke heute fester Bestandteil des Repertoires für Organisten, Kammermusik-Ensembles und Chöre sind, so taugt das Jubiläum nicht zum ganz großen bundesweiten Hype; dazu ist das Riesenwerk des Meisters für Interpreten zu sperrig und zu wenig publikumskompatibel. Die eigenwillige Musik des vor 100 Jahren verstorbenen Komponisten stößt vielfach noch immer auf taube Ohren. Dabei öffnete der kauzige Meister das Tor zur Moderne sehr weit. Trotz seines eindrucksvollen Schaffens musste er schon zu Lebzeiten mit Ablehnung umgehen und fühlte sich oft unverstanden.

Geboren wurde Reger am 19. März 1873 in dem Dorf Brand bei Kemnath in der Oberpfalz. Sein Vater Joseph wirkte dort als Volksschullehrer. Ein gutes Jahr später zog die Familie nach Weiden um. Hier erlebte Max seine musikalische Sozialisation: Die Mutter brachte ihm Klavierspielen bei, beim Vater lernte er Violine. Nach Abschluss der Realschule begann Reger mit der Grundschullehrerausbildung an der Präparandenschule. Zusätzlich war er als Aushilfsorganist in der Stadtkirche tätig. In der Zeit um 1888 wandte sich Reger immer mehr der Musik zu. Nach ersten Kompositionen und einem Besuch bei der Aufführung von Richard Wagners „Parsifal“ in Bayreuth entschloss sich Reger, Musiker zu werden. Gegen den Willen des Vaters entschied er sich für ein Studium der Fächer Kontrapunkt und Orgel am Konservatorium in Sonderhausen in Thüringen, wechselte kurz darauf nach Wiesbaden, wo er sein Studium, nun in den Fächern Klavierspiel und Theorie, fortsetzte. Zwei Jahre nach dem Abschluss seines Studiums übernahm Reger eine Lehrtätigkeit am Wiesbadener Konservatorium.

Die dortigen „kleingeistigen Verhältnisse“, die Reger selbst in Briefen beklagte, führten im Jahr 1898 zum gesundheitlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Seine Familie holte den hochtalentierten, aber im ersten Anlauf am Leben gescheiterten Sohn zurück nach Weiden, wo er in einen wahren Schaffensrausch verfiel. Unter anderem entstanden hier die Choralfantasien für Orgel.

Um die Jahrhundertwende begann sich Regers Ruf als Komponist und Klavierinterpret zu verbreiten. Nach der vorzeitigen Pensionierung des Vaters übersiedelte die ganze Familie 1901 nach München. Reger war da schon 28 Jahre alt, stand aber noch immer unter Aufsicht. Einige Jahre später hörte und diskutierte ganz Deutschland seine Musik, wobei die Resonanz von tiefster Verehrung bis zu dramatischer Ablehnung reichte. Reger war zeitweise der meistgespielte lebende Komponist in Deutschland. Doch ein prominenter Münchner Kritiker warf ihm „ton- und klangpsychologische Perversität“ vor.

1905 wurde aus dem freischaffenden Künstler ein Dozent an der Münchner Akademie für Tonkunst, zwei Jahre später stieg er auf zum Professor am Konservatorium in Leipzig. Im Jahr 1911 wurde Reger Hofkapellmeister bei der Meininger Hofkapelle, die damals zu den renommiertesten Orchestern Deutschlands zählte.



Schlüsselfigur der Moderne: Max Reger (1873–1916) Bild: Bpk

Diese Titel suggerieren eine biografische Stabilität, die Reger aber tatsächlich nie besessen hat. Sein Leben war geprägt von rastloser, manischer Arbeitswut und von zahlreichen Konzertverpflichtungen, die mit ständigem Umherreisen verbunden waren. Vor allem gelang es dem Meister nie, seinen latenten Alkoholismus zu bändigen. Dass der berühmte Generalmusikdirektor, Hofrat, Professor, Dr. phil. et Dr. med. h.c. nach einem durchzechten Besuch in Weimar nachts um drei Uhr sturzbetrunken in einen Springbrunnen pinkelte, wie der Musiker Arno Landmann berichtete, liest sich nur rückblickend heiter und kurios. Regers Biograf Rainer Cadenbach liefert einen Erklärungsversuch: „Reger war während seines ganzen Lebens ein äußerst empfindlicher, psychisch labiler und von inneren und äußeren Nöten getriebener Mensch.“

In seiner Musik war Reger formal an Bach orientiert, schätzte besonders barocke Formen. „Es gibt nichts so Kompliziertes in unserer modernen Harmonik, was nicht der alte Bach längst vorweg genommen hätte“, resümierte er einmal in tiefer Verehrung für den großen Thomaskantor. Für Reger waren die „Geheimnisse der Harmonie“ in Bachs Werken ebenso faszinierend wie dessen Fugentechnik, die er als Basis allen Komponierens verstand: „Bach ist für mich Anfang und Ende aller Musik; auf ihm ruht und fußt jeder wahre Fortschritt.“ Regers Werke, die wie bei keinem anderen Komponisten dem Prinzip der chromatischen Polyphonie folgen, reizten mehr und mehr die Grenzen der Tonalität aus. Er besaß damit eine Art Scharnierfunktion zwischen den letzten Ausläufern der Romantik und der Moderne mit ihren Protagonisten Schönberg und Hindemith. Er sei „ohne Reger gar nicht zu denken“, gestand etwa Paul Hindemith in einem Interview. Für ihn war Reger „der letzte Riese in der Musik“.

Ein überragendes Opus magnum gibt es nicht. Die Arbeit an einem lateinischen Requiem brach Reger etwa 18 Monate vor seinem Tod ab. Da hatte er seinen dritten psychischen und körperlichen Zusammenbruch vom Februar 1914, der zur Aufgabe der Meininger Stellung führte, gerade hinter sich. Nach einer Kur und einem Erholungsurlaub in den Alpen zog Reger mit seiner Frau und zwei Adoptivkindern nach Jena und erfüllte nur noch eine regelmäßige Terminverpflichtung pro Woche, um in Leipzig Komposition zu lehren. Im Mai 1916 starb er dort im Alter von 43 Jahren an Herzversagen. Das noch von seiner Witwe gegründete Max-Reger-Archiv auf Schloss Elisabethenburg in Meiningen und das Max-Reger-Institut in Karlsruhe bewahren seinen Nachlass und sind wichtige Stätten der Erinnerungspflege.

„Meine Zeit wird kommen“, hatte Reger selbst prophezeit, denn der Komponist wusste sehr wohl, dass sein musikalisches Schaffen die althergebrachten Hörgewohnheiten seiner Mitwelt vor einige Herausforderungen stellte. Vielleicht werden die zahlreichen Veranstaltungen zu Regers 100. Todestag dieser Prophezeiung wieder neues Gewicht geben; lohnend ist eine Wiederentdeckung dieses innovativen und faszinierenden Musikschaffenden allemal. *Andreas Guballa*

Buchtipp: Susanne Popp, „Max Reger. Werk statt Leben“, Verlag Breitkopf & Härtel 542 Seiten, 39,90 Euro. Internet: www.maxreger.info und www.reger2016.de

Formel für eine Filmidee

Die Formel „Inder = Rechengenie“ ist mehr als nur ein weitverbreitetes Klischee. Der Film **Die Poesie des Unendlichen**, der am 12. Mai in den Kinos startet, führt dafür den Beweis an. Erzählt wird die wahre Geschichte des aus einfachen Verhältnissen stammenden Srinivasa Ramanujan, der um die Zeit des Ersten Weltkrieges als mathematisches Wunderkind Karriere an der Universität von Cambridge machte. An vielen seiner Rechenformeln zerbrechen sich Mathematiker bis heute die Köpfe. Auch wenn die filmische Beweisführung komplexer Zahlen nicht immer gelingen will, so kommt das köstliche Kammerspiel mit dem aus „Slum Dog Millionär“ bekannten Schauspieler Dev Patel als Ramanujan und Jeremy Irons als dessen Mentor G.H. Hardy zuletzt wenigstens zu einem sehr harmonischen darstellerischen Ergebnis. *tws*

Herumtreiber am Mississippi

Vor 200 Jahren wurde in Hamburg ein Autor geboren, den man als Urvater von Karl May bezeichnen kann. Doch anders als May hat **Friedrich Gerstäcker** in seinen Abenteuerromanen aus eigenen Erlebnissen geschöpft. Sein bekanntestes Werk, „Die Flusspiraten des Mississippi“, in dem die Räuber ihr Unwesen durch ihr Doppelleben als Friedensrichter oder Anwälte lange Zeit kaschieren können, schrieb Gerstäcker 1848, als er nach seiner kurzen Auswanderung in die USA wieder nach Deutschland zurückgekehrt war. Auch danach unternahm der am 10. Mai 1816 als Sohn zweier Opernsänger geborene Gerstäcker weitere Reisen nach Südafrika, Tahiti, Australien und Ägypten, die er in Reiseberichten unter anderem für die „Gartenlaube“ und in Romanen verarbeitete. Am 31. Mai 1872 starb er, der sich als „größter Herumtreiber“ bezeichnete, in Braunschweig. *tws*

Spitzentreffen der Rothäute

May-Festtage in Radebeul – Gojko Mitic ist als Oberindianer dabei

Karl-May-Romane waren in der DDR von höchstem Wert, als spannende Lektüre oder begehrtes Tauschobjekt: 51 Bände für einen „Trabi“. Ab 1982 hat das SED-Regime so etwas geduldet, aber erst nach der „Wende“ waren „Karl-May-Festtage“ in Mays Sterbeort Radebeul möglich, stets in der Woche nach Himmelfahrt, in diesem Jahr zum 25. Mal. Vom 6. bis 8. Mai erleben 30 000 „Mayaner“ viele Aktionen à la May, gekrönt von einer Sternreiterparade. Dem Sieger winkt eine „originalgetreue Friedenspfeife“, überreicht vom Schirmherren des Festes.

Schirmherr ist diesmal, wie bereits 2008, Gojko Mitic, 1940 in Süd-Serbien geboren, ab 1961 als Belgrader Sportstudent gern von westlichen Filmteams als Komparse eingesetzt. Von den Minijobs als „Georg“ Mitic erlöste ihn die mitteldeutsche Staatsfilm-Defa, die mit diesem Modellathleten – 1,83 Meter groß, sattelfester Reiter, fließend in Deutsch und Russisch – den Ende 1965 von der SED-Führung verordneten Kultur-Kahlschlag abmilderte. Fertige Filme in den Tresor, rote „Kultura“ auf die Leinwand, was die Defa 1966 mit dem Indianerfilm „Die Söhne der großen Bärin“ erfolgreich konterkarierte: Gojko Mitic als mimisches Naturtalent, das keine Doubles oder Stuntmen brauchte, historisch authentische Häuptlings-Figuren, attraktive Drehbücher, die anders als westliche „Western“ edle Indianer gegen ausbeuterische Weiße agieren ließen – weswegen bei Indianerspielen kein „östliches“ Kind Cowboy sein wollte. Was



Einst der DDR-Chefindianer: Schirmherr Mitic: Bild: Max Conrad

sich ab 1993 änderte, als im Lausitzer Bischofswerda eine Gojko-Mitic-Truppe ein May-Festival für Kinder schuf.

Mitic war der einzige wahre Defa-Star, seine Filme deren größte Erfolge. In Osteuropa hatte Mitic ein Millionenpublikum von der Spree bis Vietnam. Elf Millionen DDR-Bürger (von insgesamt 17) sahen den „Bärin“-Film. In der Sowjetunion bildeten sich vor Kinokassen so lange Schlangen, dass der KGB hinter dem DDR-Film US-Heimtücke argwöhnte. Umgekehrt wurde ein Mokassin daraus: Mitic und die Defa weckten russisches Interesse an den „Kulturen der Völker Nord-Amerikas“, seit 2009 im Moskauer „Tipifest“ manifestiert, mit Mitic als Ehrengast.

Bis 1984 drehte Mitic zwölf Indianer-Filme, alle in seiner romantisch-würdevollen Spielweise. Frühere jugoslawische Drehorte wechselte die Defa gegen neue in Bulgarien oder im Kaukasus aus. Später spielte Allrounder Mitic im Film Rollen wie Spartacus, Robin Hood oder Alexis Sorbas, moderierte den „Kessel Buntes“, schrieb Drehbücher, führte Regie und agierte 1992 bei den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg erstmals als Winnetou, welche Rolle er von der Franzosen Pierre Brice „geerbt“ hatte. Mitic, deutscher und serbischer Staatsbürger, lebt in Berlin-Köpenick, tief unter dem Asteroid 147 595 „Gojkomitic“. Derzeit wird „Winnetou“ neu verfilmt, Mitic spielt Intschu-Tschuna, den Vater Winnetous. *Wolf Oschlies*

Eine »ver-rückte« Bildwelt

Meister des Paradoxen – Kultzeichner M.C. Escher in Brühl

Die 1960er und 1970er Jahre waren die Hoch-Zeit von Maurits Cornelis (M.C.) Escher (1898–1972). Da war der niederländische Künstler nicht nur der Liebling der Poster- und Kalenderdrucker, sondern auch ein Popstar der Hippie-Bewegung. Escher war Kult. Alle wollten Eschers rätselhafte Bilder haben. Als Poster, als Postkarte oder auch als Schallplatten-Cover.

Zum Beispiel Mick Jagger von den Rolling Stones. Der wollte ein Escher-Bild als Motiv für eine Plattenhülle haben und soll angefragt haben: „Lieber Maurits ... kannst du mal...“ Der liebe Maurits aber fand die joviale Ansprache gar nicht so toll und soll dem Stones-Chef einen Korb verpasst haben. Doch zahlreiche andere Pop-Musik-Gruppen wie Pink Floyd, Mott the Hoople oder Manfred Mann’s Earth Band schmückten ihre Schallplattenhüllen mit einem Escher-Werk.

Berühmt sind die sich selbst zeichnenden Hände oder die der zweidimensionalen Welt einer Zeichnung entsteigenden Reptilien, die über Bücher hinweg kriechend wieder in die Zweidimensionalität zurückkehren. Manche Betrachter brachten diesen Kreislauf mit „Wiedergeburt“ oder „Auferstehung“ in Verbindung.

Bis zum 22. Mai zeigt das Max Ernst Museum in Brühl bei Köln die teils surrealen, teils magischrätselhaften, immer aber graphisch exzellenten Werke des M.C. Escher. Passend dazu entwarfen Studenten der TH Köln virtuell erlebbare Umgebungen, die Eschers „ver-rückte“ Welt hautnah erfahrbar machen. Mit

Vögel aus Feldern heraus geboren Bild: Museum

Virtual-Reality-Brillen können Besucher in Eschers Phantasiewelten eintauchen. Die räumlichen Eindrücke vom Schweben in der Unendlichkeit des Alls und dem plötzlichen Absturz am Ende einer Treppe wirken so real, dass manche Besucher mit Brille Schreckenslaute von sich geben und dem Treppensteigen ähnliche Gehbewegungen ausführen.

Als Wohnort hatte Escher schon 1923 Rom erwählt. Bis 1935 lebte er in Italien. Die an steilen Felsen klebenden Orte haben es ihm damals angetan. Die zahlreichen Lithographien und Holzschnitte aus dieser Zeit zeigen sein Faible für die unübersichtlich wirren, aber irgendwie auch geordneten Strukturen der Orts- und Landschaftsarchitektur.

Den Wendepunkt zum Kult-Künstler der Hippie-Zeit sieht Achim Sommer, Direktor des Max Ernst Museums, im Jahr 1936. Bei einem Besuch der Alhambra in Granada/Spanien begeisterte sich Escher für die islamische Kunst der geometrischen Ornamentik und regelmäßigen Flächenaufteilung. „Diese setzte er für seine Metamorphosen und zyklisches Darstellen ein, erklärt Sommer. „Von nun an zog er seine Inspiration aus diesen Quellen. Er schuf unmögliche Welten, die physikalische Gesetze aufheben.“ *Siegfried Schmidtke*

Max Ernst Museum Brühl des LVR, Comesstraße 42/Max-Ernst-Allee 1, 50321 Brühl, geöffnet Dienstag bis Freitag 11 bis 18 Uhr und bis 22. Mai jeden Sonnabend und Sonntag sowie Pfingsten von 10 bis 19 Uhr. Eintritt: 8,50 Euro, www.maxernstmuseum.lvr.de

Friedensflug ohne Auftrag?

Die Mission des Rudolf Heß bleibt auch nach 75 Jahren rätselhaft

Spekulationen, Mutmaßungen und wenige gesicherte Fakten, das ist das Gemenge, aus dem sich der Flug des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß nach Schottland bis heute zusammensetzt. Ob er auf eigene Faust zu einer Friedensmission gestartet war oder ob er im geheimen Auftrag Adolf Hitlers handelte, ist bis heute ungeklärt.

Die Fakten: Heß flog am 10. Mai 1941 allein mit einer Messerschmitt Bf 110 nach Schottland, stieg über Dungavel Castle mit einem Fallschirm aus und ließ das Flugzeug abstürzen. Und die Protokolle, die möglicherweise Aufschluss geben könnten, inwieweit seine Aktion abgesprochen war und wenn ja mit wem, werden immer noch unter Verschluss gehalten.



Rudolf Heß

Der am 26. April 1894 im ägyptischen Alexandria geborene Rudolf Walter Richard Heß kehrte nach Deutschland zurück, nachdem die Briten seine Eltern enteignet hatten. Er fand Anschluss an nationale Kreise. Von Adolf Hitler, dem er 1920 erstmals begegnete, war er sofort stark beeindruckt. Beteiligt am Hitlerputsch 1923, wurde er zu 18 Monaten Festungshaft in Landsberg am Lech verurteilt. Dort verbüßte zu dieser Zeit auch Hitler seine Haftstrafe, während der er „Mein Kampf" schrieb. Hitler las daraus vor, Heß tippte das Manuskript mit der Schreibmaschine ab. So etwas schafft Nähe, und das ist für spätere Ereignisse nicht unerheblich. 1933 setzte Hitler Heß als seinen Stellvertreter in der Partei und später als Reichsminister ohne Geschäftsbereich ein. Welche Rolle Rudolf Heß im Machtapparat der Nationalsozialisten tatsächlich spielte, ist umstritten. Hinreichend Beispiele gibt es hingegen für seine absolute Gefolgschaft gegenüber Adolf Hitler. Auch dies ist bei der Bewertung des Fluges nach England zu berücksichtigen.

Rudolf Heß flog im Mai 1941 nicht einer spontanen Eingebung folgend nach Schottland. Das Unternehmen war von langer Hand geplant. Die Vorbereitungen begannen bereits im Jahr zuvor, nachdem Hitler mehrfach Friedenszeichen Richtung London gesandt hatte. Ab September 1940 ermöglichte ihm Professor Willy Messerschmitt regelmäßige Probeflüge über Augsburg. Heß hatte etwas von einem „Sonderauftrag" geraunt und es damit geschafft, die noch in der Erprobung befindliche Messerschmitt Bf 110 durch Einbau von Zusatztanks und einer Funkanlage mit ungewöhnlicher Reichweite für seine Zwecke umrüsten zu lassen. 30 Probeflüge absolvierte Heß – angeblich heimlich und unbemerkt.

Im Januar 1941 unternahm Heß offenbar den ersten Versuch, nach England zu fliegen. Er hatte seinem Adjutanten erklärt, er wolle an diesem Tag etwas länger in der Luft bleiben und ihm zwei Briefe gegeben. Falls er nach Ablauf von vier Stunden nicht zurück sei, solle der Adjutant den einen öffnen, den anderen Hitler überbringen. Heß war nach vier Stunden nicht zurück, der Adjutant öffnete den Brief und las, Heß sei nach England geflogen, „um Frieden zu schließen". In diesem Augenblick landete Heß. Ein Fehler am Höhenruder hatte die Reise verhindert. Dem verblüfften Adjutanten erklärte Heß: „Wir versuchen schon seit längerer Zeit, Verhandlungen einzuleiten."


Bewusst ließ Heß sie nur zerstört in die Hände des Gegners fallen: Seine Messerschmitt Bf 110 Bild: pa

Auch ein zweiter Versuch scheiterte. Den 10. Mai 1941 schließlich hatte ein Horoskop als „erfolgsversprechenden Tag für eine Reise im Interesse des Friedens" ausgewiesen. Heß hatte die Absicht, mit Herzog Douglas Douglas-Hamilton zu verhandeln. Den hatte er 1936 bei den Olympischen Spielen in Berlin kennengelernt. Heß sah in ihm den Anführer der britischen Friedensbewegung. Diesmal hatte er seinem Adjutanten nur einen Brief für Hitler zurückgelassen. Auf einem von dem Adjutanten angeforderten Leitstrahl gelangte er nach Dungavel.

Damit die noch geheime Messerschmitt Bf 110 nicht in die Hand des Gegners geriet, stieg Rudolf Heß unter dramatischen Umständen mit dem Fallschirm aus. Es war sein erster Sprung, geübt hatte er zuvor nicht. Ein Landarbeiter fand ihn mit verstauchtem Knöchel.

Die „mission impossible" ging gründlich daneben. Heß wurde nicht als Emissär behandelt, sondern gefangengenommen und nach Glasgow gebracht. Dort nahm ihn Herzog Douglas-Hamilton, als Air Commodore für die Luftverteidigung des Südens Schottlands zuständig, in Augenschein. Anschließend ließ er erklären, er habe Heß zuvor nicht gekannt, keine Verbindung zu ihm gehabt und den „Stellvertreter des Führers" nicht sofort erkannt. An eine Begegnung bei den Olympischen Spielen konnte er sich nicht erinnern.

Am Morgen nach dem Absprung erhielt Hitler auf dem Berghof bei Berchtesgaden den versiegelten Brief. Zunächst zeigte er keine Reaktion. Erst während eines gemeinsamen Mittagsessens ließ er den Überbringer vom Tisch weg verhaften. Zeugen nannten später Hitlers „Überraschung und Empörung hervorragend gespielt". Offiziell hieß es, Heß sei wahrscheinlich ein Opfer pazifistischer Halluzinationen geworden. Das war eine freundliche Umschreibung, die allgemein so verstanden wurde: Hitler erklärte seinen Stellvertreter für geistig umnachtet. Er ließ ihn fallen, als der Misserfolg der Aktion feststand.

Heß wurde nach London verlegt. Bei seinen Vernehmungen machte er angeblich nur allgemeine, nichtssagende Angaben. Sein Quartier war mit Wanzen gespickt. Drei Offiziere des Auslandsgeheimdienstes MI6 werteten jede Äußerung aus. Etwas Brauchbares fanden sie vorgeblich nicht. Premierminister Winston Churchill, an Friedenszeichen keineswegs interessiert, gab an, er habe bei der Lektüre der Protokolle den Eindruck einer „Unterhaltung mit einem retardierten Kind".

Nach dem Krieg wurde Heß nach Nürnberg gebracht und dort wegen „Planung eines Angriffskrieges und Verschwörung gegen den Weltfrieden" zu lebenslanger Haft verurteilt. Die verbüßte er im alliierten Militärgefängnis Berlin-Spandau. Am 17. August 1987 fand ein Wachsoldat Rudolf Heß an einem Fenstergriff hängend, ein Verlängerungskabel um den Hals. Laut einer schon länger vorbereiteten Presseerklärung sei er „im Gefängnis gestorben".

Seinem Wunsch entsprechend, wurde Rudolf Heß in Wunsiedel bestattet. Regelmäßig kam es zu Aufmärschen von Neonazis am Grab. 2011 kündigte die Kirchengemeinde den Pachtvertrag für das Grab und die Grabstelle wurde aufgelöst. Die exhumierten Überreste wurden verbrannt und auf See bestattet. *Klaus J. Groth*

Fememord, Mord im Staatsauftrag oder Suizid?

Vor 40 Jahren wurde die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof in ihrer Zelle im Gefängnis Stuttgart-Stammheim erhängt aufgefunden

Ulrike Meinhof gehörte zu den Gründungsmitgliedern der linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) und prägte vor allem deren ideologisches Konzept. Am 14. Mai 1970 nahm sie im Verein mit Irene Goergens, Ingrid Schubert, Astrid Proll und Hans-Jürgen Bäcker an der Befreiung ihres inhaftierten Gesinnungsgenossen Andreas Baader teil. Durch diese Tat, bei der auch Schusswaffen zum Einsatz kamen, avancierte die vormalige Journalistin und Chefredakteurin der linken Zeitschrift „konkret" zu einer der meistgesuchten Personen in der Bundesrepublik. Deshalb setzte sie sich, wie andere RAF-Größen auch, nach Jordanien ab, wo sie von der palästinensischen Untergrundorganisation Al-Fatah militärisch geschult wurde. Außerdem gab die vermeintliche Stadtguerilla-Kämpferin aus dem Exil Interviews, in denen es unter anderem hieß: „Die Bullen sind Schweine. Wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, kein Mensch ... Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden ... Und natürlich kann geschossen werden."

Nach ihrer Rückkehr beteiligte sich Meinhof an mehreren Banküberfällen und Bombenanschlägen, bei denen vier Menschen starben und über 50 Verletzungen erlitten, bis sie schließlich am 15. Juni 1972 in Hannover-Langenhagen in die Hände der von ihr so verachteten Polizisten fiel. Dem folgte die Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Köln-Ossendorf – und zwar in einem speziellen Seitentrakt, weil sich die Terroristin Vollzugsbeamten gegenüber aggressiv gezeigt hatte. Meinhof sprach deshalb von „Isolationsfolter", obwohl ihr binnen neun Monaten 48 Mal Besuch gewährt wurde. In dieser Zeit entstanden weitere politische Stellungnahmen wie beispielsweise Lobreden auf die palästinensischen Gesinnungsfreunde vom „Schwarzen September", die für die blutige Geiselnahme während der Olympischen Sommerspiele in München verantwortlich zeichneten, wobei sie nicht zuletzt auch sie selbst freigepresst werden sollte.

> »Du machst den Bullen die Tür auf – das Messer im Rücken der RAF bist du«

Am 29. November 1974 erhielt die RAF-Mitbegründerin eine erste Haftstrafe von acht Jahren, woraufhin es zur Überstellung in die JVA Stuttgart-Stammheim kam, in der sie zusammen mit weiteren, inzwischen ebenfalls gefassten Terroristen, darunter Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, einsaß. Obwohl die Gefangenen hier außergewöhnliche Privilegien genossen, beklagte deren Unterstützerszene wiederum sogenannte Psychofolter. Dabei ging der Druck sehr viel weniger von der Anstaltsleitung als von den ehemaligen Mitstreitern aus. So kursierten beispielsweise Kassiber, in denen „Idiot" und „Arsch" noch die harmlosesten Beschimpfungen darstellten. Zwischen den RAF-Kadern herrschten nämlich mittlerweile Misstrauen, Rivalität und Hass, wobei besonders Ensslin gegen Meinhof hetzte. Deshalb schrieb letztere bei drei verschiedenen Anlässen: „Ich halte das nicht mehr aus", was Ensslin ihrerseits mit den höhnischen Worten kommentierte: „Projektion, Paranoia, Schwein".

Der Konflikt eskalierte im Verlaufe des sogenannten Stammheim-Prozesses vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, in dem Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe Mord in vier Fällen und versuchter Mord in 54 Fällen vorgeworfen wurde. Weil Meinhof während des vom 21. Mai 1975 bis zum 28. April 1977 dauernden Prozesses sichtlich auf Distanz zu ihren Mitangeklagten ging und Zweifel an der Richtigkeit der RAF-Strategie zu entwickeln schien, warf ihr Ensslin „Wühlerei in der Scheiße" vor und: „Du machst den Bullen die Tür auf – das Messer im Rücken der RAF bist du."

Diesem Druck konnte die vergleichsweise sensible Meinhof nur begrenzte Zeit standhalten. In der Nacht zum 9. Mai 1976 zerriss sie das blau-weiße Anstaltshandtuch in ihrer Zelle, fertigte daraus eine Schlinge und erhängte sich damit am Fenstergitter. Ihre Leiche wurde am nächsten Morgen um 7.34 Uhr von zwei Justizvollzugsbeamten gefunden und wenige Minuten später vom Gefängnisarzt Helmut Henck untersucht. Der Mediziner stellte vor Ort die völlige Auskühlung des Körpers und Totenflecke fest. Anschließend fand im Stuttgarter Bürgerhospital bis 17 Uhr eine amtliche Obduktion durch die beiden Pathologen Joachim Rauschke und Hans Joachim Mallach statt. Ihr Befund lautete, dass ein zweifelsfreier Suizid vorliege und jeglicher Hinweis auf Fremdeinwirkung fehle. Zu dem gleichen Ergebnis kam später auch Werner Janssen vom Institut für gerichtliche Medizin und Kriminalistik der Universität Hamburg, der auf Veranlassung der Schwester von Meinhof eine Nachsektion durchführte. Dieser Spezialist sah ebenfalls keinerlei Grund, an der Selbstmordversion zu zweifeln.

Trotzdem sorgten Angehörige und Anwälte der Terroristin für die Konstituierung einer „Internationalen Untersuchungskommission", die dann ihrerseits Mitte 1978 zu der Ferndiagnose gelangte, die Inhaftierte sei aller Wahrscheinlichkeit nach schon tot gewesen, „als man sie aufhängte".


Ulrike Meinhof Bild: Archiv

Damit geriet der Staat in Verdacht, Ulrike Meinhof liquidiert zu haben. Als Motiv nennt das linke Informationssystem „Nadir", Meinhof habe „die Entlarvung gewisser Persönlichkeiten aus Politik und Gewerkschaft" geplant und in diesem Zusammenhang die „Beziehungen zwischen dem SPD-Vorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzler Brandt und dem amerikanischen Geheimdienst CIA belegen und dazu auch Brandt als Zeugen laden lassen" wollen.

Die Nachricht von dem Todesfall in Stammheim führte zu zahlreichen Demonstrationen und Gewaltausbrüchen im In- und Ausland. Darüber hinaus nahm die RAF am 7. April 1977 „Rache", indem das „Kommando Ulrike Meinhof" den Generalbundesanwalt Siegfried Buback und dessen Begleiter Georg Wurster und Wolfgang Göbel erschoss.

Doch selbst wenn es sich tatsächlich um Mord gehandelt haben sollte, muss der Täter nicht unbedingt ein „Handlanger des Establishments" gewesen sein. Wie Klaus Rainer Röhl, der *PAZ*-Autor und Ex-Ehemann der Terroristin 1994 darlegte, könnten auch Mitgefangene die vermeintliche Abweichlerin liquidiert haben – im Rahmen eines Fememordes, welcher der RAF praktischerweise gleich noch eine vermeintliche Märtyrerin beschert hätte. *Wolfgang Kaufmann*

»Der böse Geist des Saarlandes«

Polizeiminister Edgar Hector knebelte Freiheit und Demokratie an der Saar

Der am 9. Mai 1911 in Saarlouis geborene Edgar Georg Maria Hector war von 1947 bis 1951 Innenstaatssekretär und von 1951 bis 1955 Innenminister in der Regierung von Johannes Hoffmann (Joho) an der Saar. Der französische Staatsangehörige vertrat vor allem die Interessen Frankreichs und ging im Saarland mit harter Hand gegen Kritiker vor. Er war ebenso verhasst wie gefürchtet.

Im Saarland der Nachkriegszeit wurde bis zur Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 ein Polizeistaat errichtet. Für dieses Regime war neben dem französischen Statthalter Gilbert Grandval und Ministerpräsident Johannes Hoffmann von der Christlichen Volkspartei (CVP) vor allem Innenminister Edgar Hector verantwortlich. Die in Hamburg erscheinende Wochenzeitung „Die Zeit“ schrieb über ihn in ihrer Ausgabe vom 31. Mai 1951: „Er ist ein deutscher Saarländer, der als Franzose erzogen wurde.“ Trotz seiner „zur Schau getragenen Frömmigkeit“ würden ihn auch katholische Priester als den „bösen Geist des Saarlandes“ bezeichnen.

Der frühere Politiker der Demokratischen Partei Saar (DPS), Heinrich Schneider, schreibt in seinem 1974 erschienenen wichtigen Werk „Das Wunder an der Saar“: „Mit Gilbert Grandval und dessen Stab stand Edgar Hector in engstem Einvernehmen.“ Trotz seiner deutschen Herkunft sei Hector stets der „Exponent einer fremden Macht“ geblieben. „Damit“, so Schneider, „bildete er die Ausnahme, um nicht zu sagen: ein Phänomen.“

Um den „Sonderfall“ zu erklären, erläutert Schneider den familiären und politischen Hintergrund Hectors. Dessen Vater Jakob, ein Arzt, hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg als erster in Saarlouis den französischen Besatzungstruppen als „Freund Frankreichs“ zur Verfügung gestellt. Die Franzosen hatten ihn daraufhin sogleich als Bürgermeister von Saarlouis eingesetzt. Trotz einer Handvoll Frankophiler habe es keinen zweiten „Fall Hector“ und „keine gleichartige Anbiederung oder Kollaboration“ mit der Besatzungsmacht gegeben, schreibt Schneider über den Vater. Der neue „Maire de Sarrelouis“ habe sich dabei auch Eigenmächtigkeiten geleistet wie etwa zwei Ergebenheitsadressen an den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau und den Kriegsminister Frankreichs „im Namen des Stadtrates“, der davon weder etwas wusste noch sie gar gebilligt hatte. Eine wirtschaftliche Denkschrift des Stadtrates sei dabei im französischen Text umgefälscht worden.

Nachdem Frankreich dafür gesorgt hatte, dass Jakob Hector im Rang eines Ministers Mitglied der Regierungskommission des Saarlandes geworden war, kam die Sache heraus. Der Redakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Adolf Franke, hatte 1922 über die Vorgänge berichtet und Jakob Hector „schmachvollen Landesverrat durch einen gemeinen Betrug“ vorgeworfen. Nach einem Strafantrag Hectors kam es zu einem aufsehenerregenden Prozess. Hector bestritt die Vorwürfe unter Eid. „Bei der sofort von der Strafkammer beschlossenen Durchsuchung der Archive bei der Stadt Saarlouis wurden die belastenden Dokumente gefunden, der amtierende Minister war des Meineides überführt“, so Schneider.

Hector musste von seinem Amt zurücktreten, nahm die französische Staatsangehörigkeit an und zog schon lange vor der Volksabstimmung von 1935 nach Frankreich. Sein Sohn Edgar studierte Jura in Paris, nahm ebenfalls die französische Staatsbürgerschaft an, leistete 1932/33 Wehrdienst in der französischen Armee und engagierte sich gegen den Anschluss des Saargebietes an das Deutsche Reich. 1945 kam er als französischer Besatzungsoffizier wieder an die Saar. Schon vor Kriegsende hatte er sich in einem Vortrag für die Angliederung des Saarlandes an Frankreich ausgesprochen. Die französische Militärregierung sorgte dafür, dass Hector auf eine Wahlliste der CVP kam und hierdurch Landtagsabgeordneter wurde. Im Kabinett Hoffmann galt er als der „starke Mann“.

Innenminister Edgar Hector ließ immer wieder hart gegen Kritiker der Politik des Joho-Regimes vorgehen: Bei der zweiten Kundgebung der Befürworter des Saarstatuts am 17. August 1955 in Neunkirchen setzte die Polizei Schlagstöcke und Tränengas ein Bild: pa

Unter dem Innenminister Hector wurden die „pro-deutschen“ Parteien verboten, missliebige Personen ausgewiesen, es herrschte rigide Pressezensur. Zeitungen auch aus dem deutschen Bundesgebiet wurden verboten oder einzelne Ausgaben beschlagnahmt. Unbequeme Journalisten und Redakteure verloren ihre Arbeit. Wie Schneider berichtet, wurde sogar die französische Zeitung „Le Monde“ beschlagnahmt, wenn sie sich kritisch zu den Verhältnissen an der Saar äußerte. An der Grenze wurde Buch darüber geführt, wer ins Saarland einreiste.

Edgar Hector unterjochte die Saarländer im engsten Einvernehmen mit Gilbert Grandval

Schneider beschreibt zudem detailliert, wie der französische Geheimdienst Sûreté eine Postzensur und Telefonüberwachung installierte: „Die Überwachung geschah in der Weise, dass die saarländische Postverwaltung Befehl hatte, Posteingänge erst dann zu öffnen, wenn die Sûretébeamten erschienen waren. Sie durchsuchten sämtliche Brief- und andere Postsachen, nahmen heraus, was sie interessierte und zogen sich in eine privat getarnte Dienststelle in zwei Häusern auf der Saarbrücker Bellevue zurück.“ Post wurde unter Wasserdampf geöffnet – ganz so, wie man es von der Stasi in der DDR kennt.

Über die Telefonkontrolle berichtet Schneider: „Im damaligen zentralen Fernsprechamt des Postamtes Saarbrücken 3 – dort waren die Selbstwähl- und Schalträume installiert – richtete sich die Sûreté schon 1945 einen separaten Kontrollraum ein, der ständig verschlossen gehalten wurde und von keinem saarländischen Beamten betreten werden durfte.“

Im Keller hätten sich die Schaltschränke der einzelnen Telefonanschlüsse der Stadt Saarbrücken und des Fernamtes befunden. Von dort aus hätten die französischen Beamten ein vieladriges Kabel in ihren Abhörraum gezogen. Dort seien Tonband und Aufnahmegeräte montiert gewesen, sodass gleichzeitig eine ganze Reihe von Gesprächen mitgeschnitten werden konnte. Die Anzapfung im Keller hätten die französischen Sûreté-Techniker vorgenommen, ohne dass die saarländischen Beamten daran etwas hätten ändern dürfen. Die Telefonüberwachung sei bis 1955 aufrechterhalten worden. Sie habe neben den oppositionellen Parteien auch Gewerkschaften und Berufsorganisationen sowie katholische Geistliche betroffen. Auch ein päpstlicher Visitator sei abgehört worden. „Dasselbe“, so Schneider, „galt für das bekannte Saarbrücker Hotel Messmer. Hier wollte man auch die Gespräche von fremden Gästen, vor allem ausländischen Journalisten, abhören, ohne dass diese das wussten.“

Der Hitler-Gegner und liberal-konservative Journalist Hubertus Prinz zu Löwenstein hatte in der „Zeit“ Hector in einem Beitrag scharf kritisiert. Daraufhin ließ Hector ihn verhaften, als er erfuhr, dass zu Löwenstein am 15. Juli 1951 kurz im saarländischen St. Wendel war. Wie zu Löwenstein in seinen Memoiren berichtet, reiste Hector persönlich zur Verhaftung aus Saarbrücken an und erklärte ihm gegenüber: „Sie haben mich auf das Unverschämteste beleidigt. Jetzt sind Sie mir ins Netz gegangen.“ Die betreffende Ausgabe der „Zeit“ hatte Hector im Saarland verboten.

Nach der Saarabstimmung 1955 zog er nach Frankreich und arbeitete dort für die staatliche Elektrizitätsgesellschaft. Hochgeehrt durch die Französische Republik starb er am 21. März 1989 in Paris.

Michael Leh

Der erste Deutsche im heutigen Ruanda

Als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika schlug der Forscher Gustav Adolf Graf von Goetzen den Maji-Maji-Aufstand nieder

Der vor 150 Jahren, am 12. Mai 1866, auf Schloss Scharfeneck in der schlesischen Grafschaft Glatz geborene Gustav Adolf Graf von Goetzen entstammte einem alten Adelsgeschlecht, das gleich mehrere brandenburgisch-preußische Generäle hervorgebracht hat. Allerdings entschied sich von Goetzen zunächst gegen diese Familientradition und stattdessen für eine akademische Ausbildung. In Paris, Berlin und Kiel studierte er Rechts- und Staatswissenschaften, um dann schließlich in das 2. Garde-Ulanenregiment einzutreten und doch noch die Offizierslaufbahn einzuschlagen. Angesichts seiner rechts- und staatswissenschaftlichen Vorbildung verwundert es nicht, dass sich seine militärische Laufbahn weitgehend im diplomatischen Dienst vollzog. Diese führte ihn 1890 nach Rom, wo er als Militärattaché fungierte. Von hier aus startete der nunmehrige Leutnant 1891 eine erste Expedition zum Kilimandscharo.

Deren erfolgreicher Verlauf empfahl Goetzen für die Durchführung der wesentlich anspruchsvolleren Aufgabe, das Hinterland der tanganjikanischen Küste, mit deren Inbesitznahme für Deutschland Carl Peters 1885 begonnen hatte, bis hin zum Kongo zu erkunden. Während dieser wohl letzten große Afrikareise zur Tilgung weißer Flecken auf der Landkarte zog er mit Hermann Kersting, Georg von Prittwitz und Gaffron sowie 600 einheimischen Trägern von Dezember 1893 bis zum November des Folgejahres unter anderem durch das bis dahin noch völlig unbekannte Reich von Ruanda. Dabei bestieg die Gruppe auch den Msumbiro, einen der höchsten Gipfel der Kirungaberge, und den noch tätigen Vulkan Kirunga-tscha-gongo und entdeckte den Kiwu-See.

Im Anschluss an die bravourös durchgeführte Forschungsreise diente Goetzen als Militärattaché in Washington sowie im Berliner Generalstab – allerdings nur bis Anfang 1901, denn dann wurde er aufgrund seiner intimen Kenntnis der Verhältnisse vor Ort unter Beförderung zum Major als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika eingesetzt. Dort trat er die Stelle des preußischen Generals Eduard von Liebert an, der nicht zuletzt wegen seiner rigiden Amtsführung in die Heimat zurückberufen worden war. Liebert hatte eine Hüttensteuer eingeführt und dadurch große Unruhe gestiftet.

Allerdings war Goetzen gleichfalls außerstande, das Schutzgebiet zu befrieden. Die diversen in seine Amtszeit fallenden kriegerischen Zusammenstöße zwischen Einheimischen und Deutschen resultierten nicht zuletzt aus einigen weiteren unpopulären Entscheidungen des neuen Gouverneurs. So zwang er die Einheimischen, kommunale Plantagen anzulegen und unentgeltlich beim Wegebau zu helfen, beschränkte deren Jagdaktivitäten und zog deren Waffen ein. Dazu kamen Abgaben auf das beliebte selbstgebraute Bier sowie eine neue Kopfsteuer, die der Finanzierung der Kolonialverwaltung dienen sollte.


Bild: Archiv

Als Forscher erfolgreicher denn als Gouverneur: Goetzen

Nichtsdestotrotz wäre es vermutlich zu keinem Aufstand gekommen ohne Kinjikitile Ngawale aus Ngarambe in den Matumbi-Bergen. Der charismatische Medizinmann und Prediger verkündete unter dem angeblichen Einfluss des Geistes Hongo, das von ihm gesegnete heilige Wasser, genannt Maji, verleihe magische Kräfte und mache unverwundbar. Selbst die Kugeln der Weißen würden von den Körpern der Maji-Gläubigen abperlen wie Regentropfen – und deshalb könne man die Deutschen auch problemlos aus dem Land vertreiben. Das führte zum Entstehen einer bewaffneten Widerstandsbewegung, die am Ende 20 verschiedene Völkerschaften im Südwesten von Deutsch-Ostafrika vereinte, wobei nichtsdestotrotz viele der Kämpfer mit Zwang und Gewalt rekrutiert wurden.

Hieraufhin verhaftete die Schutztruppe Kinjikitile, konnte aber nicht mehr verhindern, dass kurz darauf, am 20. Juli 1905, der Maji-Maji-Aufstand losbrach. Die Aufständischen zerstörten zunächst einige der verhassten Gemeinschafts-Plantagen, bevor sie dann am 13. August den deutschen Vorposten in Liwale überrannten. Dem folgte zwei Wochen später der Versuch von bis zu 10 000 Insurgenten, das Militärlager von Mahenge zu stürmen. Weil die Verteidiger unter Hauptmann Theodor von Hassel Maschinengewehre einsetzen konnten, erlitten die Angreifer enorme Verluste, die dann doch zu Zweifeln an der Wirksamkeit des Maji führten. Deshalb gingen die Aufständischen nun zum Guerillakrieg über, während Goetzen Verstärkung aus Deutschland anforderte und parallel einheimische Söldner verpflichtete. Diese zogen ab Ende 1905 unter der Führung von Major Kurt Johann quer durch die Unruheregionen Deutsch-Ostafrikas und praktizierten dort eine Strategie der verbrannten Erde. Hierdurch gelang es, die Kontrolle zurückzugewinnen, ohne deutsche Soldaten in höherer Zahl aufbieten zu müssen.

Während der Rebellion verschlechterte sich der Gesundheitszustand Goetzens so sehr, dass er 1906 abberufen werden musste. In der Heimat blieb der Graf als Mitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft weiterhin kolonialpolitisch tätig. Nach wenigen Jahren wurde er wieder in der Diplomatie eingesetzt. Ab 1908 war er königlich-preußischer Gesandter und bevollmächtigter Minister bei den Hansestädten und den Großherzogtümern Mecklenburg mit Sitz in Hamburg. Dort starb Gustav Adolf von Goetzen am 1. Dezember 1910 im noch relativ jungen Alter von 45 Jahren.

Donnerschlag gegen Merkel und TTIP

Zu: Der Fluch der bösen Tat (Nr. 17)

Eigentlich könnte man meinen, dass das von den Medien glamourös aufbereitete Treffen zwischen dem mächtigsten Mann der Welt und der mächtigsten Frau Europas eine Win-Win-Situation wäre. Weil doch unsere Kanzlerin Lob und Beistand von höchster Stelle nach ihrem desaströsen Alleingang in der Flüchtlingskrise gut gebrauchen kann. Denn andere europäische Staaten registrieren den „grenzenlosen“ deutschen Alleingang mit Kopfschütteln und Häme. Sie denken nicht daran, sich auf eine Kontingentierung festlegen zu lassen.

Auch im Inland ist Merkels Popularität im freien Fall. Die Menschen fühlen sich in existenziellen Zukunftsfragen übergangen, und die Kommunen stöhnen vor den kaum lösbaren Herausforderungen. Und da ist des Präsidenten „ich bin stolz auf die deutsche Bevölkerung“ gleichsam Balsam für die deutsche Seele.

Aber auch Obama hat innenpolitische Probleme und möchte am Ende seiner Amtszeit das für die USA wichtige TTIP-Abkommen unter Dach und Fach bringen. In diesem Anliegen hat er in der Kanzlerin eine „zuverlässige“ und „starke“ Partnerin: Soweit zum vermeintlichen Win-Win-Spiel.

In der realpolitisch „entschleierten“ Sichtweise allerdings ist deutsche Innen- und Außenpolitik eingebunden in die strikten Vorgaben unserer transatlantischen Spielmacher. Und das gilt insbesondere auch für unsere Kanzlerin, die zurzeit wie niemand sonst diese Interessen bedient und deren Position zu stärken deshalb im ureigenen Interesse der USA liegt.

Vor diesem Hintergrund mutet es gespenstisch an, wenn zur gleichen Zeit am gleichen Ort, überstrahlt von diesen beiden Lichtgestalten eine gewaltige Anti-TTIP Demonstration ablief. Ein Donnerschlag mit 90000 Demonstranten. Sie demonstriert die tiefe Zerrissenheit, die Instabilität unseres Landes. Und diese Kluft, die Sorge der Menschen existiert nicht nur in der TTIP-Frage, sie gilt auch für unser Management in der Flüchtlingskrise und die Folgen für die Zukunft unseres Landes.

Dr. Horst A. Hoffmann, Kiel

Kritik gelöscht

Zu: Bevormundung (Nr. 16)

Die Meinung des Verfassers „um sein (Maas') Weltbild durchzusetzen ...“ fasst zu kurz. Es ist schlicht und einfach der Kotau vorauseilendem Gehorsams gegenüber jener Religion, die nach Meinung eines Ex-Bundespräsidenten „zu Deutschland gehört“. Während man diese Tatsache in einer österreichischen Zeitung lesen konnte, wurde mein diesbezüglicher Beitrag an die „FAZ“ („Da freut sich der Zentralrat der Muslime“) gelöscht.

Dieter Funk, Hamburg

Ein Sklavenhandel

Zu: In eine dunkle Zukunft (Nr. 14)

Ach du meine Güte, was kommt da auf uns zu, was für eine Katastrophe! Es strömen nicht mehr so viele Emigranten nach Deutschland. Im Monat März sollen es nur noch 20000 gewesen sein. Wie soll es nur weitergehen?

Statt dass man nun sagt: „Gott sei Dank“. Aber nein, das Fernsehen berichtet über diesen Zustand sehr besorgt. Die Auffanglager stehen leer, das Personal, die vielen gutherzigen Helfershelfer haben nun nichts mehr zu tun, müssen aber bezahlt werden, weil sie zum Teil schon in Festanstellung sind. Die Betten sind leer (bald auch die Kassen), das Wachpersonal muss abgezogen werden. Die Hof-Lieferanten haben keine Aufträge, die Kleiderkammern, quellen über. Die Bundespolizei schaut zum Horizont, ob sich doch noch etwas bewegt. Es weiß ja keiner so recht. Es könnte ja morgen schon wieder anders sein. Also warten, warten. Es sind ja Beamte. Keiner weiß es also, auch der Innenminister des Bundes nicht. Welch eine Offenbarung?

So ist also zurzeit die Lage in Deutschland. Man könnte meinen, eine riesige Natter hat uns im Würgegriff und lässt nicht mehr los. Und dann noch dieser Vertrag mit der Türkei. Das erinnert mich an den Sklavenhandel aus vergangenen Jahrhunderten. Nach dem Motto: Gibst du mir einen Sklaven, bekommst du eine Handvoll Glasperlen. Gibst du mir einen Afghanen oder Pakistani, bekommst du einen Syrer oder Iraker. Geht's noch? Wer hat sich so etwas bloß ausgedacht, oder hat man sich überhaupt etwas dabei gedacht?

Und dieser ominöse Handel soll sechs Milliarden Euro bis 2018 kosten. Nicht die Uno kommt dafür auf, sondern die EU. Natürlich! Der Steuerzahler macht's möglich.

Wilhelm Jäkel, Damme

Lupenreines TV

Zu: Blanker Hohn (Nr. 13)

In Ihrem Leitartikel bemängeln Sie, dass vor drei Jahren der damalige WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn (nicht „Schöneborn“, wie bei Ihnen) davon schwadronierte, dass die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten „das Funktionieren unserer Demokratie“ sichern würden.

Nun, der Mann hatte doch vollkommen recht! Die öffentlich-rechtlichen Sender sichern ohne Zweifel das Funktionieren „unserer“ Art von Demokratie. Einer gelenkten Demokratie – deren Lenkung selbstverständlich auf einem sehr viel höheren Niveau erfolgt, als es unser lupenreiner Demokratiefreund Wladimir Putin in Russland zustandebringt.

Deutschland ist eben im Laufe der Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg doch sehr verwestlicht. Ganz wie unsere angelsächsischen „Freunde“, da ging das mit der Demokratie und den Medien schon im 19. Jahrhundert so.

Thomas Abschinski, Veltheim



Haben den Riesenladen fest im Griff: Delegierte beim Nationalkongress von Chinas kommunistischer Partei Bild: action press

Medialer Lichtblick mit steigerungsfähigem China-Durchblick

Zu: Der Rote Kaiser Xi Jinping (Nr. 14)

Zunächst möchte ich mich für Ihre Arbeit herzlich bedanken. Ich bin seit zirka zwei Monaten Abonnent Ihrer Zeitung und bin sehr froh, dass es Sie gibt. Ein Lichtblick in der sonst sehr trüben bundesdeutschen Presselandschaft.

Dem Autor des Artikels „Der Rote Kaiser Jinping“ möchte ich zunächst zustimmen, dass es an der Politik des chinesischen Regierungschefs einiges auszusetzen gibt, wenngleich viele Vorwürfe und kritisierte Zustände kaum unabhängig überprüft werden können. Festzuhalten gilt es grundsätzlich, dass es den „optimalen Staat“ nicht gibt und vermutlich nie geben wird.

Dann kann man fragen: Welche politischen Alternativen hätte China? China ist ähnlich wie Russland im Visier der US-Globalisierer und ihrer Konzerne. Wenn man in China diesen den „Zugriff“ auf die Bevölkerung nicht gestatten will, so kann man dafür grundsätzlich Verständnis haben.

Auch sollte man nicht vergessen, dass die USA selbst und speziell bei der Durchsetzung ihrer imperialen Ansprüche nicht gerade rechtsstaatlich vorgehen. Stichworte: Geheimer Drohnenkrieg/Entgrenzung des Krieges in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, Versuch der digitalen Überwachung jedes einzelnen Menschen auf der Welt, geheime Auslandsgefängnisse, Guantánamo Bay, staatlich angeordnete Folter und so weiter.

Wenn der chinesische Regierungschef sich nicht „um den Erhalt der Macht“ sorgen würde, wäre klar, wem diese dann recht bald zufallen würde. Wenn Märkte und Gesellschaften gegenüber internationalen Konzernen „geöffnet“ werden, verlieren auch deren Staaten früher oder später ihre Unabhängigkeit. Der US-Militärstratege Thomas P.M. Barnett spricht in einem ähnlichen Zusammenhang von der „Gleichschaltung aller Länder der Erde“, wie es in der *PAZ* Nr. 10/2016 dargelegt war.

Sachliche Kritik an China ist berechtigt. Doch will jemand ernsthaft unser US-geprägtes demokratisches System empfehlen? Mit einer völlig durchkommerzialisierten Gesellschaft, mit ruinierten Staatsfinanzen, digitaler Massenüberwachung, Holocaust-Industrie, Verlust der nationalen Identität, Kinderlosigkeit und Aussterben der einheimischen Bevölkerung und schließlich Masseneinwanderung?

Wir sollten Respekt vor den Ländern und Regierungen haben, die diesen Weg nicht gehen wollen.

Theodor Mittrup, Langhagen

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 18 – 6. Mai 2016

MELDUNGEN

Alter Friedhof verwüstet

Sensburg – Verwüstete Grabstellen, auseinander gefallene Einfassungen, ausgetretene Spuren mitten über den Gräbern, Bierflaschen-Verschlüsse und ein Haufen Müll – so sieht ein alter deutscher Friedhof in Sensburg aus. Grund für diese Verwüstungen waren Baumfällarbeiten. Bei den Sensburgern führte zur Bitterkeit, dass schweres Gerät auf den Friedhof gebracht und die Grabstellen beschädigt worden waren. Das führte dazu, dass Vertreter des Gemeinnützigen Komitees zur Rettung der deutschen Friedhöfe aus Allenstein sich mit einem offenen Brief an die Sensburger Bürgermeisterin, Otilia Siemieniec, wandten. Die Intervention des Komitees und der Besuch von Radio Allenstein führten dazu, dass die Bürgermeisterin sich verpflichtete, sich der Friedhöfe anzunehmen und den Schaden zu beseitigen. In Sensburg befinden sich neun Friedhöfe. Die meisten davon sind alt und geschlossen. *PAZ*

Neue Orgel für Mehlsack

Mehlsack – Am 25. April fand die feierliche Einweihung der neuen Orgel mit einem Eröffnungskonzert im Missions-Seminar der Steyler Missionare (Verbisten) in Mehlsack statt. Das Instrument wurde aus Hamburg geliefert. Die Einweihung erfolgte durch den Lycker Bischof Jerzy Mazur. Professor Sebastian Adamczyk. Feierliche Messen um 10 Uhr und 17 Uhr sowie Konzerte mit Marek Stefanski von der Krakauer Musik-Akademie rundeten die Feier ab. *PAZ*

Neue Brücke in Osterode

Osterode – Bei der Osteroder Umgehungsstraße entsteht eine 677 Meter lange Brücke mit einer Breite von 206 Meter. Das sind zwei Meter mehr als die vergleichbare Weichselbrücke bei Marienwerder hat. Die Brücke entsteht an der Kreuzung der Schnellstraße Nr. 7 mit der Staatsstraße Nr. 16. Sie soll ein Tal, durch das der Arnauer Bach fließt, überwinden. Die Brükke erhält auch einen Übergang für Tiere. *PAZ*

Goldener Sand in Lötzen

Lötzen – Voraussichtlich zum Beginn der diesjährigen Ferien kann der erneuerte, moderne städtische Badestrand in Lötzen genutzt werden. Der Strand wird in zwei Etappen hergestellt. Zunächst soll laut Bürgermeister Wojciech Iwankiewicz die Badestelle hergerichtet werden, um in einer zweiten Etappe für Gastronomie und Unterhaltung zu sorgen. Die erste Etappe beginnt spätestens im Juni und wird etwa einen Monat dauern. *PAZ*

Gold der Ostsee voll im Trend

Königsberger Messe »Bernstein des Baltikums 2016« fand bei Ausstellern und Besuchern großen Anklang

Im Ausstellungskomplex „Baltic-Expo“ hat die Ausstellung „Bernstein des Baltikums 2016“ ungeachtet der schwierigen Lage der Bernsteinindustrie im Königsberger Gebiet stattgefunden. Die Messe hat zahlreiche Aussteller und Besucher angezogen.

120 Firmen waren nach Königsberg gekommen, um ihre aktuellen Erzeugnisse aus Bernstein vorzustellen. Zahlreiche Gäste erfreuten sich an der Ausstellung von Inklusionen, fertigen Schmuckstücken, Interieur und Bernstein mit Silber- und Goldfassungen sowie Souveniers. Neben der Ausstellung hatten die Gäste Gelegenheit, an der Konferenz „Der Ostsee-Bernstein und die Harze der Welt“ teilzunehmen.

In diesem Jahr kam etwa ein Drittel der Besucher der Bernsteinausstellung aus China. Die Chinesen waren auch die aktivsten Käufer. Mit Begeisterung sahen sie sich um, prüften und nahmen alles genau unter die Lupe. Gefiel ihnen etwas, zückten sie ihre Taschenrechner und begannen enthusiastisch zu handeln. Bemerkenswert ist, dass die meisten von ihnen gut Russisch sprechen, so dass bei der Kommunikation mit den Verkäufern kaum Schwierigkeiten entstanden.

Seit einiger Zeit steigt der Preis für Bernstein und ist inzwischen mit dem von Edelsteinen vergleichbar. Offenbar, um den Käufern aus Fernost das Rechnen zu erleichtern, hatten alle Aussteller ihre Preise in Euro ausgezeichnet. Das weckte Erinnerungen an die Zeit Anfang der 1990er Jahre, als die Preise aufgrund der hohen Inflation und der damaligen Rubelschwäche in den Schaufenstern der Läden und auf Märkten in Dollar angegeben waren.



Interesse an neuen Entwürfen: Aussteller zeigen ihre Artefakte und Schmuckstücke Bild: J.T.

Der große Aufschwung des Bernsteins, der als Rohstoff in Russland auf der Liste der strategisch wichtigen Ressourcen steht, hat dazu geführt, dass der Verkauf von der russischen Regierung genehmigt werden muss, und das nicht nur auf dem Messegelände.

Laut einer Verfügung des Präsidenten Wladimir Putin von 2012 ist der private Export von Rohbernstein verboten. In der gleichen Zeit hat sich die offiziell bekannte Zahl von Schmuggelversuchen und illegalem Bernsteinsammeln stark erhöht.

Noch kurz vor der diesjährigen Messe waren einige Dutzend sogenannter „Schwarzgräber“ verhaftet worden, die am Ufer des Sinjawinskij-Sees und in Marschenen [Wolotschajewskoje] mit Schaufeln nach dem Sonnenstein suchten. Die illegalen Sammler entwickeln

Chinesen traten als eifrigste Käufer auf

dabei oft eine lebensbedrohliche Aktivität. Vor Kurzem kam in einer Erdgrube außerhalb von Königsberg während illegaler Grabungen ein 30-Jähriger ums Leben. Eine Lehmschicht kam ins Rutschen und überdeckte ihn. Viele Bernsteindiebe gehen das Risiko wegen schwieriger Lebensverhältnisse ein. Die schlechte Wirtschaftslage lässt sie nach Mitteln zum Überleben suchen. Umso mehr, als die Nachfrage nach Bernstein wegen der Seltenheit der Vorkommen steigt und die Preise derzeit nach oben schießen.

Da illegale Gräber im Königsberger Gebiet ihr Unwesen treiben, schläft man an den Grenzen nicht. Bei einer gemeinsamen Aktion mit litauischen Kollegen haben Zöllner an der russisch-litauischen Grenze auf der Kurischen Nehrung einen Bösewicht festgesetzt, der Rohbernstein im Wert von rund 100 Millionen Rubel (rund 1,3 Millionen Euro) über die Grenze schaffen wollte. Ähnliche Vorfälle häufen sich.

Gleichzeitig entdeckten Zöllner im Osten Russlands, an der Grenze zu China, 800 Kilogramm Rohbernstein aus dem Königsberger Gebiet. Steine verschiedener Größe wurden per Lkw transportiert. In einem Anhänger waren unter Säcken mit Sojabohnen 36 Taschen mit Bernstein versteckt. Ein Experte schätzte den Wert auf umgerechnet 670000 Euro. Wie sich herausstellte, hatten Chinesen den illegalen Export aus dem nördlichen Ostpreußen kontrolliert. Um ihr Geschäft zu vertuschen, hatten sie als Käufer, Absender und Empfänger der Waren russische Bürger rekrutiert.

Laut den Abgeordneten der Königsberger Gebietsduma ist das Volumen des illegal über die Grenze nach Polen, Litauen und in die EU geschmuggelten Bernsteins vergleichbar mit dem der offiziellen Produktion. Die jährliche Förderung beträgt etwa 200 Tonnen. Der Gesetzgeber besteht darauf, die Strafen für die illegale Bernsteinförderung zu verschärfen. Die Vertreter der Bernsteinindustrie sind allerdings skeptisch, was die Wirksamkeit solcher Maßnahmen betrifft. Wenn die Vergabe von Rohbernstein staatlich geregelt wird und der Staat einen Großteil des gewonnen Rohstoffs exportiert, heißt das, dass ihnen Material zum Arbeiten fehlt. Deshalb sind die örtlichen Bernsteinproduzenten für die Vergabe gesetzlicherLizenzen, die auch Privatunternehmern die Bernsteingewinnung erlauben. Dann gäbe es keine Spekulationspreise wie die des Bernsteinkombinats mehr, das als Monopolist seine Bedingungen diktiert.

Diesen Weg ist Polen gegangen. In einem Jahr hat das Land 100 Lizenzen an Privatunternehmen vergeben. *Jurij Tschernyschew*

»Ermland, quo vadis?«

Neues kulturelles Projekt für europäische Treffen geplant

Das Zentrum für Europäische Treffen „Swiatowid“ in Elbing hat rund 25000 Euro Zuschuss für ein neues kulturelles Projekt mit dem Titel „Ermland, quo vadis?“ erhalten. Das Gesamtbudget beträgt zirka 40000 Euro. Die Finanzierung hat auch ein vom Ministerium für Kultur und Nationales Erbe ausgeschriebener Wettbewerb möglich gemacht, in dessen Rahmen unter anderem die ethnologischen Forschungen in Ermland sowie deren Digitalisierung durchgeführt werden.

Bei der Dokumentation handelt es sich um geplante 3D-Aufnahmen einer der Wallfahrtkirchen, der Meierei (aus einem Wohnhaus und Nebengebäude bestehend) sowie zweier ländlicher Wohnhäuser und weiterer für diese Region so charakteristische zehn Kapellen. Alle erworbenen digitalen Kartierungen werden danach wissenschaftlich bearbeitet und an die Institutionen weitergeleitet, die sich mit dem Schutz und der Erhaltung von Denkmälern beschäftigen, sowie an die Museen, Eigentümer und Betreuer von Objekten. Sie werden auch auf der Website www.cyfrowewm.pl in einer vereinfachten Form als 3D-Visualisierung verfügbar sein.

Außerdem sollen zahlreiche Veranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Spezialisten und Enthusiasten von Ermland organisiert werden. Daneben soll eine Art Album über die heutige Kulturlandschaft Ermland und

Ostpreußische Bauwerke erstehen in 3D-Technik

die Dörfer des Ermlandes erstellt werden. Ein Informationsblatt wird eine praktische Anleitung darüber geben, wie man ermländische Pflanzen bestimmt und wie man die Grünflächen gestaltet. Daneben werden eine Reihe von Dokumentarfilmen entstehen. Die geführten ethnologischen Feldforschungen sollen der Bewahrung des immateriellen Erbes der Region dienen. Die Ergebnisse der Forschungen werden später veröffentlicht.

Die erste Institution im südlichen Ostpreußen, die in 3D-Technologie digitalisiert, ist eine Regionalwerkstatt für Digitalisierung in Elbing. Die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit kann man bereits auf der Seite www.cyfrowewm.pl sehen. Diese Dokumentation soll auch in Bildungskursen und E-Lernen zum Einsatz kommen.

Vor Kurzem wurde diese Institution von Studenten der Wissenschaftlichen Gesellschaft für die Denkmalerhaltung der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn besucht. Die Studenten lernten die Geheimnisse von Digitalisierungs- und Laser-Scanning kennen und trafen sich mit der Professorin Maria Lubocka-Hoffman. Sie ist die Schöpferin der Retroversion, also der Konzeption, nach der die Elbinger Altstadt rekonstruiert wurde.

Das Team der Regionalwerkstatt besuchte das Museum der Schlacht von Tannenberg, wo in den vergangenen zwei Jahren einige der 100 interessantesten Sehenswürdigkeiten digitalisiert wurden. *Leszek Chaburski*

Doktorhut für Kruk

Universität Allenstein ehrt einen Masuren

Die Ermländisch-Masurische Universität in Allenstein beabsichtigt, dem ostpreußischen Schriftsteller und Dichter Erwin Kruk die Ehrendoktorwürde zu verleihen.

Der Prorektor der Ermländisch-Masurischen Universität, Professor Grzegorz Bialunski hat darüber informiert, dass der Universitäts-Senat und eine Kommission erste Schritte der Beurteilung zur Ernennung zum Ehrendoktor von Erwin Kruk unternommen haben. Die offizielle Bekanntgabe soll am 1. Juni 2016, dem Feiertag der Universität, stattfinden.

Erwin Kruk gilt als literarisches Gedächtnis Masurens. Seine Werke stehen nicht nur in engster Verbindung zu Masuren, sondern auch zu den Masuren. Kruk selbst wurde am 4. Mai 1941 in Gutfeld, Kreis Neidenburg als Sohn des Landwirts Hermann Kruk und dessen Frau Meta geboren. Früh verlor er beide Eltern. Zunächst kam er bei Verwandten unter, doch als die Deutschen aus Masuren flüchten mussten, blieb er zurück und kam in Heime und Internate. Als Kind beobachtete er in der Nachkriegszeit den Exodus der Deutschen in Richtung Westen und musste erleben, dass die Daheimgebliebenen von der Nachkriegsverwaltung ungerecht behandelt wurden. Das Los der masurischen Bevölkerung beschreibt Kruk gleichermaßen in Erzählungen wie in Essays. Sein letztes, als Tatsachenroman verfasstes Buch mit dem Titel „Spadek“ („Das Erbe“) berichtet über das erfolglose Bemühen, den Besitz seiner Eltern in der Nähe von Neidenburg wiederzuerlangen. Erwin Kruk war eine Amtsperiode lang auch als Senator des Bürgerlichen Komitees in Warschau im Amt. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Muttertag – da schlägt bei mir die Nadel im Kompass der Erinnerungen sofort nach Norden aus, nach einem Ort in Schleswig-Holstein, nach Uetersen. Denn in der dortigen Gruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen habe ich die meisten Lesungen gehalten und fast immer zum Muttertag. Das hatte sich einmal so ergeben, und das blieb so, die Muttertagslesung in Uetersen war auch für mich ein Erinnern an die eigene Kindheit und an meine Mutter, die mir das beste Rüstzeug für meinen Lebensweg mitgab, das bis heute noch nicht aufgebraucht ist. Nur wurde es im Laufe der Zeit immer schwieriger, Geschichten oder Gedichte aus der eigenen Feder zu finden, die ich in dieser Gruppe noch nicht gelesen hatte. Also musste ich neue schreiben, und die erlebten dann auf der Lesung in Uetersen ihr Debüt. Dafür sei den Mitgliedern der Gruppe Dank, denn so manche Geschichte wäre ohne diesen „Rubbacks" nie geschrieben worden.

Aber das ist nicht der Grund, warum ich diese Erinnerung voranstelle, sie ist der Anlass, den Ostpreußen aus Uetersen und Umgebung meinen aufrichtigsten Dank zu sagen für die große Ehrung, die mir zu meinem 100. Geburtstag durch sie erteilt wurde: Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Uetersen und Umgebung ernannte mich auf ihrer Jahresversammlung einstimmig zum Ehrenmitglied! Und der Grund, warum ich mich nicht schon früher für diese Auszeichnung bedankt habe, liegt nicht an der Fülle der Gratulationen, sondern daran, dass ich abwarten wollte, um noch einmal in Gedanken bei meinen Landsleuten in der Rosenstadt zu sein. Muttertag – Uetersen – Ehrung: Das passt einfach alles zusammen. Und wo wäre ein besserer Platz zu finden als hier in unserer „Ostpreußischen Familie"!

Die Urkunde ist mit einem Foto versehen, das die damalige Leiterin der Gruppe, **Ilse Rudat**, und mich nach einer Lesung im Haus Ueterst End zeigt. Sie hatte mir gerade einen großen Rosenstrauß überreicht – nie habe ich so wundervolle Sträuße wie in der Rosenstadt Uetersen erhalten –, und man glaubt, das herzliche Lachen der Ilse Rudat zu hören, das auch auf den Veranstaltungen erklang, die sich immer durch eine große Programmvielfalt auszeichneten. Es ist nun im Haus Ueterst End nicht mehr zu hören, Ilse Rudat ist erkrankt, aber ihr Mann **Joachim** Rudat, mit dem sie gemeinsam ihre Landsleute zu einer homogenen Gruppe werden ließ, hat den Vorsitz übernommen und führt die Arbeit in beider Sinne weiter. Den Text der Urkunde möchte ich hier wiedergeben, weil er die Verbundenheit zwischen den dortigen Landsleuten und mir bestätigt:

„Die Uetersener Ostpreußen gratulieren Ihnen sehr herzlich zum Ihrem 100. Geburtstag und wünschen Ihnen alles Gute, viel Glück und dass Sie uns noch lange erhalten bleiben. Ganz besonders danken wir Ihnen für mehr als 15 Lesungen und Erzählungen im Laufe der vielen Jahre, in denen Sie uns im Haus Ueterst End unsere ostpreußische Heimat immer wieder sehr nahe gebracht haben. Deshalb haben wir, hoffentlich nicht zu spät, einstimmig während der heutigen Jahresversammlung beschlossen, Sie, liebe Ruth Geede, zu unserem Ehrenmitglied zu ernennen."

Erinnerungen werden viele bleiben, wenn auch die Ehrenurkunde einen dominierenden Platz einnehmen wird. Da sind die Zeitungsberichte über die Lesungen, denn Ilse Rudat war auch eine gefragte Lokalkolumnistin, die vor allem über kulturelle Veranstaltungen berichtete. Da sind Leserbriefe, die mich noch heute aus diesem Gebiet erreichen. Und da ist eine wundervolle Hortensie in meinem Garten, die ich bei einer meiner letzten Lesungen von Ilse Rudat statt eines Rosenstraußes überreicht bekam – zum bleibenden Andenken an Uetersen und die schönen Stunden in dem so gemütlichen Fachwerkhaus im Schatten der alten Klosterkirche. Schon diese heimelige Atmosphäre machte die Lesungen für mich unvergessen. Danke, Ilse Rudat, für diese weise Voraussicht.

Und es waren nicht immer Blumen, mit denen mich die große Gruppe der Ostpreußen aus Uetersen erfreute, und für eine Gabe war ich besonders dankbar, weil sie sich als hilfreich für meine Familienarbeit erweisen sollte: Eine Originalausgabe von Niekammer's Landwirtschaftlichem Güteradressbüchern der Provinz Ostpreußen von 1932. Ich bekam sie von seinem bisherigen Besitzer, **Friedrich Freiherr von Quandt** aus Uetersen, bei einer Lesung übergeben, da er meinte, ich könnte es wohl für mich nützlich sein, was ich ihm heute nach längerem Gebrauch nur bestätigen kann. Auch unser aktueller Suchwunsch ist ein schönes Beispiel dafür, denn er betrifft eines der im „Niekammer" verzeichneten Güter, und somit kann ich die Angaben des Antragstellers, Herrn **Peter Ackermann**, noch ergänzen. Aber einige Fragen müssen wir doch an unsere Leserinnen und Lesern weitergeben, weil sie sehr speziell sind und vor allem die Familiengeschichte betreffen, in der das Gut eine große Rolle spielt.



Nach einer Lesung im Haus Ueterst End: Die damalige Leiterin der Gruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Uetersen und Umgebung, Ilse Rudat, mit Ruth Geede (von links) Bild: privat

Der Name war in Ostpreußen nicht gerade selten: Friedrichswalde, achtmal ist er im Niekammer vertreten. Das hätte die Suche schwierig gemacht, wenn nicht Herr Ackermann bereits gute Vorgaben geleistet hätte. Es handelt sich um das etwa fünf Kilometer von Cranz entfernte Gut, über das in der Familienchronik, die den Zeitraum von 1677 bis 1922 einnimmt, einiges vermerkt ist, wie Herr Ackermann schreibt:

„In der mir erst kürzlich vorliegenden Chronik wird berichtet, dass mein Urgroßvater Eigentümer des Ritterguts Bedritten im Kreis Königsberg war und für seinen Sohn Friedrichswalde ausgesucht hatte. Das Gut muss in einem schlechten Zustand gewesen sein. Friedrichswalde wurde bis Kriegsende von meinen Großeltern **Curt** und **Ursula** Ackermann bewirtschaftet. Meine Großmutter war eine geborene **Kagelmacher** vom Haus Eichen, Kreis Wehlau. Auf dem Gut wurden zirka 150 Hektar Ackerland und Weiden bewirtschaftet. Ob Friedrichswalde als Eigentum oder Pachtgut von meinen Großeltern betrieben wurde, ist unklar. Es muss einmal zum Familienstift derer **von Kuenheim**, Juditten bei Schönbruch im Kreis Bartenstein gehört haben."

Hierzu kann ich folgende Ergänzungen geben: Der Gesamtbesitz betrug 167 Hektar, davon 133 Hektar Ackerland. An Viehbestand waren 24 Pferde, 80 Stück Rindvieh und 30 Schweine vorhanden. 1932 gehörte Friedrichswalde zu den Stiftsgütern der Graf v. Kuenheim'schen Familienstiftung. Die Ackermanns dürften Friedrichswalde wohl nicht erworben haben, denn das Ehepaar trennte sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg. Über das Schicksal von Curt Ackermann gibt es widersprüchliche Aussagen. Eine Version besagt, dass er sich beim Russeneinfall das Leben genommen habe, in einer anderen gilt er als verschollen und nach einer dritten soll er im Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg verstorben sein. Seine damalige Lebensgefährtin war **Hildegard Wierstbitzky** aus Cranz, spätere **Gräfin von Nostitz-Ranten**. Großmutter Ursula muss auf der Flucht Schweres erlebt haben, denn einer ihrer vier Söhne, **Ulrich**, ging ihr in dem Chaos verloren. Auch das Schicksal eines weiteren Sohnes, **Hubertus**, ist tragisch: Er soll 1945 auf dem Gut verhungert sein. Die Flucht überstanden die beiden anderen Söhne **Conrad** und **Wolfgang**, Vater von Peter Ackermann, †2002. Ursula hat nach dem Krieg in Schwerin den Baustoffhändler **Bruno Fink** geheiratet.

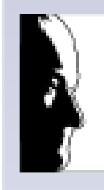
Es ist schon eine besondere Familiensaga, die der Enkel da aufzeichnet. Und die er ergänzen möchte mit weiteren Informationen über das Gut Friedrichswalde und die mit ihm verbundenen Personen. Vielleicht leben noch Angehörige der Familien, die auf dem Gut gearbeitet haben, in dem es sechs Insthäuser beziehungsweise Wohnungen gab. Einige Namen kann Peter Ackermann nennen, die ihm aus Erzählungen vertraut sind, wie den der Schweizerfamilie **Schikowski** oder des Kindermädchens, Frau **Neumann**. Die Lebensgefährtin seines Großvaters war die Tochter des Futtermittelhändlers **Wierstbitzky** aus Cranz. Das Nachbargut Wargenau gehörte der Familie **Köstlin**, deren jüngste Tochter die spätere **Beate Uhse** war. Herr Ackermann würde sich sehr freuen, wenn er Meldungen bekäme, vor allem über das Schicksal seines Großvaters. (Mobiltelefon 152-53773311, E-Mail: peterackermann2@gmx.de)

Aber die Erinnerung an meine Lesungen zum Muttertag in Uetersen wäre unvollständig, wenn ich nicht ein Gedicht erwähne, das ich – auch auf Wunsch mancher Zuhörer – oft gelesen habe. Es stammt von **Fritz Audirsch**, Lehrer im Kreis Angerburg, einer der stillen Poeten im Lande, der sich ganz seiner geliebten Heimat Ostpreußen verschrieben hatte im wahrsten Sinne des Wortes. Sein schlichtes Muttergedicht ist von einer Wärme und Innigkeit, die uns noch heute berührt, es vermittelt Geborgenheit, so wie wir dieses Behütetsein als Kind empfunden hatten Deshalb will ich mit den beiden ersten Versen unsere heutige Kolumne beenden:

Wenn die Sterne aus dem blauen Abendhimmel auf uns sah'n
fühlten wir der Mutter Nah'n,
sah'n sie an der Pforte auf uns schauen,
Da entschwand, was wir mit Lust getan, kam ihr Ruf zu uns wie warmes Wehen:
„Es ist Zeit, ihr müsst nun schlafen gehen!"
Strich sie mit der Hand, der arbeitsharten, sanft uns aus der Stirn das Haar,
die noch heiß vom Spielen war:
Fremd und wie verwandelt lag der Garten,
dunkel drohte Unheil und Gefahr. Doch bei ihr, was konnte uns geschehen?
„Es ist Zeit, ihr müsst nun gehen!"

Eure

Ruth Geede





Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Arbeiten an der Wurzel

Das Schlesische Museum in der geteilten Stadt Görlitz feiert »doppelten Geburtstag«

Das Schlesische Museum zu Görlitz hat vergangenen Monat gleich zwei Jubiläen feiern können. Vor zehn Jahren wurde es eröffnet. Seine Gründung hat das Museum der Stiftung Schlesisches Museum zu verdanken, die wiederum zehn Jahre zuvor gegründet worden war.

In der Grenzregion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen ist die Einrichtung am ehesten mit dem Pommerschen Landesmuseum in Greifswald zu vergleichen. Beide Museen sind in den bundesdeutschen Restgebieten ihrer jeweiligen Region ansässig und bilden den wissenschaftlichen Kristallisationspunkt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb von Pommern (Greifswald) oder eben Schlesien (Görlitz).

Der Leiter des Schlesischen Museums zu Görlitz, Markus Bauer, ist vor allem darauf stolz, dass sein Haus trotz des geringen Alters in Sachen Malerei und Skulptur aus dem frühen 20. Jahrhunderts stark besetzt ist. Aber auch frühneuzeitliches barockes Glas und Goldschmiedearbeiten sind starke Pfeiler der Sammlung. Bauer legt Wert auf die Feststellung, dass er mit seinem Museum ein fester Kooperationspartner für Partnereinrichtungen in der Republik Polen oder dem schlesischen Teil Tschechiens um Troppau geworden ist. Besonderes Aufsehen erregte bislang die Ausstellung über den „Adel in Schlesien", die neben Görlitz auch in Liegnitz gezeigt wurde. Aktuell bereitet Bauer mit dem Riesengebirgsmuseum in Hirschberg eine Ausstellung über barockes Glas aus Schlesien vor.

Das Museum war bereits in den 70er Jahren im Patenland Schlesiens – Niedersachsen – angedacht. Mit der sogenannten Wende von 1989/90 trieb Herbert Hupka die Idee des Standortes Görlitz erfolgreich voran. Das Engagement des legendären Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien schien am diesjährigen 16. April, dem Tag der Feierlichkeiten anlässlich des zehnten Gründungsjubiläums, jedoch vergessen zu sein.

Herbert Hupkas Rolle blieb ungewürdigt

Der ehemalige Bundestagsreferent Hupkas und heutige Herausgeber der Monatsschrift „Schlesien heute", Alfred Theisen, betont dazu: „Hupka war es doch gelungen, die Regierung Kohl für die Unterstützung des Vorhabens zu gewinnen. Darauf schloss sich auch die sächsische Staatsregierung unter Kurt Biedenkopf dem Anliegen an."

Das Versäumnis des Erinnerns an Hupka trifft in erster Linie die politischen Grußwortgeber, denn Bauer kann man keinerlei Verbiegungen nachsagen. „Ich wurde in Studienzeiten oft schief angesehen, dass ich mich mit Schlesien beschäftigt habe. Doch das war einfach aus der Erkenntnis, dass es sonst niemand tut", sagt der pragmatische Hesse ohne familiäre Wurzeln in der Region und analysiert zur heutigen Situation: „Heute denkt man vorwiegend an die Verflechtung von Deutschem und Polnischem in der Region. Historisch muss das Land aber aus dem langen Gegensatz zwischen Preußen und Habsburg gedacht werden, denn nirgendwo sonst in Europa hat sich das Katholisch-mediterrane und zugleich Imperiale so direkt mit dem Rationalen, dem Protestantischen produktiv gerieben."

Seine eigene Note möchte er nicht zuletzt dadurch einbringen, dass auch auf die Nachkriegsgeschichte der Region eingegangen wird. Das Museum habe viele Besucher von jenseits der wenige Meter entfernten Grenze und die Zäsur von 1945 nehme dem gemeinsamen Erleben des Kulturraums oft den Fluss.

Am Rande der Feierlichkeiten wurde das Geheimnis um den diesjährigen polnischen Preisträger des Kulturpreises Schlesien gelüftet. Die Leiterin des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Agnetendorf [Jagniatkow] im Riesengebirge, Julita Izabela Zaprucka, wird den Preis erhalten. Zur Feier in Görlitz präsentierte sie ein in der deutschen Mundart Schlesiens selbstverfasstes Gedicht.

Wenn man Indiskretionen am Rande der Feierlichkeiten Glauben schenken darf, soll der zweite, an einen Deutschen vergebene Preis an die Vorsitzende der Deutschen in der diesjährigen Kulturhauptstadt Europas, Renate Zajaczkowska, gehen, die auch Bernard Gaidas Stellvertreterin als Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), der Dachorganisation der Deutschen Minderheit in der Republik Polen mit Sitz in Oppeln, ist. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab es für die Preisvergabe an sie jedoch noch keine Bestätigung. Die Deutschen in Breslau haben die Kulturhauptstadt-Feierlichkeiten in diesem Jahr zum Anlass genommen, den 1927 entstandenen Film „Die Weber" nach Gerhart Hauptmann zu vertonen und das Buch „Wurzelkinder" der Ostpreußin Sibylle von Olfers ins Polnische zu übersetzen. Ein Zusammenhang dieser Projekte mit der mutmaßlichen Preisvergabe liegt nahe. *Edmund Pander*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Faust, Emma, geb. **Janzon**, aus Waldheide, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Blumenreiter, Senta, geb. **Litty**, aus Seehuben, Kreis Schloßberg, am 9. Mai
Tabatt, Erna, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Harder, Gerda, geb. **Meschonat**, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 11. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Seestädt, Franz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Panzer, Gerda, geb. **Sallowsky**, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Schröder, Veronika, geb. **Arndt**, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 9. Mai
Sedlak, Liesbeth, geb. **Bürger**, aus Wohnen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai
Theiß, Hedwig, geb. **Wisotzki**, aus Lyck, Morgenstraße 22, am 7. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartels, Hedwig, geb. **Will**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Benz, Hildegard, geb. **Laurin**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Datzko, Käthe, geb. **Kasperowski**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Müller, Frieda, geb. **Freitag**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 8. Mai
Patz, Auguste, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Stramowski, Eva, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Winter, Hildegard, geb. **Klein**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 8. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czerwonka, Gertrud, aus Lyck, v. Linsingen-Straße 9, am 9. Mai
Deimann, Hanna, geb. **Wiede**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Grzyb, Irmgard, geb. **Pauleit**, aus Hovhdünen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Hansen, Erika, geb. **Assmann**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
Krueger, Hildegard, geb. **Pukropski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Olschewski, Otto, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Quassowsky, Ilse, geb. **Conrad**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
von Vollard-Bockelberg, Gisela, aus Pillau, am 6. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Aron, Paul, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 10. Mai
Funk, Agnes, geb. **Przygodda**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Mayer, Elfriede, geb. **Sbrzesny**, aus Lyck, am 12. Mai
Nickel, Waltraut, geb. **Fernitz**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 10. Mai
Scherping, Hildegard, geb. **Ruschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borawski, Herbert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Brassus, Doris, aus Babken, Kreis Treuburg, am 12. Mai
Jopp, Ewald, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai
Kaczinski, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Kruschinski, Else, geb. **Lyhs**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Lemke, Hildegard, geb. **Schirmer**, aus Teichacker, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Müller, Elfriede, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai
Müller, Lieselotte, geb. **Voigt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
Parsczenski, Johanna, geb. **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Pörschke, Johannes, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. Mai
Ruttens, Ilse, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai
Schillgalies, Fritz, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Skubich, Irene, geb. **Mörer**, aus Balow/Ludwigslust, Kreis Lyck, am 9. Mai
Staklies, Waltraut, geb. **Neumann**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 9. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bastek, Gertrud, geb. **Piotrowski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Burdina, Grete, geb. **Grzanna**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Christner, Edith, geb. **Knoch**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Mai
Fabritz, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 6. Mai
Fischer, Elsa, geb. **Godau**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Grallert, Hildegard, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. Mai
Jösten, Brigitte, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Mai
Köhler, Waltraud, geb. **Jurkscheit**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Küsener, Erna, geb. **Sotzek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Maguhn, Kurt, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Peters, Helgard, geb. **Schneidereit**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Rosinski, Christel, geb. **Meyer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai
Statz, Edith, geb. **Maserath**, aus Lötzen, am 12. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balz, Lieselotte, geb. **Kolossa**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Mai
Bartsch, Kurt, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 6. Mai
Block, Traute, geb. **Usko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Bromberg, Johannes, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 11. Mai
Dinges, Herta, geb. **Gindler**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai
Gädeke, Peter, aus Nadrau, Kreis Samland, am 6. Mai
Golembiewski, Alfred, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Gronau, Joachim, aus Rauschen, Kreis Samland, am 6. Mai
Kaczmarek, Waltraut, geb. **Luckau**, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Kock, Dietrich, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 12. Mai
Kobus, Fritz, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 28. April
Krause, Waltraut, geb. **Störmer**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 6. Mai
Kullak, Edith, geb. **Reck**, aus Treuburg, am 7. Mai
Kuschka, Dora, geb. **Eggert**, aus Caspershöfen, Kreis Samland, am 8. Mai
Melion, Inge, geb. **Krupka**, aus Waldsee, Kreis Ortelsburg, am 11. Mai
Milewski, Heinz, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Riemke, Fritz, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
Saschek, Ruth, geb. **Lenz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Schulz, Horst, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 8. Mai
Schulz, Ingrid, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 8. Mai
Schumann, Gerda, geb. **Dank**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Sturm, Margot, geb. **Riemann**, aus Ortelsburg, am 8. Mai
Tarrach, Kurt,. aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Thiemann, Anneliese, geb. **Moos**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Wagner, Klaus, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 11. Mai
Wasserberg, Helga, geb. **Zeier**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Wedtke, Ursula, geb. **Gehder**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 6. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Inge, geb. **Patzinski**, aus Lyck, am 11. Mai
Boguschews, Klaus-Dieter, aus Treuburg, am 12. Mai
Briese, Renate, geb. **Ewert**, aus Lötzen, am 8. Mai
Cohrs, Erika, geb. **Gennies/Wilkanowski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Mai
Dauter, Siegfried, aus Pillau, Kreis Samland, am 10. Mai
Debler, Lothar, aus Wehlau, am 12. Mai
Kelch, Dietmar, aus Lyck, am 10. Mai
Keller, Käthe, geb. **Wallis**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Kremer-Jung, Anneliese, geb. **Klemenswalde**, Kreis Elchniederung, am 9. Mai
Kröncke, Erika, geb. **Budnick**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 10. Mai
Kutzko, Margit, geb. **Schobert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 8. Mai
Labrenz, Ingrid, geb. **Reinoß**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 6. Mai
Ley, Arthur, am 9. Mai
Makowka, Helmut, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Masuch, Rautgunde, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Müller, Elli, geb. **Schibath**, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 11. Mai
Ocklenburg, Adelheid, geb. **Malessa**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 11. Mai
Nowak, Ruth, geb. **Lasogga**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 9. Mai
Patz, Günter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Paustian, Ilse, geb. **Petermann**, aus Nöttnicken, Kreis Samland, am 10. Mai
Pieniak, Heinrich, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 6. Mai
Raub, Dorothea, geb. **Schweiger**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 10. Mai
Rekowski, Margarete, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 10. Mai
Salzbrunn; Eleonore, geb. **Olbrisch**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 8. Mai
Scheumann, Irmgard, aus Talken, Kreis Lötzen, am 7. Mai
Schroff, Elfriede, geb. **Kopka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Mai
Töpfer, Günter, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 11. Mai
Uhlich, Hans-Georg, aus Königsberg, am 7. Mai
Wyrwa, Helga, geb. **Torner**, aus Peyse, Kreis Samland, am 6. Mai
Ziemba, Lothar, aus Lyck, am 9. Mai
Zimmermann, Silvia, geb. **Schwerdt**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 7. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bander, Christel, geb. **Junga**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Fehlberg, Peter, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 8. Mai
Günther, Gisela, geb. **Awiszus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Loch, Günter, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai
Meister, Christa, geb. **Kischlat**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Neumann, Erika, geb. **Kompa**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Packheiser, Erich, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Stattaus, Helmut, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 11. Mai
Streich, Armin, aus Angertal, am 14. Mai
Volprecht, Wolfgang, aus Wehlau, am 7. Mai



Lichtenstein, Eduard, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Edeltraud, am 12. Mai

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2016

13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017

1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 7. Mai, 15.20 Uhr, Einsfestival: Der kleine Nick. Komödie, F 2009.
Sonnabend, 7. Mai, 17.55 Uhr, RTL II: Die Queen. Drama über das Krisenmanagement nach Dianas Tod, GB/F/I 2006.
Sonnabend, 7. Mai, 20.15 Uhr, Das Erste: Der Untergang. Historiendrama über Adolf Hitlers Ende, D 2004.
Sonnabend, 7. Mai, 21.02 Uhr, Tagesschau 24: Im toten Winkel – Hitlers Sekretärin. Dokumentarfilm, A 2002.
Sonnabend, 7. Mai, 22.20 Uhr, RIC: Das Massaker von Katyn. Kriegsdrama, PL 2007.
Sonnabend, 7. Mai, 22.30 Uhr, Phoenix: Fritz Bauer – Tod auf Raten. Dokumentation, D 2010.
Sonnabend, 7. Mai, 3.45 Uhr, 3sat: Hitlers Verbündete. Dokumentation, D 2009.
Sonntag, 8. Mai, 0.30 Uhr, ZDFinfo: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg.
Sonntag, 8. Mai, 1.40 Uhr, 3sat; Vater blieb im Krieg – Kindheit ohne Vater nach dem Zweiten Weltkrieg. Dokumentation, D 2012.
Sonntag, 8. Mai, 2.55 Uhr, 3sat; Kindheit in Baracken. Dokumentation, D 2012.
Sonntag, 8. Mai, 3.40 Uhr, 3sat; Wiederaufbau und Wirtschaftswunder. Dokumentation, D 2009.
Montag, 9. Mai, 20.15 Uhr, BR: Sisis Vater – Herzog Max in Bayern. Dokumentation, D 2015.
Montag, 9. Mai, 22.30 Uhr, 3sat: Die Kirche und das Geld – Was passiert mit den Kirchenmilliarden? Dokumentation, D 2016.
Dienstag, 10. Mai, 21.55 Uhr, Arte: Stalins Rache: Die Angst der Sieger vor der Heimkehr. Dokumentation, D 2015.
Donnerstag, 12. Mai, 21 Uhr, NDR: Polen entdecken! (1): Der Süden. Dokumentation, D 2014.
Freitag, 13. Mai, 16.05 Uhr, N24: F-104 „Starfighter" – Sternenjäger oder Witwenmacher?

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

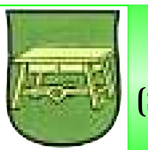
Trauern um Carl Traut

Am 16. März verstarb nach langer Krankheit Dr. Carl Kraut aus Rotenburg (Wümme) im Alter von 85 Jahren. Von 1968 bis 2001 gehörte er ununterbrochen dem Kreistag des Landkreises Rotenburg und von 1986 bis 2001 dem Rat der Stadt Rotenburg an. Hervorzuheben ist dabei sein soziales Engagement in diesen Gremien. Stets hat er sich auch für die Patenschaft des Landkreises mit dem ostpreußischen Kreis Angerburg eingesetzt. Mehrfach hat Carl Kraut Angerburg (Wegorzewo) besucht, um sich einen persönlichen Eindruck von der sozialen Situation vor Ort zu verschaffen. Für die Ausstattung des Versammlungsraumes der Deutschen Gesellschaft Mauersee in Angerburg hat Carl Kraut die nötigen Finanzmittel beschafft. Er nahm großen Anteil an der Entwicklung unserer Kreisgemeinschaft und war regelmäßiger Besucher unserer Veranstaltungen.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg hat Carl Kraut viel zu verdanken und wird ihn stets in dankbarer Erinnerung behalten.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter

Alle auf den Seiten »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht einer Einverständniserklärung!



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Busreise nach Pillkallen

18. bis 24. Mai: Busreise zur 500-Jahr-Gründungsfeier von Pillkallen-Schloßberg. Ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten. Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Texeln und Gurnen

22. bis 23. Mai, Magdeburg: Treffen der Texler und der Heimatfreunde benachbarter Orte im Classic-Hotel, Leipziger Chaussee 141, 39120 Magdeburg, Telefon (0391) 62900, E-Mail: info@classik-hotel.de. Anmeldung: bis zum 31. März unter dem Stichwort „Texeln-Treffen" direkt im Hotel. Informationen: Rudolf Schmidt, Steindamm 82, 25337 Elmshorn, Telefon (04121) 74720, E-Mail: r.schmidt82@t-online.de

22. bis 25. Mai, Grimma: Kirchspieltreffen Gurnen im Hotel „Kloster Nimbschen" in Grimma bei Leipzig. Informationen: Erika Dietz, Telefon (02324) 74025.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagssitzung

Am 23. und 24 April fand die Kreistagssitzung (Gesamtvorstand) 2016 der Kreisgemeinschaft statt. Geleitet wurde die Sitzung in bewährter Form von der Kreisvertreterin Elke Ruhnke. Gemeinsam wurden der Zustand der Kreisgemeinschaft analysiert und Pläne für eine erfolgreiche Zukunft gefasst.

Kreisvertreterin Ruhnke und ihre Vorstandskollegen berichteten über ihre umfangreiche Arbeit des letzten Jahres. In diesem Rahmen berichtete Kassenwart Joachim Ruhnau über seine Kontakte nach Groß Rödersdorf (Novoselovo). Hier ist von russischer Seite ein Museum in einer ehemaligen Schule geplant.

Nach dem Bericht der Kassenprüfer erfolgte die Entlastung des Vorstandes. Weitere Tagesordnungspunkte waren die Zukunftssicherung der Kreisgemeinschaft, Berichte aus den Kirchspielen, das Heimatblatt, das Kreistreffen 2016 und weitere wichtige Belange.

Erfreulich war, daß Günter Neumann-Holbeck, Kirchspielvertreter von Balga, seine Nachfolgerin vorstellen konnte: Regina Holweger (Jahrgang 1962). Ihre Familie kommt aus Follendorf. Regina Holweger soll die Kirchspielvertretung bis zur Wahl durch die Mitgliederversammlung kommissarisch führen. Es wurde auch über Möglichkeiten der Förderung des Museumsprojektes in Heiligenbeil diskutiert. Geplant ist, beim nächsten Kreistreffen gezielt dafür zu sammeln. Beendet wurde die arbeitsreiche Kreistagssitzung mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied.



Seit sieben Jahren im Amt und 50 Jahre jung: Heiligenbeils Kreisvertreterin Elke Ruhnke Bild: privat

Runder Geburtstag

Am 15. April hat unsere Kreisvertreterin ihren 50. Geburtstag gefeiert. Da muß gratuliert werden!

Elke Ruhnke erblickte am 15. April 1966 das Licht der Welt. Ihre Eltern waren Bruno Schweitzer aus Schönlinde, langjähriger KSP-Vertreter des Kirchspiels Eisenberg, und Annemarie, geborene Schemmerling aus Hohenfürst, langjährige KSP-Vertreterin des Kirchspiels Hohenfürst. So ist Elke quasi in die Kreisgemeinschaft hineingewachsen. Seit dem 31. Dezember 2005 leitet Elke Ruhnke das Kirchspiel Hohenfürst und sie hat seit Beginn des Jahres auch noch die Vertretung des Kirchspieles Eisenberg übernommen, nachdem die bisherige Kirchspielvertreterin ihr Amt aufgegeben hatte. Elke Ruhnke hat ihr Amt als Kreisvertreterin im März 2009 angetreten. Sie hat damals Verantwortung für unsere Gemeinschaft übernommen und Schaden von uns abgewehrt. In ihrer lebendigen Art führt sie die Kreisgemeinschaft auf guten Wegen. Dafür, liebe Elke, habe Dank! Wir wünschen Dir für Deine Arbeit in der Kreisgemeinschaft, für Deine Familie und für Dich persönlich viel Kraft, Freude und Gottes Segen!

Christian Perbandt, Erster Stellvertreter, für den Vorstand der Kreisgemeinschaft

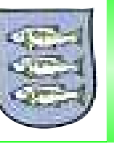


INSTERBURG – Stadt und Land

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen in Helmstedt

Heimattreue Insterburger: 20. bis 22. Mai: Treffen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen bitte bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail ursel26@googlemail.com.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag und Ausstellung

Sonnabend, 21. Mai, ab 10 Uhr, Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Gelegenheit, die Sonderausstellung „Weite und Heimlichkeit – die Landschaft Masurens in Werken ostpreußischer Künstler" zu besuchen. Um 15.30 Uhr Beginn des Vortrags „60 Jahre Lötzener Heimatbrief". Ute Eichler, Betreuerin des Lötzener Kreisarchivs und der Heimatsammlung, stellt Bedeutendes, Ergreifendes, Heiteres und Besinnliches aus sechs Jahrzehnten vor. Der Eintritt ist frei.

Neues versucht!

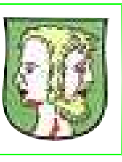
Auf Einladung der evangelisch-lutherischen Wichernkirche in Hamburg-Hamm waren Dieter und Ute Eichler dort zu Gast am letzten Donnerstag des April. Nicht zum ersten Mal haben sie dem Wunsch der verantwortlichen Organisatorin des „Kaisertreff", Uta Uderstadt, entsprochen, dieser regelmäßig monatlich stattfindenden Veranstaltungsreihe durch einen Vortrag einen besonderen inhaltlichen Akzent zu setzen. So wurden in den vergangenen Jahren beispielsweise Themen wie „Funde von Bernstein in der Unterhaltungsliteratur des 20. und 21. Jahrhunderts", „Das Werk des Schriftstellers Arno Surminski" (anläßlich seines 80. Geburtstages), „Der Elch – ein sagenhaftes Tier" abgehandelt oder die Dia-Vorträge über „Estland" oder „Masuren im Sommer" gezeigt.

Dieses Mal wurde ein Experiment verwirklicht, das aus der Überlegung entstanden war: Damit Menschen sich auf den Weg in das Lötzener Heimatmuseum nach Neumünster machen, muss zuerst das Museum zu den Menschen kommen. Neugier und Interesse zu wecken, Informationen zu geben, zu ermutigen und nahezubringen, dass der Besuch der Lötzener Einrichtung auch für diejenigen anregend sein kann, die familiengeschichtlich keinen Bezug zu Ostpreußen haben – das war die Absicht dieses Nachmittagsprogramms.

Mit einer kurzen Beschreibung des Standortes und der Geschichte des gewachsenen (und immer noch wachsenden) Sammlungsbestandes begann der Vortrag. Ehepaar Eichler hatte mit Überlegung drei Exponate aus der Dauerausstellung zur Geschichte von Stadt und Kreis Lötzen ausgewählt und mitgebracht. Mit jedem dieser drei Gegenstände, einem über einhundert Jahre alten Koffer, einem Reservistenkrug aus dem Jahr 1909 und einer filigranen Silberschale, verbinden sich ganz besondere Weg- und Bewahrgeschichten, die den aufmerksamen Zuhörern vorgetragen wurden. Das Staunen der rund 30 Anwesenden war besonders groß bei der „Lebens-Geschichte" des ramponierten alten Koffers, der „am eigenen Leib" deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts erfahren hat. Bei dem Bierkrug, der einmal dem Reservisten Sdunzig gehört hat, war es vor allem die Tatsache: Ein Kind findet 1945 in einem verlassenen, geplünderten Haus in Widminnen diesen Krug auf dem Dachboden und macht ihn zum Begleiter seines Lebens – bis er ihn in 2012 dem Lötzener Museum als Geschenk anvertraut, mit der dazugehörigen Geschichte. Ganz anders ist die Geschichte der Silberschale ausgerichtet: Sie erinnert an das Wirken eines Menschen, an Robert Aßmann und die zwei Jahrzehnte seines Tätigseins in Lötzen (1925 – 1945). Der Pfarrer der evangelischen Gemeinde und seine Frau bekamen diese Schale zu ihrer Silberhochzeit 1929 von der dankbaren Kirchengemeinde geschenkt.

Mit einer Kurzvorstellung des aktuellen Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramms, das am Standort der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster angeboten wird, endeten die Vortragenden. Vom ausgelegten Informationsmaterial zum Mitnehmen (auch über Lötzen) wurde reichlich Gebrauch gemacht. Vor der im Raum ausgehängten Ostpreußenkarte entwickelte sich noch manches Gespräch zu Detailfragen.

Ute Eichler



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord in Lübeck

Das Lycker Regionaltreffen 2016 fand am Sonntag, den 24. April erstmals nach vielen Jahren in einer neuen Umgebung statt, es wurde das Restaurant „Zum Tucher", Am Burgfeld 1, in Lübeck gewählt. Dort versammelten sich 36 Personen, die der Einladung von Heidi Mader gefolgt waren.

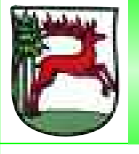
Das gut organisierte Zusammentreffen begann mit dem Glockenläuten der Lycker Kirche, gefolgt von Begrüßungsworten und der Bekanntgabe des organisatorischen Ablaufes. Grußworte der Kreisgemeinschaft überbrachte der aus Göttingen angereiste stellvertretende Kreisvertreter Dieter-J. Czudnochowski. Nach dem Abhalten der Totenehrung für die verstorbenen Landsleute stellte sich das Vorstandsmitglied den Anwesenden persönlich vor und zeigte die einzelnen Aufgabenbereiche der Kreisausschuss-Mitglieder auf. Sehr aufmerksam folgten die Zuhörer seinem interessant vorgetragenen Bericht zur umfangreichen Abwicklung der Glückwunschdatei. Auch einige Dankesschreiben hatte er dabei und trug sie vor. Mit dem Ausrichten der persönlichen Grüße unserer Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und dem Verlesen ihres Tätigkeitsberichtes, schloss er seine Informationen mit einem nachträglichen Hinweis, zum letzten Seminar in Göttingen, ab. Ziel ist es, eine Dokumentation bis zum Hauptkreistreffen in Hagen fertigzustellen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

Anschließend gab Michael Mader einen Überblick des Buchbestandes bekannt und Elimar Labusch referierte über die momentanen Aktivitäten des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Heidi Mader erwähnte die vergangenen Aktionen des letzten Jahres der Mittleren Generation und stellte die zukünftigen Termine vor. Mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes wurde der offizielle Teil des Treffens beendet. Nach einem schmackhaften Mittagessen gab es genug Zeit zum Plachandern und Schabbern. Einstimmigkeit herrschte bei allen Teilnehmern für das Beibehalten dieser Tagungsstätte, alle waren sehr zufrieden und freuten sich über das familiäre, harmonisch abgelaufene Jahrestreffen.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Kirchspieltreffen

7. Mai, Herne: Kirchspieltreffen Willenberg sowie der Landbezirke 06 (Großalbrechtsort, Groß Dankheim), 07 (Großheidenau, Kannwiesen), 08 (Kobulten, Steinhöhe), 11 (Malschöwen, Mensguth, Rummau) im Kulturzentrum Herne.

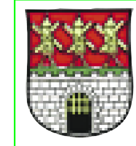


OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen

22. Mai, Hamm-Westtünnen, Von-Thünen-Halle: Regionaltreffen.



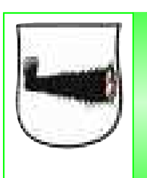
SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Noch Plätze im Ferienlager frei

Wie schon seit 25 Jahren führt die Kreisgemeinschaft in Verbindungmit dem Landkreis Harburg auch in diesem Jahr wieder ein deutsch-russisches Ferienlager vom 10. bis 23. Juli in der Jugendherberge Otterndorf, Kreis Cuxhaven, durch. Daran teilnehmen werden Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren aus Deutschland und aus dem Königsberger Gebiet.

Neben vielen Freizeitaktivitäten wie Sport (Wasserski, schwimmen, Ballspiele) Moorbahnfahrt, Heidepark, Basteln steht das Wissen um Ostpreußen auf dem Programm. Tänze und Lieder werden auch während dieser zwei Wochen nicht zu kurz kommen. Bei einem Abschlussnachmittag werden kleine musikalische Darbietungen vorgetragen; ebenso Sketsche und Tänze. Der Teilnehmerbeitrag liegt bei 240 Euro. Anmeldungen und weitere Informationen bei: Norbert Schattauer, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Stinthengst-Wasserung

14. Mai, Remscheid: Stinthengstwasserung. Die traditionelle Veranstaltung findet um 15 Uhr am Stadtparkteich beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133, statt.

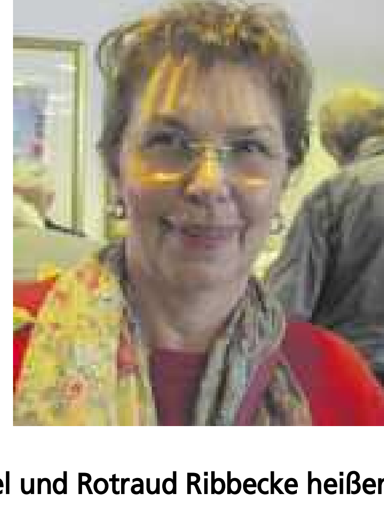


TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Zwei neue Kreistagsmitglieder

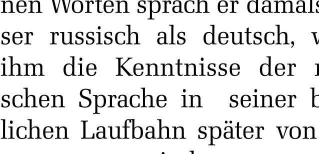
Gleich zwei neue Kreistagsmitglieder konnte Kreisvertreter Dieter Neukamm während der jüngsten Kreistagssitzung in Gera vorstellen: Rotraud Ribbecke aus Potsdam übernimmt die Vertretung des Kirchspiels Schillen und Karl Heinrich Hamel aus Kronshagen ist künftig für das Archiv der Kreisgemeinschaft in Preetz zuständig. Die Anschriften und Telefonnummern der beiden neuen Mitglieder können im Bedarfsfall vom Geschäftsführer Winfried Knocks mitgeteilt werden. Dieter Neukamm äußerte sich erfreut darüber, dass nach dem bedauerlichen Tod von Walter Klink diese wichtigen Funktionen wieder besetzt werden konnten. Der Kreisvertreter würdigte in diesem Zusammenhang die umfangreichen Leistungen, die Walter Klink für die Kreisgemeinschaft erbracht hat (die *PAZ* berichtete hierüber). Bezeichnend hierfür ist, dass Walter Klinks Aufgabenbereich auf drei Personen verteilt werden musste. Neben den beiden neuen Kreistagsmitgliedern hat auch der Geschäftsführer Teilbereiche übernommen.



Tilsit Ragnit: Karl Heinrich Hamel und Rotraud Ribbecke heißen die neuen Mitglieder des Kreistages Bilder: privat

Leider wurde auch ein Kreistagsmitglied verabschiedet: Renate Kunze aus Verden hat die Vertretung des Kirchspiels Königskirch aus beruflichen Gründen niedergelegt. Beruf und Kirchspielvertretung konnte Renate Kunze zeitlich nicht mehr vereinbaren. Sie versprach jedoch, der Kreisgemeinschaft treu zu bleiben.

Ein Leistungsträger der Kreisgemeinschaft wurde in diesem Jahr 80 Jahre alt: das Ehrenmitglied Hartmut Preuß! In bewegenden Worten schilderte die zuständige Kirchspielvertreterin Katharina Willemer die umfangreichen Verdienste des Jubilars, der als Kind auf einer Kolchose arbeiten musste und den die russische Besatzungsmacht erst 1948 in den Westen entließ. Nach seinen eigenen Worten sprach er damals besser russisch als deutsch, wobei ihm die Kenntnisse der russischen Sprache in seiner beruflichen Laufbahn später von Nutzen gewesen sind.



Über weitere Themen der Kreistagssitzung wird noch berichtet. *Winfried Knocks*

Liselotte Janzen Köppen †

Lieselotte Janzen Köppen, geboren am 6. Januar 1926 in Unter Eißeln an der Memel, gestorben am 9. Februar in Bad Bellingen, wurde fern ihrer Heimat zu Grabe getragen. Ihr Wirken für Ostpreußen und die Übernahme des Kirchspiels Großlenkenau, das sie einige Jahre erfolgreich betreut hat, wird für lange Zeit unvergessen bleiben.

Mit Lieselotte Janzen geht wieder ein Stück Zeitgeschichte von uns. Ihr erkennbarer, segensreicher Einsatz für die Heimatkreisgemeinschaft begann im Jahr 2000, als ihr – zunächst kommissarisch – die Betreuung des Kirchspiels Großlenkenau übertragen wurde. Zum Kirchspieltreffen am 1. und 2. Juni 2001 schrieb sie unter anderem in „Land an der Memel" diese für sie typischen Sätze: „Es war wunderschön, schon Wochen vorher erreichten mich Briefe und Anrufe; alle freuten sich, dass es nach achtjähriger Pause wieder ein Treffen in unserer Patengemeinde Heikendorf geben sollte."

In Bad Bellingen war sie seit vielen Jahren beheimatet und unterhielt dort erfolgreich ein Antiquitätsgeschäft. Wer Lieselotte Janzen näher kannte, bemerkte schnell, wie beliebt sie in der Stadt war. In der ihr eigenen intensiven Art und Weise setzte sie sich auch dort für die Belange des Ortes, speziell die des Kurbetriebes, ein. Wir werden Lieselotte Janzen noch lange in Erinnerung behalten. *Albrecht Dyck, Ehrenvorsitzender*

Hannemarie Schacht †

Aus der großen Familie der Ostpreußen verließ uns ein weiteres Mitglied der wenigen noch „Vorhandenen" aus der Erlebnisgeneration. Hannike, geboren am 13. Mai 1925 in Berneiten, gestorben am 5. März 2016 in Celle, ist kurz vor der Vollendung ihres 91. Lebensjahres von uns gegangen. Doch wirklich tot ist nur der, dessen Andenken erlischt. Die Verdienste, die sie sich um die Heimatkreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit erworben hat, können so lange nicht in Vergessenheit geraten, bis wir einmal den gleichen Weg gehen werden, den Weg, der uns allen vorgezeichnet ist.

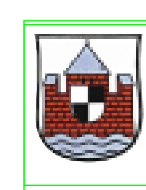
Das lange verwaiste Kirchspiel Tilsit-Land konnte dank Hannemarie Schacht 1993 wieder besetzt werden, nachdem wir sie zur Mitarbeit gewinnen konnten. Seit dieser Zeit arbeitete Hannike nicht nur sehr erfolgreich als Vertreterin ihres Kirchspiels, sondern sie war auch mit großem Einsatz für die jetzt in ihrer Heimat lebenden Neubürger tätig. Unzählige Fahrten, vollbepackt mit humanitärer Hilfe, wurden nach der Wende in das Land ihrer Väter gemacht.

Altenheime, Krankenhäuser und Kinderstationen profitierten von ihrem unermüdlichen Einsatz, der allerdings ohne die tatkräftige Unterstützung ihrer zweiten Hälfte, ihres Ehemannes Walter, in dieser intensiven Weise nicht möglich gewesen wäre.

Hannemarie Schacht wurde für die Verdienste um ihre Heimat Ostpreußen 1998 mit der silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.



Die Tilsiter Stadtvertretung in Gera. Sitzend (v.l.): Erwin Feige, Hans Dzieran, Manfred Gesien, Siegfried Dannath-Grabs. Stehend (v.l.): Ingolf Koehler, Sebastian Holzner, Eitel Hölzler, Valentina Manthey, Norbert Subroweit, Manfred Urbschat, Irmgard Steffen, Gerhard Pfiel, Vera Jawtusch, Cornelia Fiedler, Günter Balschuweit Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Jahresversammlung der Stadtvertretung

Am 22. April fand die Jahresversammlung der Tilsiter Stadtvertretung in Gera statt. Im Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden wurde hervorgehoben, dass die Erinnerung an Tilsit nicht nur gedanklich, sondern vor allem durch gemeinsame Projekte mit deutschen und russischen Institutionen wachgehalten wird. Als Beispiele wurden genannt der Abschluss einer „Vereinbarung über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinschaft Tilsit und dem Museum für Stadtgeschichte Sovetsk", die Neuauflage des Bildbands „Tilsitskie Dominanty", die Herausgabe eines zweisprachigen Sammelbandes mit 40 Gedichten von Max von Schenkendorf und die Unterstützung des Kulturzentrums Ellingen bei der Herausgabe eines 30-seitigen zweisprachigen und reich illustrierten Katalogs als Begleitheft zur Ausstellung „Tilsit – Stadt ohne Gleichen", die am 31. März dieses Jahres in Königsberg eröffnet wurde und ab Mitte Juli in Tilsit zu sehen sein wird. Damit wird das Ziel verfolgt, die kulturhistorische Biografie unserer Vaterstadt in das gesellschaftliche Bewusstsein der deutschen und russischen Öffentlichkeit zu rücken. Die Stadtgemeinschaft Tilsit wird im Jahr 2016 die grenzüberschreitende Arbeit mit der Administration und dem Museum für Stadtgeschichte in Tilsit fortsetzen und ungeachtet

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

der derzeitigen außenpolitischen Spannungen einen Beitrag zur deutsch-russischen Völkerverständigung leisten.

Als sehr wichtig wird auch die Gewinnung von jungen Kandidaten aus der Bekenntnisgeneration gesehen, um die Stadtvertretung zu verjüngen. Auch wenn ordentliche Wahlen erst nach Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 2018 fällig sind, wurden schon jetzt Cornelia Fiedler und Norbert Subroweit für eine Nachwahl in die Stadtvertretung vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Ingolf Koehler schied auf eigenen Wunsch aus der Stadtvertretung aus und wurde mit einer Laudatio und der Ernennung zum Ehrenmitglied verabschiedet.

Nach den Berichten des Geschäftsführers, des Schatzmeisters und der Kassenprüfer erfolgte die Entlastung des Vorstands und des Schatzmeisters für die zurückliegende Berichtsperiode.

Tilsit rüstet sich Anfang September zum Stadtfest. Auch die „alten Tilsiter“ sind herzlich eingeladen. Die Stadtgemeinschaft Tilsit wird deshalb mit einem Sonderbus die Stadt am Memelstrom ansteuern, für einen mehrtägigen Aufenthalt Sorge tragen und die Möglichkeit nutzen, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

»Ein Marjellchen!«

Von einer heiter-melancholischen Begegnung im Supermarkt

Für Donnerstag früh um halb zehn war der Supermarkt im Süden Berlins brechend voll. Viele Handwerker, was hatten die hier zu suchen um die Zeit? Zum Glück keine Schlange vor der Leergutannahme. Nur eine kleine, weißhaarige Dame mit Rollator, die vergeblich versuchte, fünf Bierflaschen in den Automat zu befördern. Immer kamen sie wieder zurück. „Die hab ich hier gekauft, aber er nimmt sie nicht an.“ „Ich glaube, Sie müssen die Flaschen nur andersherum in den Schacht legen.“ Tatsächlich, jetzt ging es. Die alte Dame dankte mir überschwänglich, was ich bescheiden zurückwies. Dann war ich endlich dran und konnte die leeren Mineralwasserflaschen loswerden.

Am Gemüsestand traf ich die weißhaarige Dame wieder. „Würden Sie mir bitte nochmal helfen?“ Sie wies auf einen zehn Kilo Kartoffelsack. „Könnten Sie mir den auf den Rollator packen?“ „Natürlich, sehr gerne. Aber – Sie sind ja ein Marjellchen!“ – entfuhr es mir spontan. „Woher wissen Sie das?“ „Ich höre es!“ „Aber woher kennen Sie meinen Dialekt?“ „Den habe ich in meiner Kindheit oft gehört und mag ihn sehr gern.“ Wir tauschten herzliche Abschiedsworte und die kleine, weißhaarige Dame trippelte mit dem Rollator und ihren zehn Kilo Kartoffeln zur Kasse.

Mich überkam eine tiefe Freude und Heiterkeit, aber ich wurde auch etwas melancholisch. Wer hatte nicht alles ostpreußisch gesprochen in meiner Kindheit in den 1950 und 1960er Jahren, ja bis ins Erwachsenenalter: Meine erste Klassenlehrerin in der Volksschule, Fräulein Klenner aus dem Ermland, die stillvornehme Hilde Bradler aus Elbing und die ruppige Traudel Münker aus Insterburg, zwei Nachbarinnen aus den 1960er Jahren. Schließlich der unvergessene Herbert Senkowski aus Neu Vierzighufen (Nowe Włóki), der Mitte der 1970er unser Nachbar wurde. Einmal habe ich ihn morgens um sechs im Keller getroffen, um mein Fahrrad zu holen. In Anzug und weißem Hemd stand er mit dem Aschkasten an einem der metallenen Mülleimer und sagte: „Na, das war was jeworden, das janze Schottelsackchen mitten aufm Anzuch drauf!“ Herbert hat sich liebevoll um meine Eltern gekümmert, als sie in die Jahre gekommen waren, eine treue, goldene Seele. Auch schon gestorben, leider.

Meine Vorfahren kommen allesamt aus dem Münsterland und aus Ostwestfalen, wo ich geboren und zur Schule gegangen bin. Obwohl es mir niemand an der Wiege gesungen hat, habe ich als Schüler angefangen, Polnisch zu lernen, weil ich Danzig und Westpreußen mit eigenen Augen sehen wollte. Das habe ich auch erreicht und kenne Polen seit langen Jahren sehr gut, habe viele gute Freunde dort gefunden.

Nur die eine Region, in die es mich eigentlich am meisten zieht, meide ich: Warmia i Mazury, das südliche Ostpreußen. Es würde mir wohl – warum auch immer – das Herz brechen. Das alles kam in mir wieder in den Sinn durch die Begegnung mit der weißhaarigen, kleinen Dame an der Leergutannahme.

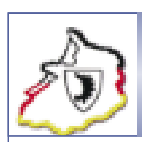
Ich habe mich heiter hingesetzt, um diesen Text zu schreiben. Heiter bin ich immer noch, aber es stehen mir auch Tränen in den Augen, denn so eine wunderbare Begegnung wie heute werde ich wohl kaum noch einmal haben.

Mirtan B. Hinreich

Bild: Colourbox

„Würden Sie mir bitte noch einmal helfen?“, fragte die weißhaarige Dame

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN




BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 19. Juni: Kleines Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen. Der BJO nimmt mit einem Infostand teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html




BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 23. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 7. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Maifest mit Kaffee und Kuchen, Steffies Band spielt Heimat- und Frühlingslieder.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 7. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 11. Mai, 15 Uhr, Café St. Barbara, Am Schloßberg: Nach einer gemütlichen Kaffeetafel dreht sich alles um das liebliches Fest im Frühjahr. Unter anderem wird es eine Lesung über ostpreußische Bräuche zu Pfingsten geben. „Heimatliche Worte“ werden außerdem zu hören sein.




BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Die Ausgabe 1/2016 des Preußen-Kuriers, der Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern, ist gerade erschienen. Unter www.low-bayern.de lässt er sich auch als PDF-Datei herunterladen.

Ansbach – Mittwoch., 18. Mai, 11 Uhr, Reitbahn, Markgrafenschloss: Einweihung des ersten Denkmals in der Bundesrepublik für Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568). Der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, wird anlässlich der Einweihung sprechen. Der Berchtesgadener Bildhauer Friedrich Schelle hat die Bronzestatue erschaffen. Finanziert wurde sie durch Spenden aus der Bevölkerung, darunter viele ost- und westpreußische Landsleute. Die Idee eines Denkmals für Herzog Albrecht entstand bei einer Reise der „Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach“ nach Ost- und Westpreußen im Jahr 2011.

Bamberg – Mittwoch, 18. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen.

Hof – Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Gemeinsames Treffen

Kitzingen – Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof,: Vortrag von Gustav Patz und Bericht über die Fahrt zur polnischen Ostseeküste.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

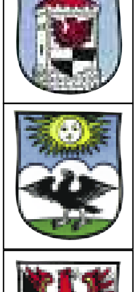


Bartenstein – Allgemeine Anfragen und Informationen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 11. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

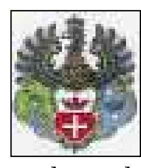
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



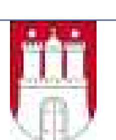
Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 19. Mai, Restaurant „Amera“ Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Gemeinsames Treffen unter dem Motto „Gedenken zum Muttertag“. Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Telefon (03987) 208082.



Rastenburg – Sonntag, 22. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826



Königsberg – Freitag, 20. Mai, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon 4944404



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN

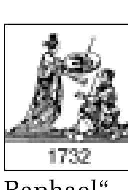



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de

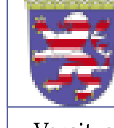


Elchniederung – Mittwoch, 25. Mai, 14 Uhr, Haus Lackemann, Litzowstieg 8: Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein mit fröhlichem Gesang und heiteren Erzählungen sowie Besprechung der sommerlichen Ausfahrt. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER



Hamburg/Schleswig-Holstein /Nordniedersachsen – Sonnabend, 7. Mai, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg: Gemeinsames Treffen. Das Programm: 1) Bericht über ein Seminar der LM Ostpreußen in Helmstedt, 2) „Zwischen Niedergang und Hoffnung“ – ein Vortrag über das Treffen zwischen Königin Luise und Napoleon 1807 in Tilsit.



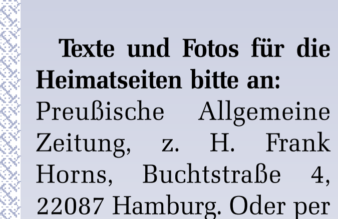
HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 9. Mai, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Der ehemalige hessische Kultus- und Justizminister Christean Wagner spricht beim Treffen der Kreisgruppe Wetzlar. Er wird zum Thema „Begegnungen mit meiner Geburtsstadt Königsberg“ einen Vortrag halten. Wagner, bis 2014 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag in Wiesbaden, wurde 1931 in Ostpreußen geboren. Noch heute ist er mit Königsberg verbunden. Von seinen Reisen in die Heimat wird Wagner mit Lichtbildern berichten. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Mittwoch, 11. Mai, 9 Uhr, Hauptbahnhof, Busbahnsteig 1 hinter der ARAL-Tankstelle: „Nostalgiefahrt“. Mit dem Bus geht es den Rhein entlang bis Rüdesheim, dort Auffahrt zum Niederwalddenkmal weiter über Lorch durch das idyllische Wispertal, zum Mittagessen in das Traditionshaus „Laukenmühle“. Der Tag klingt in Rauenthal mit einem herzhaften Imbiss und einem Schöppchen Wein aus. Der Fahrpreis beträgt 20 Euro pro Person. Anmeldung bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 – Donnerstag, 12. Mai, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch mit Maischolle. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte bis spätestens 6. Mai bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 anmelden. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Sonnabend, 21. Mai, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Tausend Silberkätzchen trägt der Weidenbaum“ – ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit, gestaltet von unserer Frauengruppe und Mitgliedern des Chors. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen.

Holzminden – Auch wenn die „kleine ostpreußische Familie“, wie die Vorsitzende Renate Bohn ihre Gruppe zärtlich nennt, immer kleiner wird, ist sie dankbar, dass sie immer noch jeden Monat zusammenkommt. „Es wäre schade, wenn mit altersgemäß schrumpfender Erlebnisgeneration über kurz oder lang die Zeitgeschichte zur Geschichte wird. Die Politik beschäftigt sich heute mit neuen Herausforderungen, die aber absolut nicht mit unserer Geschichte verglichen werden dürfen, wie man es immer wieder hört und liest. Wir haben nicht freiwillig unsere Heimat verlassen, wir wurden aus „unserem Paradies“ grausam vertrieben!

Im vergangenen Jahr musste sich die Gruppe von sechs Mitgliedern verabschieden. Die zahlenmäßig stärkste Altersgruppe ist verständlichrteridr die der 80- bis 90-Jährigen, fünf Mitglieder sind über 90. Aber auch bei den „etwas Jüngeren“ zwischen 70 und 80 Jahren braucht diese Gruppe sich zahlenmäßig nicht zu verstecken. Aus unterschiedlichen Gründen können nicht alle an den Veranstaltungen teilneh-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung Seite 18

men. Und Jüngere rücken nicht nach. Dennoch waren die Treffen im vergangenen Jahr recht gut besucht: das Königsberger Klops-Essen zum Jahresbeginn, der Vortrag des Zweiten Vorsitzenden, Günther Grigoleit, über das Thema „Rechts ist wertvoller als links“; im März ein Bildvortrag über die Geschichte der achteckigen Pfarrkirche in Rauterskirch von Hans Henke. Im Mai wurden Gedichte und Geschichten ostpreußischer Schriftsteller vorgetragen, eine Dame vom Seniorenservicebüro referierte über „Eigenständigkeit und Selbstbestimmung so lange wie möglich“.

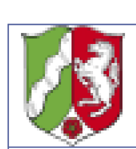
Die Tagesfahrt zum Küchenmuseum in Hannover kam bei allen gut an, ebenso die Fahrt nach Bielefeld zum Dr.-Oetker-Werk. Günther Grigoleit entführte die Gruppe bei einem Vortrag in die Heimat seiner Kindheit, mit einer „Reise ins Memelland“. Über die Heilwirkungen der Schüßler Salze berichtete eine Apothekerin. Am Ersten Advent wurde ein Film von den unterschiedlichen Weihnachtsbräuchen in Ostpreußen gezeigt. Am Dritten Advent fand die traditionelle Weihnachtsfeier statt mit vorausgehender besinnlicher Andacht von Pastor Günther Grigoleit. Die Vorsitzende dankte „ihrem Pastor“, der nun schon zum 38. Mal zur Verfügung stand (bis 2013 in der St. Paulikirche Altendorf, danach aus Rücksicht auf die Älteren im Restaurant „Felsenkeller“).

Ein Dank galt allen, die zum Gelingen der Veranstaltungen beigetragen haben, denn was wäre die Gruppe ohne interessierte Mitglieder. Im Vorstand kam es zu keiner Veränderung, die Kassenwartin Giesela Ehrenberg wird auch weiterhin die Dittchen verwalten und die Vorsitzende versprach, nach weiteren interessanten Themen Ausschau zu halten. Nach diesem offiziellen Teil zeigte die Vorsitzende einen Film über den Zauber der Jahreszeiten in Ostpreußen. Der Nachmittag wurde mit dem Ostpreußenlied beendet.

Vorschau auf den 13. Mai: Ein Imker besucht die Gruppe, um über sein „Handwerk“ und die faszinierende Welt der Bienen zu berichten, Am 24. Mai steht eine Tagesfahrt nach Halberstadt an.

Osnabrück – Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Mai, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo über „Deutsche und englische Flottenpolitik vor 100 Jahren“ referieren. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

– Vorankündigung –

Landesgruppe – Die Kulturveranstaltung der Landsmannschaften der Schlesier und Ostpreußen, Landesgruppen NRW, findet am 19. Juni auf Schloß Burg statt..

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Gäste sind herzlich willkommen.

Bielefeld – Donnerstag, 19. Mai, 15 Uhr, Kreisvereinigung der Ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.

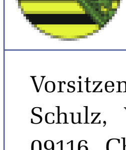
Dortmund – Montag, 23. Mai, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinschaftliches Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 10. Mai, 19 Uhr, GHH: „Mythos Stalin“ – Vortrag von Anna Kim. – Donnerstag, 12. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Flucht und Vertreibung bei Johann Wolfgang von Goethe“ – Vortrag von Professor Volkmar Hansen. – Freitag, 13. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 19. Mai, 8.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt nach Warendorf mit Besuch des Westpreußischen Landesmuseums. Donnerstag, 19. Mai, 19 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Montag, 23. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: Vortrag zum Thema „Das Jahr ohne Sommer 1816“.

Witten – Montag, 23. Mai, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Deutsche Lieder und Wanderlieder.

– Hinweis –

Die Redakteurin Susanne Schild der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) hat ein Treffen des Ortsverbandes besucht und eine Reportage geschrieben. „Jemietliche Kulturarbeit“ heißt der gelungene Artikel, in dem es besonders um die ostpreußische Mundart geht. Im Internet unter: www.derwesten.de/staedte/witten/jemietliche-kulturarbeit-id11749792.html.

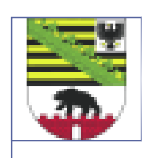


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 4. Juni, 10 Uhr (Einlass ab 9 Uhr), Saal des „Kleingartenvereins Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91–93, 04157 Leipzig: 4. Heimattreffen. Kulturelle Höhepunkte sind der Auftritt des „Ensemble Sonnenschein“, des „Männerchores Leipzig-Nord“ sowie von Rosa und Peter Wegelin. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Nähere Auskünfte: Eberhard Grashoff, Telefon: (0341) 9010730, E-Mail.: ebs.grashoff@web.de

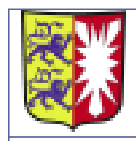
Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 7. Mai, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Flucht, Vertreibung und Integration stehen im Mittelpunkt dieses Nachmittages. Dazu werden Landsleute über ihre persönlichen Erlebnisse sprechen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 17. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 27. Mai, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

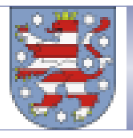
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 12. Mai. 8.30 Uhr, ZOB: Traditionelle Frühjahrsfahrt. Zunächst geht es in die „gläserne Molkerei“ in Dechow. Nach einer behindertengerechten Führung und einem Besuch des Hofladens geht es weiter nach Zarrentin am Schaalsee, wo alle im Fischhaus zu einem Stintessen erwartet werden (wer keinen Fisch mag, bekommt etwas anderes). Mitten im Naturschutzgebiet liegt das liebevoll restaurierte Fachwerkhaus direkt am See. Nach dem Essen heißt es dann „Willkommen im Biosphärenreservat Schaalsee“. Ein Parkwächter vom Förderverein Biosphäre Schaalsee wird bei einer Rundfahrt vieles zur Kultur und Geschichte der Mecklenburgischen Schaalseeregion erzählen und alle auf eine einmalige Landschaft einstimmen. Abgerundet wird dieser Tag mit einem gemütlichen Kaffeetrinken – natürlich auch mit Kuchen – im Landgasthof „Zur Mühle“ in Wittenburg. Die Fahrt kostet 45 Euro. Baldige Anmeldung bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Letztes Treffen vor der Sommerpause. Imker Olaf Grimm hält an diesem Nachmittag einen Dia - Vortrag über „Das laufende Jahr eines Imkers“. Gäste sind herzlich willkommen.

Neumünster – Mittwoch, 11. Mai, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Mit musikalischer Begleitung werden eine Fülle vertrauter Lieder gesungen und heitere Beiträge in heimatlichem Dialekt vorgetragen. Gäste sind willkommen.

Pinneberg – Sonnabend, 7. Mai, 8 Uhr: Tagesausflug mit dem Bus in die nahe Umgebung zusammen mit den Senioren der „Kirche am Fahlt“.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Schmalkalden – Donnerstag, 12. Mai, 14 Uhr, Club der Volkssolidarität: Heimatnachmittag der Gruppe Immanuel Kant.

Alterthums-Gesellschaft Prussia Königsberg i. P.

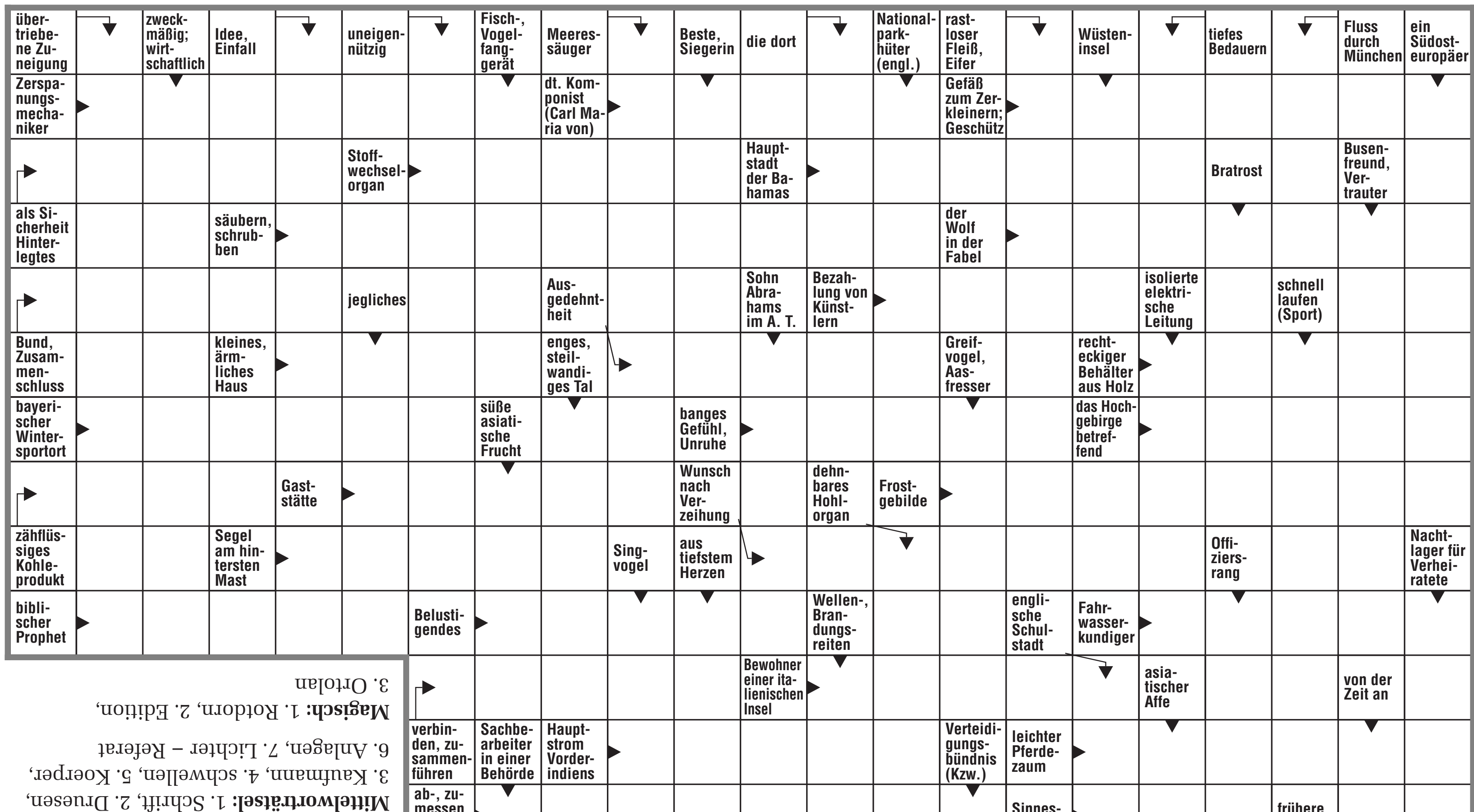
Vortrag

Duisburg – Sonnabend, 14. Mai, 10.30 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg, Johannes-Corputius-Platz 1 (Eingang Karmelplatz 5): „Friedrich Wilhelm IV. Er wollte das schöne Preußen“ – Vortrag von Ingo Sommer, Professor für Architekturgeschichte an der Universität Oldenburg und Mitglied der Preußischen Historischen Kommission in Berlin.

Der kostenfreie Vortrag findet im Rahmen einer Veranstaltung der Prussia, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens statt. Freunde der preußischen Geschichte sind ebenso willkommen wie architekturinteressierte Besucher.

Nach dem Vortrag ist zwischen 13 bis 14 Uhr ein Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss vorgesehen. Danach wird die Veranstaltung mit Beiträgen von Mitgliedern fortgesetzt. Joachim Ruhnau informiert über aktuelle Entwicklungen und persönliche Erfahrungen in Königsberg. Reinhard Grunenberg spricht über die Aktivitäten der Prußen-Stiftung Tolkemita. Um 15 Uhr beginnt die jährliche Mitgliederversammlung.

Fragen an: prussia.gesellschaft@googlemail.com.



Schüttelrätsel

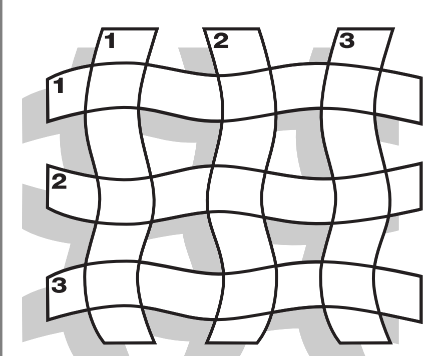
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

DIOPS · BEIS · AEHPS · EENSZ · BENO · AGLT · EELR · EOTZ · CHISW · AABDER · EELLNOPRS · BEOO · EEGN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für einen Vortrag; eine Abhandlung.

1	VOR		SATZ
2	TALG		FIEBER
3	BANK		SCHAFT
4	BAHN		ANGST
5	HOHL		GEWICHT
6	HAFEN		BAU
7	TEE		MEER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Zierstrauch, -baum
2 Buch-, Werkausgabe
3 Gartenammer

Kulturgut in Gefahr

Tagung zur Rettung von Heimatstuben

Beratung für die Betreiber ostdeutscher Heimatsammlungen bietet eine Tagung am 16. und 17. Juni im Haus Schlesien im nordrhein-westfälischen Königswinter. „Wege der Erhaltung und Vermittlung wertvollen Kulturgutes“ soll die Veranstaltung vorstellen sowie über museumstechnische Maßnahmen informieren und dem Erfahrungsaustausch dienen.

Derzeit gibt es in der Bundesrepublik über 500 Heimatsammlungen aus zwanzig ostdeutschen Regionen. Sie entstanden zunächst als soziale Begegnungsstätten, teilweise auch schon als kleine museale Einrichtungen. Flüchtlinge und Vertriebene bauten sie, parallel zu ihrem Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands, in jahrelangem ehrenamtlichen Engagement auf. Heute ist der Bestand vieler Heimatsammlungen oftmals akut bedroht, sei es durch zunehmende Raumkündigungen seitens der Kommunen aus finanziellen Gründen, sei es durch den rapiden Rückgang des Betreuungspersonals aus Altersgründen. Etliche Sammlungen wurden in den vergangenen Jahren bereits aufgelöst, ohne dass der Verbleib der Bestände bekannt ist.

Es gibt über 500 Heimatsammlungen

Ein Projekt der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zusammen mit dem Haus Schlesien soll dazu beitragen die Heimatsammlungen nachhaltig zu sichern. Es gilt, die Sammlungen nach Möglichkeit innerhalb der Kommunen, in denen sie in der Nachkriegszeit entstanden sind, zu erhalten, oder ihnen Wege zu weisen, ihre Bestände im Rahmen anderer Institutionen zu sichern und weiter fruchtbar zu machen. Dies soll durch Beratung vor Ort, Hilfe in Notfallsituationen, Unterstützung bei Inventarisierung, Archivierung, zeitgemäßer Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Weitere Informationen zur Tagung: Elke Wilming, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Kaiserstraße 113, 53113 Bonn, Telefon (0228) 915120, E-Mail: kulturstiftung@t-online.de. *PAZ*



Seltener Nachbau ostpreußischer Möbel in der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Schloßberg in Winsen Bild: Tanja Schröder

»Mit dem Pinsel nach außen«

Ein besonderes Jahr für Breslau findet auch im Kulturzentrum Haus Schlesien sein Echo

Breslau heißt die europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2016. Wenn einer schlesischen Metropole diese Ehre zu Teil wird, ist das auch im nordrhein-westfälischen Königswinter Anlass zu mannigfaltigen künstlerischen Aktivitäten. Im dortigen Haus Schlesien, dem Zentrum für Kultur und Geschichte der aus ihrer Heimat vertriebenen Schlesier, begleitet man das Kulturhauptstadtjahr der Metropole an der Oder mit mehreren Veranstaltungen. Es wird einen Fotowettbewerb, eine Fachtagung sowie eine Studienreise geben. Die Sonderausstellung „Junge Kunst aus Breslau“, die bis zum 14. August zu sehen sein wird, gehört ebenfalls dazu. Beispiele aus der dortigen Kunstszene zeigen das gegenwärtige Breslau, das sich als kultureller Motor der Region versteht. In der Ausstellung „Junge Kunst aus Breslau“ sind Malereien und Zeichnungen von Lukasz Morawski und Małgorzata Zukterowska zu sehen. Beide waren jüngst bei einem Künstlergespräch ins Haus Schlesien dabei. Der *PAZ* verriet die 1983 im oberschlesischen Kreuzburg [Kluczbork] geborene Wahl-Breslauerin Malgorzata Zukterowska, dass ihr reale Objekte, Landschaften und Gebäude als Ausgangspunkte und Inspirationsquellen dienen. Die auf den ersten Blick geometrisch wirkende Malerei lässt beim genaueren Hinsehen beispielsweise Kähne, Tiere oder Stillleben erkennen. „Diese farbenfrohen Bilder sind in mir drin, ich trage sie eigentlich nur mit dem Pinsel nach außen“, betonte die Künstlerin.

Der 1964 im oberschlesischen Hindenburg geborene Łukasz Morawski zeigt in der Ausstellung eine Auswahl seiner jüngsten Arbeiten. Mit 19 Jahren besuchte Morawski die Akademie der Künste in Breslau. Seit 1999 lehrt er dort als Dozent. Seine Bilder sind neoexpressionistisch. Malerisch interpretiert er die Natur, ohne mit ihrer Vollkommenheit konkurrieren zu wollen. „Blühender Apfelbaum“, „Meerlandschaft“ und „Atlantik“ sind die Titel einiger seiner Ölmalereien.

Anwesend bei der Begegnung im Haus Schlesien war auch der Breslauer Bildhauer Stanislaw Wysocki, manchen besser bekannt unter seinem Künstlernamen Stan Wys. Der 1949 in Lyck geborene Wysocki ist im Haus Schlesien ein gern gesehener Gast. Er setzt sich in seinem Werk mit der Stadt unter kulturhistorischen Gesichtspunkten auseinander. Neben einer Auswahl kleinformatiger Bronze-Skulpturen brachte er den „frohen Wandersmann“ Joseph Freiherr von Eichendorff wieder mit. Aus weißem Polyester gefertigt, ist es die Vorform eines Eichendorff-Denkmals aus Bronzeguss, das im Botanischen Garten in Breslau steht. Breits im letzten Jahr hatte Wys die Polyester-Skulptur im Rahmen einer eigenen Ausstellung in Königswinter gezeigt. Die Besucher waren so begeistert, dass sie nach dem Ende der Schau enttäuscht fragten, wo denn „der Eichendorff“ abgeblieben sei. Eine Spendenaktion machte es möglich, dass der fröhliche Wandersmann nun ganz nach Heisterbacherrott zog.

Zurück in die Gegenwart der Kulturhauptstadt von 2016 führt im Haus Schlesien die Ausstellung „Breslau persönlich“, die vom 22. Mai bis zum 11. September zu besichtigen ist. Einheimische und Durchreisende, Deutsche und Polen, heutige und frühere Breslauer kommen dabei zu Wort. Sie berichten, wie sie die Stadt erleben oder erlebt haben, mit welchem Viertel, welcher Straße, welchem Winkel Breslaus sie ganz persönliche Erfahrungen verbinden. So soll ein vielschichtiges Bild entstehen. Den gesammelten Zitaten werden biografische Angaben vorangestellt. Ebenso sollen Objekte und Bildmaterialien die Aussagen zu den jeweiligen Orten und Ereignissen ergänzten. *Dieter Göllner*

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen in Königswinter anlässlich des Kulturhauptstadtjahres von Breslau: Haus Schlesien, Dollendorfer Straße 412. 53639 Königswinter, Telefon, (02244) 8860, E-Mail: info@haus-schlesien.de, Internet: www.haus-schlesien.de



Kunst aus Breslau: Bilder von Malgorzata Zukterowska und Skulpturen von Stan Wys



„Wo ist der Eichendorff geblieben?“ Bildhauer Stan Wys hatte ihn wieder mitgebracht Bilder (2): Göllner

Reise um die Welt an einem Tag

Wie geht Erderwärmung eigentlich? – Das Klimahaus in Bremerhaven erklärt das Wetter vieler Erdteile

Wintermantel oder Badehose? Diese Kleidungsfrage stellt sich vor dem Besuch des Klimahauses in Bremerhaven, das verschiedene Klimaregionen simuliert. Am Ende ist alles ganz einfach.

Die Frage „Was sollen wir bloß anziehen?" beantwortet man vor einem Nachmittagsausflug mit der Familie am einfachsten mit einem Blick aus dem Fenster. Schwieriger wird es, wenn der Ausflug einmal um die Welt gehen soll, entlang des Längengrades acht Grad Ost, bei dem man auf die antarktischen Temperaturen rund um den Südpol ebenso vorbereitet sein muss wie auf die tropische Hitze auf Samoa in der Südsee. Möglich ist ein solch abwechslungsreicher Nachmittag im Klimahaus in Bremerhaven. Dort sind die Klimazonen der Welt auf 5000 Quadratmetern zusammengefasst.

Eigentlich gehört der achte Längengrad Ost zu den unspektakulären der Welt. Er stellt keine Datumsgrenze dar und unterteilt den Globus auch nicht in eine westliche und östliche Halbkugel wie der Nullmeridian. Er verläuft einfach nur durch die Hafenstadt Bremerhaven, wo das Klimahaus Besucher anlockt. Gerade weil dieser Längengrad so unspektakulär ist, ist die Klimareise auf ihm so interessant. Erste Station der Weltreise ist ein Schweizer Bergbauernhof, der von einem abschmelzenden Gletscher bedroht wird. Bisher hat der Permafrost das Geröll zusammengehalten, doch nun besteht Steinschlaggefahr. Von der Schweiz geht es dann über eine Kräuterwiese auf Sardinien. Dort kann man experimentieren und die Wetterkonditionen in Casablanca verändern. Nur kleine Verschiebungen der Werte wirken sich auf Sardinien aus, können Wolkenbrüche oder Dürreperioden auslösen, die wiederum verheerende Waldbrände nach sich ziehen.

Weiter geht es in die Hitze einer nigerianischen Halbwüste. Auf eine einsam stehende Akazie fällt alle zwölf Minuten ein Tropfen Wasser. So wie in der Realität. Einen Raum weiter kommt man in den Dschungel Kameruns mit 80 Prozent Luftfeuchtigkeit, 30 Grad Wärme und Gewässer voll tropischer Fische.

Ein paar Räume weiter sinkt das Thermometer auf minus sechs Grad, der Längengrad hat die Antarktis erreicht und die dort aufgetürmten weißen Flächen sind wirklich aus Eis. Dort muss man sich aber nicht lange aufhalten. Es gibt nur wenige Schautafeln, vor denen man verweilen muss, um sie zu lesen, also kann man ganz schnell weiter nach Samoa im Südpazifik, wo man sich in einer der Hütten aufwärmen und den Blick über das Meer genießen kann. In der kleinen Lagune schwimmen tropische Fische und wer in ihre Welt eintauchen will, kann dies ohne Taucherbrille und Schnorchel. Eine Treppe führt in die Welt der Korallenriffe und ihrer bunten Fische.

Aber der Blick auf die paradiesische Inselwelt trügt, die christliche Kirche in einem Dorf ist verlassen, sie verfällt langsam. Die Bewohner des Dorfes sind vor dem steigenden Meeresspiegel geflüchtet.



Sternenwanderer: Wolkenloser Himmel ist nachts ein Segen, tagsüber führt das in trockenen Regionen zu Dürreperioden *Bild: Wiese*

Die Endlosigkeit der Tundra Alaskas lässt sich auch in einem begrenzten Raum wie dem Klimahaus inszenieren und berichtet, wie sich Menschen auch an diese Umgebung anpassten. Überhaupt stehen an allen Stationen Berichte über die dort lebenden Menschen im Blick. Um deren Lebenswirklichkeiten zu dokumentieren ließen die Erbauer des Klimahauses zwischen 2004 und 2006 den Bremer Architekten Axel Werner den achten Längengrad bereisen. Seine Stärke ist es, mit Respekt auf Menschen zuzugehen. Begleitet wurde er von dem israelisch-amerikanischen Dokumentarfilmer B.Z. Goldberg, der Gespräche über diese Lebenswelten filmte. 81 dieser Filmszenen sind an unterschiedlichen Stationen des Klimahauses zu sehen und zeigen, wie viele Gemeinsamkeiten Menschen in aller Welt haben.

Kurz bevor man wieder in Bremerhaven ist, erreicht man die deutsche Hallig Langeneß. Die Besucher stehen auf einer Warft knapp über dem Meeresspiegel, bis eine Sturmflut das Wasser steigen lässt. Wer keine nassen Füße bekommen will, muss mit den Mitreisenden auf Tuchfühlung gehen.

Für Arne Dunker, den Geschäftsführer des Klimahauses ist auch diese Station symbolisch für die menschliche Zukunft: „Wenn sich die Lebensumstände in einer Region verschlechtern, dann müssen wir in einer anderen Ecke enger zusammenrücken. Das werden wir auch in den nächsten Jahrzehnten immer wieder erleben, wenn Menschen aufgrund von Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen müssen."

Im Ausstellungsbereich „Elemente" können Besucher mit dem Klima experimentieren und erfahren, wie empfindlich es auf kleine Veränderungen reagiert. Im Bereich „Perspektiven" findet sich ein Abriss der Klimageschichte mit einem Ausblick auf die Zukunft. Und in „Chancen" geht es um den individuellen CO_2-Ausstoß, die bisherigen Welt-Klimakonferenzen und die Frage, wie man das Klima schützen kann.

Das aktuelle El-Niño-Phänomen hat seinen Höhepunkt zwar überschritten, aber die Folgen werden mehr und mehr spürbar. Besonders schlimm ist die Dürre bereits in Indonesien, wo große Flächen Regenwald verbrennen. Auch das südliche und östliche Afrika, besonders Äthiopien, sind von großer und andauernder Trockenheit betroffen. Damit droht eine schwere Hungersnot. Im Südpazifik sind Niederschläge ausgeblieben. Schon 1997/98, während eines ähnlich starken El Niño, hatten viele kleine Inselstaaten Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung. Die Probleme werden diesmal aufgrund des inzwischen angestiegenen Meeresspiegels noch verstärkt, weil eindringendes Meerwasser das Grundwasser versalzt. Zum Teil müssen ganze Staaten von Tankschiffen mit Wasser versorgt werden. In anderen Regionen wiederum gefährden extreme Niederschläge die Ernte oder führen in Bergregionen zu katastrophalen Schlammlawinen.

Während der Weltreise muss man über Treppen laufen und Berghänge bis zum Gipfelkreuz erklimmen, eine Tour also nur für Menschen, die gut zu Fuß sind? Nein, im Gegensatz zur richtigen Weltreise gibt es im Klimahaus auch Alternativen. Schon am Eingang zeigen Symbole, auf welchen Wegen man auch mit Gehbehinderungen vorankommt. Sylvia Schuchardt: „Zwischen Sardinien und Samoa können Sie dann den Fahrstuhl benutzen."

Neben den für Ausstellungsbesucher aufbereiteten Bereichen beteiligt sich das Klimahaus auch an wissenschaftlicher Arbeit. So arbeitet es im Bereich Bildung mit mehr als 30 Kooperationspartnern zusammen. Hauptpartner sind die Deutsche KlimaStiftung (DKS), die Organisationen Engagement Global, Brot für die Welt und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). *Eigel Wiese*

Ständig unter Dampf

Sächsische Dampfschifffahrt befährt seit 1837 die Elbe – Häufiger Namenswechsel der Schiffe inbegriffen

Frühlingszeit ist Ausflugszeit. Das macht sich auch bei der Sächsischen Elbdampfschifffahrts-Gesellschaft bemerkbar, wo sich die Ausflügler wieder auf die Decks drängen. Die weltweit älteste und größte Dampferflotte hat seit ihrer Gründung 1837 – damals noch als Dresdner Elbdampfschiffahrts-Gesellschaft – unzählige Gäste über die Elbe gefahren. Zur vorletzten Jahrhundertwende waren 37 Raddampfer im Einsatz.

Heute verfügt die Sächsische Dampfschifffahrts-Gesellschaft immer noch über neun Raddampfer, die zwischen 1879 und 1929 auf den Dresdner Werften in Blasewitz und Laubegast gefertigt wurden. Vier moderne Motorschiffe ergänzen den Bestand. Aber auch in den Dampfschiffen sucht man längst vergebens nach den verschwitzten rußigen Leibern der Heizer, die neben den unablässig rotierenden Pleulstangen Kohle in die Ofenluke werfen, denn die Maschinen werden inzwischen mit Öl angetrieben.

In der Umbenennung der Dampfer spiegelt sich ihre wechselvolle Geschichte wider. Eine bizarre Odyssee verbindet sich mit dem Schaufelraddampfer „Graf Moltke", der 1892 in Dienst genommen wurde. Die Würdigung des im Jahr zuvor verstorbenen preußischen Generalfeldmarschalls fiel in die Regierungszeit König Alberts, der bereits als Kronprinz ein wichtiger Verbündeter in den Einigungskriegen war und später als Regent die Einbindung Sachsens ins Deutsche Reich vollendete. Mit dem Kriegsende und der Abdankung der sächsischen Monarchie bekamen „König Albert" und „Königin Carola" neue Namen und „Graf Moltke" hieß fortan nach dem nordböhmischen Städtchen „Lobositz". Vielleicht forderte dieser Name die Tschechen 1945 zur Beschlagnahmung des Schiffs heraus.

Im Krieg erhielten 1943 alle Schiffe einen Tarnanstrich. Als der Verkehr noch darniederlag konnten mit ihnen die Verletzten aus der zerstörten Stadt in das Krankenhaus nach Meißen gebracht werden. So gelangten zudem heimatvertriebene Sudetendeutsche über den Fluss nach Sachsen. Auch die „Lobositz" kam 1948 wieder zurück nach Dresden, wo sie bis 1973 unter dem Namen „Königstein" verkehrte. Seither dient der Rumpf als Restaurant „Seeperle" am Süßen See im Mansfelder Land.

Volles Schiff: Dampferfahrt auf der Elbe *Bild: Sächsische Dampfschiffahrt*

Durch die DDR schaufelten sich nicht nur „Karl Marx", „Friedrich Engels", „Ernst Thälmann" und „Wilhelm Pieck", auch „Weltfrieden" und „Junger Pionier" erfüllten für den „Volkseigenen Betrieb Fahrgastschiffahrt Dresden" praktische Aufgaben des Personenverkehrs. Sie fuhren stromabwärts bis in die Stahlwerkerstadt Riesa.

Die Conti-Reederei hat 1992 von der Treuhand den Betrieb, mit dem Freistaat Sachsen als Mehrheitseigner, übernommen. Einen Linienfahrplan gibt es nicht mehr. Lediglich Teilabschnitte werden regelmäßig zu Ausflugsfahrten bedient. Von der Dampfschifffahrt ist das touristische Vergnügen geblieben. Dieses ist aufgrund der reizvollen Lage der sächsischen Landeshauptstadt beachtlich.

Vom Terrassenufer gehen Fahrten einerseits an den Elbschlössern bis nach Blasewitz oder zum barocken Schlosspark Pillnitz und in die andere Richtung mit der Strömung, entlang der sächsischen Weinstraße, über Radebeul und Meißen nach Seußlitz. Von besonderem Reiz ist die mehrstündige Fahrt zwischen den bizarren Sandsteinfelsen der Sächsischen Schweiz. Nur zweimal im Jahr geht eine Schleusenfahrt von Bad Schandau ins Böhmische. Unterhalb der Burg Schreckenstein wird hinter Aussig eine doppelte Schleusung durchgeführt. Letztes Jahr gelangte ein Heimkehrer nach Dresden. Der 1900 dort gefertigte Dampfer „Kaiser Wilhelm" verkehrte 70 Jahre auf der Weser. Dann hat ihn ein Verein in Lauenburg übernommen, der im Sommer zum ersten und wohl letzten Mal die aufwendige Elbfahrt bis nach Dresden unternahm.

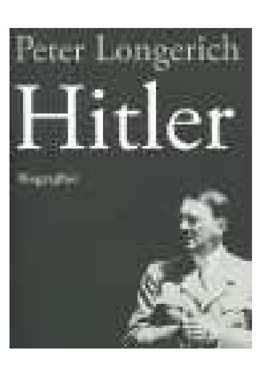
Niedrigwasser führte in der letzten Saison zum Rückgang der Einnahmen. Ein Flusspegel von mindestens 75 Zentimeter ist für das Wenden und Anlegen der Schiffe erforderlich, andernfalls muss der Betrieb eingestellt werden. Durch den Zulauf in der Urlaubszeit müssen die Ausfälle ausgeglichen werden. Unter dem Motto „Wo Volldampf auf Kohldampf trifft" werden die Passagiere vom Schiffsrestaurant mit Lockspeisen geködert. Von Mai bis Oktober pendelt ein Dampfer mit Abendessen vom Dresdner Terrassenufer in Richtung Pillnitz und zurück. *Sebastian Hennig*

In Potsdam fängt der Frühling an

Der Frühling ist jetzt auch in den drei Potsdamer Gärten Sanssouci, Neuer Garten und Babelsberg angekommen. Dort hat die neue Saison begonnen: Mit der Bildergalerie, dem Chinesischen Haus, Schloss Charlottenhof und den Römischen Bädern in Sanssouci sowie dem Flatowturm im Park Babelsberg sind jetzt alle Museumsschlösser der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) in Potsdam wieder geöffnet. Damit laden 15 Museen zu einem Besuch ein.

In den Römischen Bädern zeigt die SPSG außerdem wegen des großen Erfolgs im vergangenen Jahr bis zum 31. Juli nochmals die Kabinettausstellung „Der Blick in die Gärten des Welterbes" mit Bildern des Fotografen Hillert Ibbeken. Die Ausstellung widmet sich auf schönste Weise der hohen Kunst der Gartengestaltung, wie sie in den Potsdamer Welterbeparks auf Schritt und Tritt zu sehen ist.

Auch die Gärten zeigen inzwischen prächtige und farbenfrohe Blütenmeere. In Sanssouci blühen derzeit rund 230 000 Pflanzen, die in der Parkgärtnerei Sanssouci herangezogen worden sind. 60 Fontänen und Brunnen sowie 1200 von ihren Winterhäuschen befreite Skulpturen laden zum Frühlingsspaziergang ein. *PAZ*



Ursupator

Hitler anders betrachtet

Aus der Sicht einiger einflussreicher Historiker wie Hans Mommsen und Martin Broszat war Hitler eher ein „schwacher Diktator“, der relativ wenig konkrete Vorgaben gemacht, sondern vieles dem Selbstlauf überlassen habe, was insofern kein Problem gewesen sei, weil ihm ja viele Menschen freudig-überzeugt „zuarbeiteten“. Dagegen wurde und wird allerdings nicht selten Widerspruch laut – die neueste Wortmeldung dieser Art kommt von Peter Longerich, einem ausgewiesenen Experten für das Dritte Reich und Verfasser umfangreicher Werke über SS-Chef Heinrich Himmler und Propagandaminister Joseph Goebbels. Denen schiebt er jetzt eine Beschreibung des Lebens des „Führers“ nach, welche den lakonischen Titel „Hitler. Biographie“ trägt und beeindruckende 1300 Seiten umfasst.

Longerich, der lange am Royal Holloway College in London lehrte und nun eine Professur an der Universität der Bundeswehr in München erhielt, vertritt die Ansicht, dass Hitler die verfassungsmäßigen Fesseln seiner Kanzlerschaft mit „absoluter Souveränität“ abgestreift und im Anschluss hieran ein System etabliert habe, in dem er fast uneingeschränkt herrschen konnte: „Ob Außenpolitik und Kriegführung, Terror und Massenmord, Kirchenpolitik, Kulturfragen oder das Alltagsleben der Deutschen – überall bestimmte Hitler die Politik des Regimes bis in Details hinein. Konsequent zerschlug er Machtstrukturen, die ihn behinderten und schuf stattdessen eine Führerdiktatur.“ Und das bedeute dann logischerweise, „dass Hitlers Machtstellung nicht in erster Linie das Ergebnis charismatisch begründeter Zustimmung war“.

Die Identität von „Führer“ und „Volksgemeinschaft“, von der ebenfalls so viele Kollegen Longerichs ausgehen, ist für den Verfasser der neuesten Hitler-Biografie also ein reiner Mythos: Der Diktator sei nur deshalb so erfolgreich gewesen, weil er sich auf einen gut funktionierenden Repressionsapparat stützen konnte!

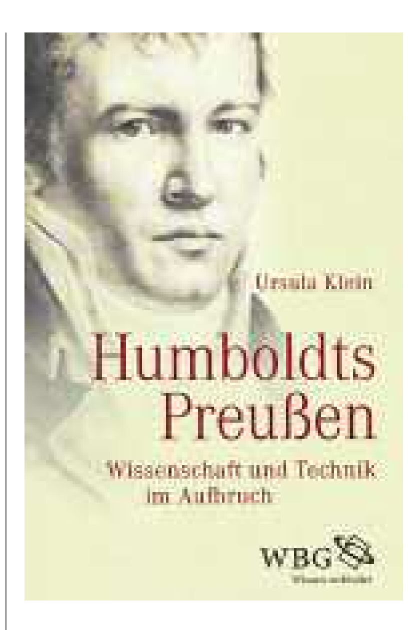
Damit stellt Longerich – egal ob nun gewollt oder unbeabsichtigt – unter Beweis, dass man das Phänomen des Nationalsozialismus durchaus auch anders betrachten kann als nur im Lichte der politisch korrekten Prämisse von den Deutschen, die mehrheitlich willfährige Anhänger und Helfershelfer des „Führers“ gewesen sein sollen. Plötzlich verhält es sich genau anders herum: Hitler wurde nicht von einem rassistisch und nationalistisch verblendeten Volk „gerufen“ und dann zum Vollstrecker von dessen Willen erhoben, sondern kaperte den deutschen Staat für seine Zwecke. So wie Longerich es darstellt, war er weder „Katalysator“ noch „Medium“ gesetzmäßiger historischer Entwicklungen, die auch ohne ihn abgelaufen wären, sondern formte diese Prozesse auf eine höchst persönliche Art und Weise, „indem er vorhandene Kräfte und Energien kanalisierte, verstärkte und bündelte, brachliegende Potenziale mobilisierte, auf brutale Weise die Schwäche und Passivität seiner Gegner ausnutzte“.

Auch heute zu geringe Gegenwehr

Daraus ergibt sich, dass man der Mehrzahl der Zeitgenossen des „Führers“ eigentlich nur eines vorwerfen kann, nämlich ihre zu geringe Gegenwehr und ihre zu große Naivität, was die Skrupellosigkeit und Energie des Usurpators aus Österreich betrifft. Aber genau damit sollten die heute Lebenden vorsichtig sein, schwingen sich doch derzeit in Deutschland und Europa wieder einzelne Personen zu Quasi-Diktatoren auf, die am Volk vorbeiregieren, ohne dass sich innerhalb der sogenannten demokratischen Gesellschaft entschiedener und geschlossener Widerstand rege.

Wolfgang Kaufmann

***Peter Longerich: „Hitler. Biographie“**, Siedler Verlag, München 2015, gebunden, 1296 Seiten, 39,99 Euro*



Preußen ganz anders

Wie Naturforschung und Technik mit Humboldt aufstiegen

Nicht die quälende Frage, ob preußischer Obrigkeitsstaat und Militarismus Ursache aller deutschen Miseren sei – nein, hier wird einfach erzählt, wie Ende des 18. Jahrhunderts von Naturforschern, Technikern und Staatsbeamten die erstaunliche Industrialisierung Preußens eingeleitet wurde. Alexander von Humboldt steht als leuchtendes Beispiel, aber auch sonst waren es ungewöhnlich talentierte und patriotisch gesinnte Männer, die dieses „soziokulturelle Bündnis“, so sagt es die Autorin dieser Studie, zustande brachten.

Das geistige Berlin erlebte um 1800 eine Blütezeit, wofür Namen wie Schadow, Tieck, Zelter und die zahlreichen Salons stehen. Dass auch in Naturforschung und Technik ein Aufschwung stattfand, ist weniger bekannt. Symbolfigur dafür ist der junge, von Wissensdurst und Tatendrang überquellende Alexander von Humboldt, den die Autorin – sie arbeitet am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin – in den Mittelpunkt rückt. Und es ist bezeichnend, dass dessen Talent von einer weitsichtigen Beamtenschaft erkannt und genutzt wurde.

Humboldt stürzte sich nach dem Studium in Göttingen und Frankfurt an der Oder sowie an der sächsischen Bergakademie Freiberg in die Reorganisation des fränkischen Bergbaus. Er arbeitete selbst unter Tage, machte Inspektionsreisen durch ganz Deutschland, korrespondierte mit Gelehrten und Intellektuellen in ganz Europa, prüfte jedes neue Wissen umgehend auf seine praktische Verwertung und machte praktische Vorschläge zur Verbesserung des damals himmelschreienden Elends der Bergleute. Nichts konnte ihn entmutigen; ging etwas daneben, wertete er es als „wenigstens negativ belehrend“.

Wohltuend positive Beschreibungen

Aber bei Humboldt bleibt die Autorin nicht stehen. Sie geht alle relevanten Disziplinen durch und nennt beispielhaft die maßgeblichen Personen: in der Landwirtschaft den Reformer Albrecht Daniel Thaer, in der Botanik Carl Ludwig Wildenow, in der Chemie mit Überschneidung zur Pharmazie und Medizin die Chemiker Martin Heinrich Klaproth, Franz Carl Achard, Carl Abraham Gerhard, Friedrich Bergling, auf Ministerebene Friedrich Anton von Heinitz, Carl August von Struensee und Karl August von Hardenberg.

Die Wissenschaftler hatten beinahe alle Doppelbegabungen. Die Autorin spricht zurecht von „Naturforscher-Technikern“ oder „Chemiker-Erfindern“, denn damals waren die Arbeitsgebiete bei Weitem nicht so getrennt wie heute: Wer in einem Laboratorium experimentierte, musste notgedrungen auch Techniker und Handwerker sein. Und man war keineswegs auf ein Gebiet fixiert; Klaproth beispielsweise, der damals als „Deutschlands größter Chemiker“ gefeiert wurde, war anfangs Apotheker, der sein Wissensfeld systematisch ausweitete; Krönung aus heutiger Sicht war wohl seine Entdeckung des Urans, das er freilich in seiner Komplexität noch nicht erkannte.

Forschung und Erfindung stimulierten sich gegenseitig, und ein weitsichtiges Ministerium wusste Ehrgeiz und Tatendrang dieser Männer zu nutzen. Übrigens geschah alles unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit; hier begann die Berliner Tradition öffentlicher Vorlesungen, die sich bis zu Max Planck im 20. Jahrhundert fortsetzte. Klaproths Vorlesungen waren überlaufen, nach zeitgenössischen Angaben fanden sich „Personen von allen Ständen, ja, was noch mehr ist, auch distinguierte Personen vom schönen Geschlecht“.

Nach der Gründung der Berliner Universität 1810 „sammelte“ diese nach und nach die meisten Laboratorien und Forschungsstätten ein; wie andere wurde auch Klaproth Professor an der neuen Hochschule. Das „Reformbündnis aus Staatsbeamten, Naturforschern und Technikern“ hörte allmählich auf, aber eine führende Rolle bei der Industrialisierung in Deutschland ließ sich Preußen nicht mehr nehmen.

Das Buch hinterlässt fast ein Glücksgefühl. So wohltuend positiv kann Geschichtsschreibung also sein. Erinnert man sich an das bittere Wort Gottfried Benns von 1943, der angesichts ständiger Kriege, Schlachten, Mord und Tod meinte, „das Ganze ist zweifellos die Krankengeschichte von Irren“, so wirkt es hier ungemein ermutigend, dass wohl doch nicht alle bedeutenden historischen Ereignisse nur von Irren bestimmt wurden.

Dirk Klose

***Ursula Klein: „Humboldts Preußen. Wissenschaft und Technik im Aufbruch“.** Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2015, gebunden, 336 Seiten, 49,95 Euro*

Wasser künstlerisch betrachtet

Ein Bildband beschreibt das Lebensquell in Malerei und Fotografie

Ortrud Westheider, Kunsthistorikerin, und Michael Philipp, Historiker, sind leitende Personen des Hamburger „Bucerius Kunst Forums“. Das von ihnen edierte Buch ist der Hamburger Beitrag zur 6. Triennale der Fotografie. Es geht um die Eigenschaften von Wasser über 3000 Jahre hinweg, gerechnet ab dem „Delphin-Fresko“, 1600 v. Chr. im Palast von Knossos entstanden. Wasser fließt in „kontinuierlicher Strömungsdynamik“, Flusswasser bewegt sich in einer Richtung, Meereswellen haben ihre eigene Rhythmik, vom Wind getrieben, wie auf einem Trinkgefäß aus Theben von 440 v. Chr. zu sehen. Gebändigt strömt Wasser in Kanälen, Häfen, Brunnen – ungebändigt wütet es bei Überschwemmungen und Schiffbrüchen, die Künstler in „Angstlust“ festhalten.

Wie nah oder fern sind einander menschliche Wahrnehmung und künstlerische Abbildung, wenn Wasser im Spiel ist? Dessen Transparenz eröffnet Darstellungsebenen außerhalb des allgemein Sichtbaren, wie der „Alexanderoman“ des 13. Jahrhunderts bezeugt, wo aus seiner „Tauchtonne“ der antike König „fremder Wunder vil“ erblickte, die künstlerische Fantasie oft beflügelten. Nur das Wasser reflektiert Lichtstrahlen, es bestimmt „Lichtstimmungen“ von Gemälden und erzeugt Spiegelbilder. So wird es „Miturheber“ künstlerischer Darstellungen, und zwar kongenial, wie Leonardo da Vinci beobachtete: "Das Wasser sieht den Gegenstand von einer Seite, während der Mensch ihn von einer anderen sieht." So entsteht Räumlichkeit, beeindruckender als die Verwendung von Schatten, wie ein Fresko von 45 n. Chr. dies trotz flüchtiger „Skizzenhaftigkeit“ in erhellender Vollständigkeit demonstrierte. Anderthalb Jahrtausende später war diese Technik allgegenwärtig in den Bildnissen von Narziss, der sich in sein Spiegelbild im Wasser verliebt ist und so zum „Erfinder der Malkunst“ avancierte.

Lichtspiegelungen auf Wasser und Wolken am Himmel sind die Naturphänomene, die die Abstraktion in Malerei und später Fotografie am meisten vorangetrieben haben. Neuerungen in Malerei (Farbtuben) und Fotografie (kurze Belichtungszeiten) ermöglichten ungeahnte Darstellungen , etwa von Wellen und Stürmen. Bis beide sich wiedervereinten: Impressionismus und Symbolismus inspirierten die Kunstfotografie, Reflexe auf dem Wasser wurden „Orientierungspunkte in der abstrakten Kunst“.

Unendlich vielfältig ist Wasser in Natur, Technik und Kunst, wie die Ausstellung und jetzt das Buch in klugen Texten und faszinierenden Bildern belegen. Sie alle tragen zu einer Mahnung bei: Vielleicht war die Natur einmal unbeherrschbar, nun ist ihre Beherrschung ebenfalls bedrohlich, wie am steigenden Meeresspiegel, der Vergiftung von Flüssen, den Bootsunglücken auf dem Mittelmeer, der Ermordung von Flüchtlingen an der „nassen Grenze“ (DDR) deutlich wird.

Wolf Oschlies

***Ortrud Westheider/Michael Philipp (Hrsg.): „Über Wasser. Malerei und Photographie von William Turner bis Olafur Eliasson“**, Hirmer Verlag München 2015, gebunden, 240 Seiten, 39,90 Euro*

Krimi um ein verbotenes Buch

Vor 60 Jahren begann die »Affäre Schiwago« – Autoren schildern das Drama des Literaturnobelpreisträgers Boris Pasternak

Vor 60 Jahren, während des sogenannten Tauwetters in der Sowjetunion, machte sich ein Italiener auf den Weg nach Peredelkino, den Datschen-Vorort der Literaten, um Boris Pasternak zu treffen. Kurz zuvor hatte dieser angekündigt, seinen ersten Roman zu veröffentlichen. Pasternak war bis dahin als hoch begabter Dichter bekannt.

Dass der Roman „Doktor Schiwago“ nicht nur zu einem Bestseller und modernen Klassiker werden sollte, sondern auch zu Zerwürfnissen zwischen russischen und westlichen Kommunisten sowie zu Verwerfungen auf diplomatischer Ebene führen würde, konnte zu dieser Zeit noch niemand ahnen.

Das Autorenduo Peter Finn und Petra Couvée zeichnen den Weg von der Entstehung des „Doktor Schiwago“ bis zu seiner Erstveröffentlichung im Ausland nach. Finn ist Redakteur im Ressort „Nationale Sicherheit“ der „Washington Post“, und hat zuvor das Moskauer Büro der Zeitung geleitet. Er verfügt über gute Kontakte bis in Regierungs- und Geheimdienstkreise der USA hinein und hat für die Recherchen zum vorliegenden Buch Zugang zu Archivmaterial der CIA erhalten, doch der Geheimdienst hält noch vieles unter Verschluss. Petra Cuvée ist Publizistin und Übersetzerin für russische Literatur und lehrt an der staatlichen Universität von Sankt Petersburg.

In der Sowjetunion galt das Manuskript als „antisowjetisch“. Es sei im Geiste der „Nichtakzeptanz der sozialistischen Revolution geschrieben“ und durfte deshalb nicht veröffentlicht werden.

Im Mai 1956 also besuchte D'Angelo im Auftrag des Mailänder kommunistischen Verlegers Giangiacomo Feltrinelli den damals 66-jährigen Pasternak und kehrte mit dem Manuskript von „Doktor Schiwago“ nach Mailand zurück. Nach langem Hin und Her erschien der Roman zuerst in italienischer Sprache.

Das Buch „Die Affäre Schiwago“ beschreibt die außergewöhnliche und aufregende Geschichte des Romans. Pasternak brachte er zuhause so viel Ärger ein. Publikationsverbot, öffentliche Verunglimpfungen und Schimpftiraden musste er über sich ergehen lassen. Im Westen dagegen wurde das Buch gefeiert. Großen Anteil am Erfolg hatte laut Finn die CIA. Für sie sei es eine Art Sport gewesen, das Sowjetregime zu schwächen. Die „Affäre Schiwago“ kam da wie gerufen. Im Januar 1958 traf das in russischer Sprache verfasste Manuskript von „Doktor Schiwago“ in Form von zwei Filmrollen im CIA-Hauptquartier bei Washington ein. Besorgt hatte es der britische Geheimdienst. Damit die Spur nicht zur CIA zurückverfolgt werden konnte, erschien das Buch 1958 im Mouton Verlag in Den Haag auf Russisch. Auf der Brüsseler Weltausstellung wurde es dann im Pavillon des Vatikans an Russen verteilt. Die CIA fand Wege und Mittel, das Werk trotz Verbots in der Sowjet-union bekannt zu machen. Dazu dienten unter anderem Miniaturausgaben, die in das Futter von Kleidung oder Gepäck eingenäht wurden.

Ein weiteres Politikum war die Vergabe des Literaturnobelpreises an Pasternak. Auf Druck der Sowjetbehörden musste er diesen ablehnen. Die Autoren beschreiben eindringlich die schwere Lage, in der Pasternak lebte. Mit einem Publikationsverbot belegt, lebte er von den Tantiemen seines im Westen erschienenen Romans. Die Einnahmen lagen allerdings auf Konten im Westen, auf die er keinen Zugriff hatte. Verlagsagenten betätigten sich deshalb als Kuriere. Mittlerin war Pasternaks Geliebte Olga Iwinskaja, die Pasternak zur Figur der Lara in „Doktor Schiwago“ inspiriert hatte. Sie bezahlte teuer dafür. Zweimal wurde sie verhaftet. Die Schergen des Regimes machten selbst vor ihrer Tochter nicht halt. Auch sie wurde unter Arrest gestellt. Pasternak litt sehr darunter, dass er seine Liebsten in Gefahr brachte.

Nikita Chruschtschow hatte „Doktor Schiwago“ offenbar nicht gelesen. Jahre später bedauerte er das und sagte, hätte er das Buch gelesen, wäre man mit Pasternak nicht so verfahren. Die „Affäre Schiwago“ bietet detailreich und in kurzweiliger Lektüre Einblick in ein düsteres Kapitel der Geschichte der Weltliteratur.

Manuela Rosenthal-Kappi

***Peter Finn/Petra Cuvée: „Die Affäre Schiwago. Der Kreml, die CIA und der Kampf um ein verbotenes Buch“**, Theiss Verlag, 384 Seiten, gebunden, 29,95 Euro*



Thilo Sarrazin
Wunschdenken
Europa, Währung, Bildung, Einwanderung – warum Politik so häufig scheitert
In seinem neuen Buch beschreibt Thilo Sarrazin die Mechaniken von Politik, ihre typischen Fehler und die Gründe für den Erfolg oder Misserfolg von Gesellschaften. Er verdeutlicht, warum die Vorstellungen und Träume von einer besseren Gesellschaft oft nichts Gutes hervorgebracht haben. Von hier schlägt der Autor den Bogen zu den gravierenden Fehlern der aktuellen deutschen Politik von der Einwanderung bis zur Energiewende und erklärt ihre tieferen Ursachen. Auf dieser Grundlage gibt er seine Antworten auf die großen Fragen zur Zukunft Deutschlands. 576 Seiten
Nr. P A1008 Gebunden 24,99 €



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Catherine Merridale
Der Kreml
Eine neue Geschichte Russlands
Der Kreml ist das imposante Symbol der russischen Nation. Hier wurden die mächtigen Zaren gekrönt, hier paradierte die glorreiche Rote Armee nach dem Sieg über Deutschland. Im Kreml schlägt das Herz der russischen Macht, hier entscheidet sich Russlands Schicksal. Die bedeutende Historikerin Catherine Merridale erzählt die faszinierende Geschichte des Kreml mit all ihren Intrigen und blutigen Kämpfen um die Macht. Indem sie das verborgene Innere des russischen Staates freilegt, ermöglicht Catherine Merridale uns ein neues Verständnis der bewegten Geschichte Russlands bis in die Gegenwart. 624 Seiten
Nr. P A0939 Taschenbuch 12,99 €



Kaffeebecher Schlesien
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0804 12,95 €



Joachim Castan
Der Rote Baron
Die ganze Geschichte des Manfred von Richthofen
Man glaubt den „Roten Baron" zu kennen, wenn man dessen Autobiografie gelesen und Kinospielfilme über ihn gesehen hat. Doch was steckt tatsächlich hinter der strahlenden Fassade des schon zu Lebzeiten umjubelten Kriegshelden. In seinem spannend erzählten Buch zeigt der Autor, was sich hinter der Legende Richthofen verbirgt und wie der Mythos bis heute nachwirkt. Aufgrund bisher unbekannter Quellen aus dem Familienbesitz entsteht ein Panorama, das neben dem Helden auch den Menschen zeigt. Eingebettet ist Richthofens Lebensgeschichte in den Horizont der Strategien des Ersten Weltkriegs. 360 Seiten
Nr. P A0985 Taschenbuch 12,95 €



Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Fahne Westpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9954 Fahne 12,50 €



Georg Malkowsky
Das Land Posen wie es war und wurde
Unvergessene Heimat: Das Land Posen – wie es war und wurde Eine faszinierende Rückschau auf ein Land, das in seiner Geschichte zwischen den Mächten hin- und hergerissen und ein Jahrhundert Heimat vieler Deutscher wurde. Wie in keiner preußischen Provinz haben sich hier die Kulturen vermischt und unauslöschliche Spuren hinterlassen. Deutscher Einfluss war allerorten zu spüren, ob im Handel, der Land- oder Städtekultur sowie in geistiger und kultureller Hinsicht. 264 Seiten
Nr. P A0833 Gebunden 19,95 €



Hans Graf von Lehndorff
Ostpreußisches Tagebuch
Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945–1947
308 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1522 Geb. 16,90 €

Die Aufzeichnungen Hans Graf von Lehndorffs aus den Jahren 1945 bis 1947 sind ein beredtes Zeugnis von seiner Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat und von dem großen Verantwortungsgefühl aus christlicher Nächstenliebe heraus, das ihn als Arzt immer wieder zur Hilfe für die unzähligen Kranken und Versehrten herausfordert. Er schildert das Grauen der Flucht, die Belagerung der zur Festung erklärten Stadt Königsberg, den drückenden Dienst in Lazaretten und Lagern wie die ersten Nachkriegsjahre unter Willkür und Wirren polnischer und russischer Herrschaft. 1961, als aus „dem Geschehen der damaligen Zeit Geschichte geworden" war, konnte Hans von Lehndorff seinen 1948 niedergeschriebenen Bericht veröffentlichen.



Hans Graf von Lehndorff
Die Insterburger Jahre
Mein Weg zur Bekennenden Kirche
Hans Graf von Lehndorff, der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuchs", schildert in diesem Bericht seine Begegnung mit der Bekennenden Kirche in den Kriegsjahren 1941–1944 in Insterburg, wo er Assistenzarzt am Krankenhaus war. In klarer und eindringlicher Art entwirft er ein Bild von den Menschen, mit denen er dort zusammentraf, und die sein Leben und Denken entscheidend prägten. Er berichtet von der Arbeit der Mitglieder in der Gemeinde, den praktischen Hilfen, den abendlichen Veranstaltungen, auch von den Schwierigkeiten mit der „amtlichen Kirche", die sich den staatlichen Machtverhältnissen zumeist anpaßte. Das Wirken in dieser Bekennenden Gemeinde ließ ihn erkennen, daß „Kirche auch noch etwas ganz anderes sein kann, nämlich eine Herausforderung Gottes an den Menschen, und daß diese Herausforderung in Kämpfen, Anfechtungen und Widersetzlichkeiten ihren Niederschlag finden kann.". 100 Seiten
Nr. P A0934 Taschenbuch 14,95 €



Kerstin Schweighöfer
100 Jahre Leben
Welche Werte wirklich zählen
Was uns die Weisheit hundertjähriger Menschen über das Leben, das Glück und die Liebe lehrt. – Denken wir an Hundertjährige, dann bekommt das ansonsten so gefürchtete Alter etwas Geheimnisvolles. Sie ziehen uns in ihren Bann. Umso mehr, wenn sie nicht aus Fenstern steigen und verschwinden, sondern uns an ihren hundert Jahren Lebensklugheit teilhaben lassen. Denn wann, wenn nicht dann, weiß ein Mensch, worauf es letztlich ankommt? In wunderbaren Begegnungen und berührenden Gesprächen mit zwölf Hundertjährigen – von der Bäuerin zur Künstlerin, vom Priester zum Politiker – erfährt Kerstin Schweighöfer manch ein Geheimnis und oft verblüffende Antworten auf die großen Fragen der Zeit: Was macht eine gute Freundschaft, Beziehung oder Ehe aus? Wie kann die große Liebe zur Liebe des Lebens werden? Wie soll man umgehen mit Schmerz und Verlust? – Ein Buch voller bewegender Lebensgeschichten, die uns Lesern zeigen, welche Werte im Spiegel der Zeit wirklich zählen. 320 Seiten
Nr. P A0946 Gebunden mit Schutzumschlag 20,00 €

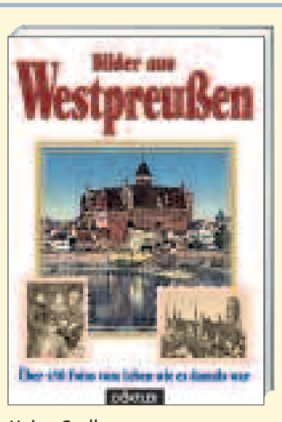


Gabriele Hornung
Als Lehrerin im Posener Land 1942–1945
Schrimm, Schroda, Bomst ...
Geb. mit SU. 30 S/W-Abb.176 S.
Nr. P 533152 14,95 €

Gabriele Hornung, 1922 geboren, erzählt an Hand ihrer Tagebuchaufzeichnungen wie sie als zwanzigjährige Lehrerin aus Berlin in das Posener Land kam und dort in Gultsch an einer einklassigen Dorfschule und später an einem Internat in Scharnikau unterrichtete. Landschaft und Schulalltag im Rhythmus der Jahreszeiten werden lebendig und bei allem Ernst auch humorvoll, mit lustigen Anekdoten, beschrieben. Immer stehen dabei die Kinder im Mittelpunkt, zunächst in der Dorfschule die kleineren, die der Lehrerin Blumen schenken und so ihre große Zuneigung ausdrücken. Der Bericht endet mit der Flucht aus Scharnikau im Januar 1945 vor der heranrückenden russischen Front.

Hans Graf von Lehndorff
Menschen, Pferde, weites Land – Kindheits- und Jugend-erinnerungen
308 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1528 Geb. 16,90 €

Der Autor des berühmt gewordenen „Ostpreußischen Tagebuchs" legt hier Aufzeichnungen über seine Kindheit und Jugend vor. Sie handeln von der Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Beginn der dreißiger Jahre und schildern ein Stück Vergangenheit im Osten des deutschen Reiches. Diese Erinnerungen sind mit verschiedenen Orten verknüpft. Auf dem vom Vater geleiteten Vollblutgestüt Graditz verbringt der Autor seine erstes Lebensjahrzehnt. Dann führt der Weg in das legendäre Gestüt Trakehnen, dessen Leitung dem Vater 1922 übertragen wird. Das Schlusskapitel führt in die Studienzeit des Autors, die ihm eine Reihe persönlicher Begegnungen von großer Bedeutung bringt.



Heinz Csallner
Bilder aus Westpreußen
Über 450 Fotos vom Leben wie es damals war
192 Seiten/Gebunden
Nr. P A0653 10,95 €

Keine andere deutsche Provinz wurde so oft geteilt, zerschnitten und wieder neu zusammengefügt. Der Autor Heinz Csallner führt uns in diesem umfassenden Bildband mit über 450 zeitgenössischen Ansichten zurück in die Zeit vor 1945. Brillante Fotos, einfühlsame Texte und viele erklärende Hinweise lassen die alte Heimat wieder vor uns lebendig werden und geben dieser in ihrer Art einmaligen Dokumentation einen bleibenden Wert. Der Autor hat sich an die letzten Grenzen dieses einstigen Ordenslandes gehalten, an die Grenzen zwischen 1939 und 1945, denn 19 Jahre lang zuvor, von 1920 bis 1939 gab es das jahrhundertealte Westpreußen nicht offiziell als eigene Provinz.



Werner Buxa
Bilder aus Ostpreußen
Über 500 Fotos vom Leben wie es damals war
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 1019 10,95 €

Dieses Buch von Werner Buxa spiegelt eindrucksvoll das Leben der Menschen in Ostpreußen bis 1945 wider. Jenem Land zwischen Memel und Weichsel, das facettenreicher in seiner Schönheit nicht sein konnte: dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 500 selten gewordene Aufnahmen aus Familienalben, Bildersammlungen, Archiven, Broschüren und alten Aufsätzen geben einen unverfälschten Eindruck vom Leben in Ostpreußen. Die Fotos wurden in liebevoller Sorgfalt und mit rührender Hingabe von ostpreußischen Landsleuten zusammengetragen und wecken so manche Erinnerungen.



Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Vorgeschmack auf TTIP

Bogotá – Ein US- und ein kanadischer Konzern wollen Kolumbien auf 16,5 Milliarden US-Dollar Schadenersatz verklagen. Das Land hatte ein Gebiet unter Naturschutz gestellt, in dem die Nordamerikaner Gold schürfen wollten. Die Klage sei ein Vorgeschmack darauf, was Europa mit TTIP blühe, so der „Focus". Dann könnten Firmen Länder vor internationalen „Schiedsgerichten" verklagen, wenn deren Gesetzesbeschlüsse ihre Gewinne schmälern. Kolumbien hat ein TTIP-ähnliches Abkommen mit den USA. *H.H.*

»Euro-Kollaps unabwendbar«

Görlitz – Laut dem Chef der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien in Görlitz, Michael Bräuer, ist der Kollaps des Euro-Raums unabwendbar und nur noch eine Frage der Zeit. Die Enteignung der Sparer und die Zerstörung der privaten Altersversorgung zugunsten der Staatskassen in Europa hätten schon begonnen. Seine Sparkasse wolle ihre Kunden auf das Kommende vorbereiten. *H.H.*

ZUR PERSON

Fachfremder Schäuble-Freund

Nichts riskiert und am Ende keinen Spaß gehabt – diese Erkenntnis bleibt nach der Abberufung von Gerhard Schindler als Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND). Dabei hatte der Mann, als er 2012 das Amt antrat, mit den Worten „No risk, no fun" versprochen, große Veränderungen am Spionagedienst vornehmen zu wollen. Geblieben ist davon nur der NSA-Skandal, in dessen Zuge der BND den USA Amtshilfe leistete und europäische Verbündete ausspionierte.

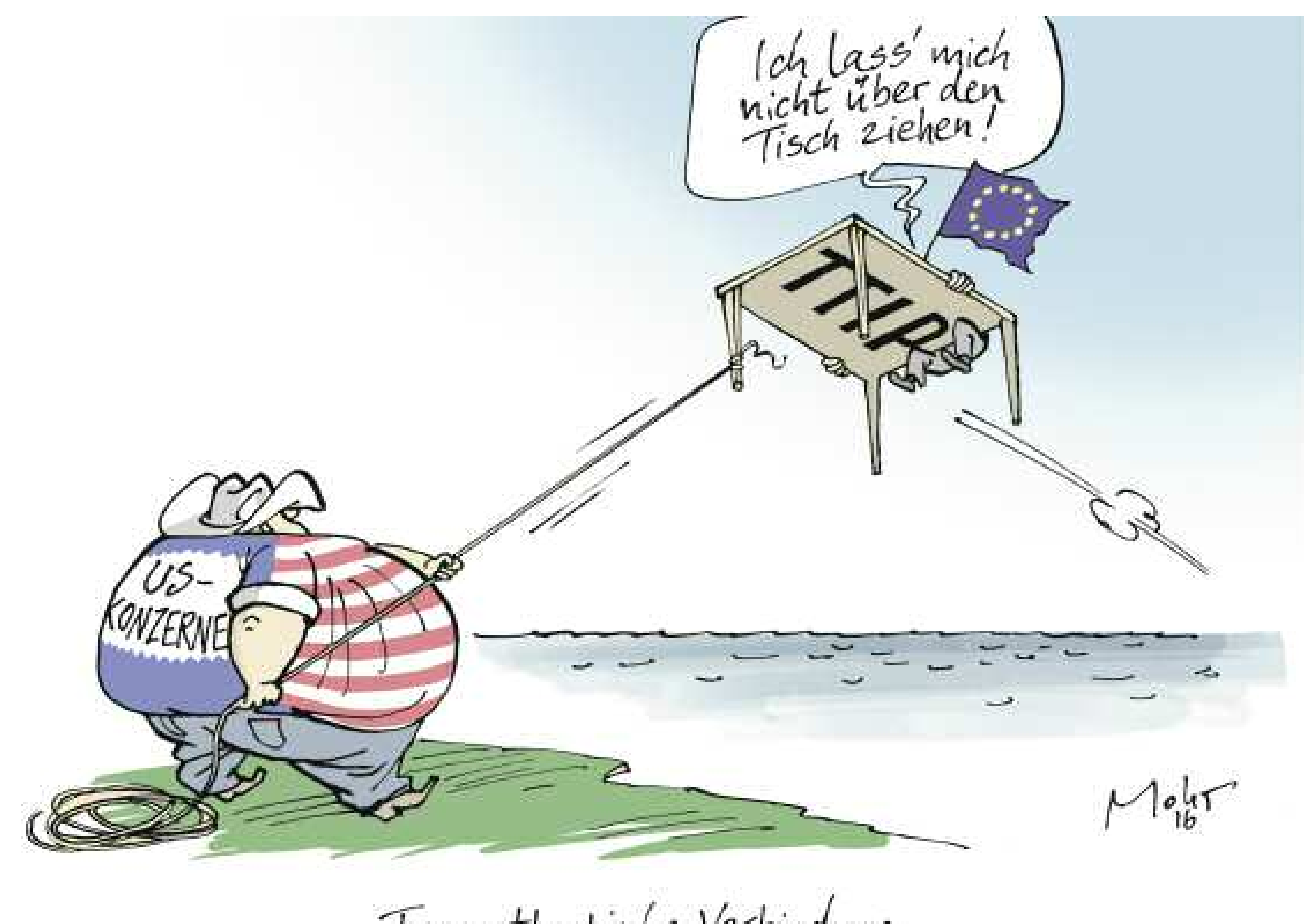
Eigentlich war das FDP-Mitglied schon vor einem Jahr, als der NSA-Skandal hochkochte, reif. Ein Hörsturz gewährte ihm wohl eine Gnadenfrist. Nach der Genesung schickte Kanzleramtsminister Peter Altmaier den 63-Jährigen in den vorzeitigen Ruhestand. Zum 1. Juli wird Schäuble-Intimus **Bruno Kahl** BND-Chef.

Die Ernennung überraschte viele. Denn Schindlers zehn Jahre jüngerer Nachfolger gilt nicht als Sicherheitsexperte. Der in Essen geborene verwitwete Vater zweier



Kinder arbeitet schon seit 20 Jahren für Wolfgang Schäuble, aktuell unter ihm im Finanzministerium. Nach seinem Jurastudium in Bonn und Lausanne machte Kahl als CDU-Mitglied Beamtenkarriere und hatte nur in der Zeit von 2005 bis 2009, als er ebenfalls unter Schäuble im Innenministerium diente, an sicherheitsrelevanten Aspekten geschnuppert. Dabei entstand der gute Draht zum damaligen Innenstaatssekretär Altmaier, der ihn nun für das BND-Amt vorschlug.

Altmaier sprach davon, dass der BND „vor der größten strukturellen Herausforderung seiner Geschichte" stehe. Der Dienst will sich für den Kampf gegen den Terror und für Cybersicherheit wappnen. Als IT-Experte hat sich Kahl bislang ebenfalls nicht erwiesen. Mal sehen, ob ihm dann nicht bald der Spaß an seinem Amt vergehen wird. *H. Tews*



Transatlantische Verbindung

Schluss mit Schlaraffenland

Warum die Milliarden plötzlich nicht mehr vom Himmel regnen, wie Gabriel schon wieder danebengreift, und wer wem die Rente zahlt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ziemlich schnell wurden wir aus dem Schlaraffenland wieder vertrieben. Was waren das für tolle Monate! Zuvor mussten wir jahrzehntelang knausern, schmetterten Politiker unsere Wünsche mit dem Hinweis ab, dass sie angeblich nicht finanzierbar seien.

Seit Sommer 2015 aber war plötzlich alles anders. Die Euronen regneten in dichten Schauern wie Manna vom Himmel. Milliarden und Abermilliarden konnten für Flüchtlinge, die aus Österreich zu uns geflüchtet waren, bereitgestellt werden, „ohne dass jemandem etwas weggenommen wird". Nicht einmal Schulden musste der Staat dafür machen, denn, so Wolfgang Schäuble, „die schwarze Null steht".

Viele Leute sind von dem Geldsegen unerwähnter Herkunft reich geworden: Betreuungs- oder Sicherheitsunternehmer, Vermieter von (bislang unvermietbaren) Immobilien oder Container-Hersteller. Ob sie das verdient hatten oder nicht, interessierte niemanden. Wer wollte und die Möglichkeit hatte, konnte herzhaft zugreifen und sich am Ende sogar noch für sein „zivilgesellschaftliches Engagement" moralisch überzukern lassen. Es war wunderbar.

Vorbei. Seit Kurzem ist alles wieder wie vorher. Die ergiebigen Euronen-Schauer haben sich verzogen und der altbekannten finanziellen Dürre Platz gemacht, in der die grauen Pfennigfuchser ihr rabiates Regime erneut aufrichten konnten. In den politischen Debatten der Republik wird wieder strengstens gerechnet. Immerzu fragt einer nach der „langfristigen Finanzierbarkeit", nach den „Grenzen der Belastbarkeit von Beitragszahlern und öffentlichen Haushalten".

Woran liegt das bloß? Vielleicht hat der Themenwechsel den tragischen Wettersturz ausgelöst. Es geht in den aktuellen Diskussionen nämlich nicht mehr vorrangig um Asylbewerber, sondern um die heimischen Rentner, insbesondere um die von morgen. Da schauen die Politiker ganz genau hin, wer was bekommt, ob er das auch verdient hat und was das alles kosten wird.

Der Debattenschwenk vom Asylgeld-Segen zum Renten-Geknauser ging von den Sozialdemokraten aus. Denen laufen bekanntlich die Wähler davon. Grund des Bürger-Grolls ist, dass die einstige Partei der kleinen Leute in deren Augen zur Partei der fremden kleinen Leute und großen Asylgewinnler mutiert ist.

Als Gegenmaßnahme gegen den Vertrauensverlust hatte Sigmar Gabriel die Losung ausgegeben, man müsse sich wieder verstärkt um die Einheimischen kümmern. Dabei hatte er das Rentenloch entdeckt, in das jedes Jahr mehr Deutsche hineinfallen, um sich dort unten mit der Grundsicherung durch den Lebensabend zu quälen.

> »Deutschland-Fonds«? Seit Riester ist der Glaube der Deutschen an die Rentenpolitik etwas erschüttert

Da hagelt es nun Lösungsideen: Lebensleistungsrente oder „Deutschland-Fonds" heißen zwei Schlagwörter. Die Lebensleistungsrente zielt darauf ab, dass es für die Rentenhöhe immer gleichgültiger sein soll, wie viel einer eingezahlt hat. „Deutschland-Fonds" heißt die neue Riester-Rente, die nach dem Erfolg der alten entsprechend begeistert aufgenommen werden dürfte. Was sonst noch vorgeschlagen wird, läuft auf gewaltige Beitragssteigerungen hinaus.

Mit anderen Worten: Gabriels Schuss geht, wie alle seine schlauen Ideen, krachend nach hinten los. Muss er aber auch immer alles falsch machen! Allein die zeitliche Abstimmung ist eine Katastrophe. Der krasse Wechsel von der paradiesischen Geldverschleuderei zugunsten der Asylbewerber zur gramverknitterten Kostendebatte bei den Renten hat dem Letzten enthüllt, dass er mit dem Verdacht, den Gabriel eigentlich entkräften wollte, völlig richtig liegt: Nämlich dass Leute, die vom Ausland hereinschneien, bevorzugt behandelt werden.

Überdies sind es bis zur nächsten Bundestagswahl noch fast anderthalb Jahre. Wären es bloß ein paar Wochen, könnten die Politiker sich gegenseitig mit den unhaltbarsten Versprechungen überbieten und so das entzückte Volk hinter sich scharen. Anderthalb Jahre aber genügen, um jede ihrer wortreich ausgeschmückten Spinnereien auffliegen zu lassen. Zumal der Glaube der Deutschen an ihre Rentenpolitiker ohnehin ein wenig erschüttert ist, seit sich 16 Millionen Leute von einem SPD-Minister auf die Leimruten der Versicherungskonzerne haben riestern lassen, wo sie seitdem geplündert werden.

Was also wird bei dem anstehenden Renten-Hickhack herauskommen? Am besten für die Politiker wäre es, wenn am Ende gar nichts passiert. In Wahrheit aber steht weit Übleres zu befürchten. Es könnte im Zuge der Debatte nämlich ans Licht dringen, welchen Schaden die Regierungen am einst so soliden deutschen Rentensystem angerichtet haben mit ihrem Gefinger der vergangenen 15 Jahre; dass es keineswegs nur dem Pillenknick geschuldet ist, dass sich dieses früher so verlässliche Regelwerk in ein unkalkulierbares Risiko verwandelt hat. Diese Entdeckung wird den Wählern große Freude bereiten, welche am Wahltag im September 2017 ihren Niederschlag finden dürfte.

Es ist immer eine hässliche Erfahrung, mit den eigenen Fehltritten der Vergangenheit konfrontiert zu werden, das gilt beileibe nicht nur für Rentenpolitiker. Heiko Maas ist seinem eigenen Sündenfall am 1. Mai begegnet. Sein Vergehen: Vor Monaten hatte Maas in einer Runde von Potsdamer Gymnasiasten die Blockade rechter Demos als „cool" bejubelt. Das war schon was: Solche Blockaden sind ein schwerer Verstoß gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, ebenso wie die massive Störung legaler öffentlicher Versammlungen. Es verblüfft ein wenig, wenn ein Bundesjustizminister Verbrechen an einem fundamentalen Bürgerrecht begrüßt.

Zum Tag der Arbeit wollte Maas nun in Zwickau eine Rede halten. Die aber haben aufgebrachte Bürger derart lautstark gestört, dass der Redner gleichsam „blockiert" war, schließlich in seine dunkle Dienstlimousine flüchtete und, so Augenzeugen, „mit quietschenden Reifen" davonsauste. Na? War das „cool", Herr Bundesminister?

Woher der Ärger der Zwickauer rührt, ist leicht aufzuspüren. Minister Maas hatte, wie andere Politiker auch, gewisse Demonstranten mit unflätigen Schimpfwörtern überzogen, Demonstranten, von denen es in Sachsen besonders viele gibt und denen die Asylpolitik der Bundesregierung auf den Magen geschlagen ist.

Diese Bürger wird es freuen, wenn sie das neueste Kabinettstück zu dem Thema hören, welches die „Zeit" in einem Online-Video unters Volk bringt. Dort wird berichtet, dass Berlin für Neuzuwanderer 20 Prozent höhere Mietzuschüsse gewährt als es für Hartz-IV-Empfänger herausrückt. Eine interessante Nachricht für alle geschäftstüchtigen Vermieter, von denen einige schon daran arbeiten werden, ihre Hartzer auf die Straße zu bekommen.

Niemandem wird etwas weggenommen? Na ja, wir wollen nicht kleinlich sein. Schließlich werden wir alle dereinst von den neuen Nachbarn profitieren, denn, so schallt es uns täglich um die Ohren, die Zuwanderer bringen Deutschland schließlich voran.

Voran schon, doch in welche Richtung? In einem Gutachten fordert der „Aktionsrat Bildung" (nach eigenen Angaben ein „Expertengremium renommierter Bildungswissenschaftler"), aus Rücksicht auf die „Flüchtlinge" die Standards in der deutschen Berufsausbildung abzusenken. An der Schule sollten Lehrer in den Fächern der Naturwissenschaften zudem den Gebrauch von Fachausdrücken einschränken.

Die Experten würzen ihre Vorschläge mit aufschlussreichen Daten darüber, wie weit uns die Zuwanderung in der Vergangenheit schon vorangebracht hat: Danach gehen gut zweieinhalb Mal so viele Ausländerkinder ohne Berufsabschluss ins Leben wie ihre deutschen Altersgenossen.

Hatten wir nicht auch mal was gehört von der segensreichen Wirkung der Zuwanderung auf die Rentenkasse? Nach diesen Zahlen ahnen wir, wer da später für wen die Rente zahlen soll.

MEINUNGEN

*Indem sie **Erdogan hofiere, schade Merkel** der unterdrückten **Opposition** und der Sache der Menschenrechte in der Türkei, moniert Bettina Röhl in „Tichys Einblick" (29. April):*

„Merkel muss ihren politischen Verstand verloren haben. Sie checkt offenbar nicht, dass sie mit ihrer Erdogan-Politik, die eben gerade keine Türkei-Politik ist, weil sie zu allem Überfluss auch nicht die türkischen Interessen im Auge hat, wie ein Elefant im Porzellanladen herumtrampelt."

*Im „Spiegel" (1. Mai) warnt **Severin Weiland** nach dem Stuttgarter **AfD**-Parteitag vor **allzu simplen Urteilen** über die junge Partei:*

„Die AfD hat das Klima in der Republik längst verändert – die Debatten werden ideologischer, ob zum Euro, zur EU, zum Islam. Die etablierten Parteien kommen nicht drum herum, sich zur AfD zu verhalten. Das ist gut so, denn es schärft das eigene Profil ... Es wäre jedoch zu einfach, die AfD-Mitglieder als eine Ansammlung rückwärtsgewandter Menschen zu betrachten ... Viele ... , die in Stuttgart an den Saalmikrofonen diskutierten, waren Menschen aus der Mitte: Juristen, Beamte, Lehrer, Musiker."

*Der CSU-Veteran **Peter Gauweiler erklärt** gegenüber dem „Focus" (30. April) die Gründe für den rasanten **Niedergang von CDU und SPD** mit einem interessanten **historischen Vergleich**:*

„Die Volksparteien haben seit dem Krieg über nunmehr drei Generationen Großes geleistet. Aber mittlerweile scheinen sie in einer Art Erfolgsdepression gefangen zu sein. Anfällig für Aberglauben jeder Art, mit einer politischen Sprache, die zerfressen ist von geheucheltem Mitleid und Schönfärberei. Und ohne jede Phantasie für die Zukunft. Es ist ein bisschen wie mit dem französischen Adel vor der Revolution von 1789."

*Autor **Michael Klonovsky** greift in seinem Internet-Tagebuch (1. Mai) die **Ungleichbehandlung linker und rechter** Übergriffe auf:*

„Man stelle sich vor, was in dieser Republik heute los wäre, wenn gestern nicht Linksextremisten die AfD-Parteitagsteilnehmerliste samt Adressen und Telefonnummern, sondern Rechtsextremisten die privaten Anschriften von hunderten Grünen ‚geleakt' und auf einer Webseite veröffentlicht hätten, verbunden mit der Aufforderung, dort mal vorbeizuschauen und diesem Pack ein bisserl heimzuleuchten: Sondersendungen, politische Krisensitzungen, Kripo-Einsätze, Grünen-Gequäke, multimediale Schändlichkeitsbekundungen, Funktionärsohnmächte, Betroffenheitsorkane ... Hören Sie was?"

*Autor **Konrad Kustos** warnt im Portal „Geolitico" (1. Mai) vor übertriebener **Anpasserei von Deutschen** an Zuwanderer und prophezeit:*

„Erst wenn die Verteidigung unserer Werte (wieder) ein Teil unserer Alltagskultur wird, werden diese wenigstens in Teilen überleben können. Die jetzt noch ausgeblendeten Konflikte gibt es dann natürlich erst recht dazu – je länger wir mit dem Aufbegehren warten, desto schlimmer."